

# Preußische Allgemeine

Nr. 46 · 13. November 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €



## Die Gräben bleiben tief

Die US-Amerikaner haben gewählt. Doch auch künftig dürfte das Land kaum zur Ruhe kommen, zu groß sind die Verwerfungen innerhalb der Gesellschaft. Und das nicht nur in Amerika **Seite 3**



**Geschichte** Vor 100 Jahren wurde Danzig zur „Freien Stadt“ erklärt **Seite 10**



**Berlin** Die Hauptstadt nimmt Abschied vom Flughafen Tegel **Seite 11**

### IN EIGENER SACHE

## Neue Preise ab 2021

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Hervorgegangen aus dem *Ostpreußenblatt*, hat sich die PAZ über die Jahre zu einer allgemeinen Publikumszeitung entwickelt, die sich Woche für Woche zum aktuellen Zeitgeschehen äußert – und zugleich an das historische Preußen erinnert und sich der Pflege seines kulturellen Erbes verpflichtet fühlt.

Guten Journalismus gibt es freilich nicht umsonst. Gerade der Wandel der Medienwelt und der Zeitungsleserschaft erfordern regelmäßige Investitionen in die Qualität der Beiträge und der Gestaltung einer Zeitung. Gleichwohl hat die PAZ die Preise für die Abonnements und den Kioskverkauf zwei Jahre stabil halten können. Nun zwingen allgemeine Kostensteigerungen leider zu einer Preisanpassung.

Der Inlands-Abonnement-Preis steigt ab 1. Januar 2021 von 12 auf 14 Euro im Monat, also 168 Euro im Jahr. Der Bezugspreis im Ausland steigt auf 16,50 Euro monatlich (20,50 Euro bei Luftpostversand). Am Kiosk kostet die PAZ künftig 3,40 Euro. Der Preis für das Online-Abo beträgt künftig 10,25 Euro im Monat. Soweit keine Einzugsermächtigung besteht, bitten wir die Abonnenten um die rechtzeitige Anpassung von Daueraufträgen.

Auch nach dieser moderaten Anhebung bleibt die PAZ deutlich günstiger als vergleichbare überregionale Wochenzeitungen. Deshalb bitten wir Sie herzlich um Ihr Verständnis für die erforderlichen Anpassungen.

Ihre Redaktion und Verlag der PAZ

### CORONA-PROTESTE

## Der Unwille, oppositionelle Haltungen zu integrieren

Im Umgang mit den Demonstrationen von Leipzig zeigt sich einmal mehr das fortgesetzte Bestreben zur Ausgrenzung Andersdenkender

VON HANS HECKEL

**D**ie demonstrative Lernunwilligkeit des etablierten Politikbetriebs der Bundesrepublik muss erschrecken – und macht zugleich beklommen. Wie im August, als zehntausende Bürger in Berlin gegen die mit Corona begründeten Zwangsmaßnahmen demonstrierten, reagierten Politiker des Regierungslagers und befreundeter Parteien nun auch auf die Massendemonstration von Leipzig mit dumpfen Pauschalurteilen über die Kundgebungsteilnehmer (siehe Seite 4).

Es ist stets die gleiche Leier: „Chaos“, „rechtsextreme Hetzer“, „Verschwörungstheoretiker“ – SPD-Chefin Saskia Esken diffamiert die gesamte Kundgebung, weil „auch rechtsradikale Hooligans aus ganz Europa nach Leipzig angereist“ seien. Bei Demonstrationen, die dem Regierungslager entgegenkommen, spielt dagegen die Beteiligung einiger Randständiger nie eine Rolle. Nicht etwa ehrliche Sorge, sondern der finstere Wille zur Denunziation ist es, der aus den Worten Eskens und vieler anderer, Politiker wie Medienvertreter, hervortritt.

### Luhmanns Warnung

Wie gefährlich die pauschale Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsteile ist, hat der bekannte Soziologe Niklas Luhmann (1927–1998) beschrieben. Von ihm

stammt die Warnung, dass sich die Überlebensfähigkeit eines politischen Systems langfristig daran ermisst, inwieweit seine Akteure imstande sind, Protest, der außerhalb des Systems entstanden ist, in die Bahnen des Systems hineinzulenken. Das heißt: Oppositionelle Bewegungen gilt es nicht an den Rand zu drängen, sondern dazu zu bringen, sich innerhalb des Systems und seiner Regeln einzubringen. So verwandelt sich eine Herausforderung in eine weitere Säule der Demokratie.

### Linksextremisten werden geschont

Genau das Gegenteil aber geschieht seit Jahren in der Bundesrepublik. Bewegungen, die sich durchaus als loyaler Teil, ja Verteidiger des parlamentarisch-demokratischen Systems begreifen, werden unter Rechtsextremismus-Verdacht gestellt und mit aller Härte ausgegrenzt. Dagegen erfreuen sich erklärte Feinde der freiheitlich-demokratischen Ordnung vom äußersten linken Rand größter Rücksichtnahme und Toleranz. Die gleiche Schonung gilt im Wesentlichen auch für radikal-islamische Kräfte, selbst wenn jüngste Terrorataten hier zumindest eine Nuancen-Verschiebung ausgelöst haben.

Mit einem neuen Demonstrationsrecht will die rot-rot-grüne Landeskoalition in Berlin gar die Möglichkeit extremistischer Kräfte stärken, bürgerliche Demonstrationen effektiver stören zu können (siehe Seite 5).

Eine solche Strategie ist dazu angetan, eine Gesellschaft zu zerreißen. Die Entfremdung hat weit größere Bereiche des Volkes erfasst, als konkret messbar ist. Den Kreis der Ausgegrenzten allein auf die Kernwählerschaft der AfD zu beschränken, greift längst zu kurz.

Der Partei gelingt es nicht mehr, neu aufkommende Protestbewegungen hinter sich zu scharen, wie sie dies zuletzt angesichts der unkontrollierten Masseneinwanderung ab 2015 vermochte. Stattdessen hat sich unter dem Schatten der Corona-Restriktionen eine neue Protestszene etabliert, die deutlich über das Potential der AfD hinausreicht.

### Bestrafen statt integrieren

Aber wo soll das enden? Was ist das Ziel der Ausgrenzung? Wer sich den ideologisch-historischen Hintergrund der Tonaenger des etablierten Lagers vor Augen führt, könnte zu dem Schluss kommen: Hier will sich eine linke Elite am republikanischen Bürgertum dafür rächen, dass dieses Bürgertum die 68er-Revolution ebenso bezwungen hat, wie es den SED-Staat überwinden konnte. So gesehen wohnt den dumpfen, autoritären „Kampf gegen Rechts“-Reflexen und „Alternativlosigkeits“-Postulaten sogar eine perfide, vor allem aber brandgefährliche Logik inne. Hier soll nicht integriert, hier soll vielmehr bestraft und zerstört werden. Niklas Luhmann würde Alarm schlagen.

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

Wie Google Zeitungshäuser sponsert – und die Freiheit der Presse gefährdet **Seite 6**

#### Kultur

Von Ostpreußen an die Elbe – der Bestseller „Altes Land“ kommt ins Fernsehen **Seite 9**

#### Das Ostpreußenblatt

In Königsberg investieren reiche Russen neuerdings in „Betongold“ **Seite 13**

#### BEILAGE

**Termine im Überblick** Dieser Ausgabe liegt der PAZ-Tafelkalender für das kommende Jahr 2021 bei



**Lesen Sie die PAZ** auch auf unserer Webseite [paz.de](http://paz.de)



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

**Übersterblichkeit** Der Anstieg der Sterberate während der ersten Corona-Welle fiel zumindest in Deutschland niedriger aus als in mancher Grippewelle. Zudem ist sie nicht nur eine Folge des SARS-CoV-2

## Kein eindeutiges Indiz

Deutschlands Sterberate-Entwicklung spricht nicht für eine exorbitante Gefährlichkeit von Covid-19

VON WOLFGANG KAUFMANN

In der Diskussion um die Gefährlichkeit des Virus SARS-CoV-2 und damit auch die Angemessenheit der Anti-Corona-Maßnahmen spielt die sogenannte Übersterblichkeit eine ganz zentrale Rolle. Dieser Begriff steht für die erhöhte Sterberate, die zumeist durch den Vergleich mit den Mittelwerten bestimmter Zeitabschnitte der Vergangenheit errechnet wird. Dabei gilt der Grundsatz, dass nachweislich gesundheitsschädliche Ereignisse wie eben Pandemien zu einer deutlich messbaren Übersterblichkeit führen müssten. Die entsprechenden Zahlen stellen Institutionen wie das Statistische Bundesamt im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern (Destatis), das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) oder die US-amerikanischen Centers for Disease Control and Prevention (CDC) zur Verfügung.

Letztere vermeldeten für die USA und die ersten drei Quartale dieses Jahres um die 300.000 Verstorbene mehr als sonst in den ersten neun Monaten eines Jahres üblich. Und Eurostat berichtete von einer auffälligen Übersterblichkeit in den drei am meisten von Corona betroffenen Ländern der EU zwischen März und Juni 2020: In Spanien habe es 48.000 Tote mehr gegeben, in Italien 46.000 und in Frankreich 30.000 mit Schwerpunkt Großraum Paris. Als unangefochtene Spitzenreiter in puncto Übersterblichkeit nannte die europäische Statistikbehörde indes Bergamo in Norditalien und Segovia in Spanien. In Bergamo stieg die Zahl der Verstorbenen in der zwölften Kalenderwoche vom 16. bis 22. März um 895 Prozent und in Segovia in der Woche darauf um 634 Prozent.

### Keine gravierende Übersterblichkeit

Derart dramatische Werte wurden aus Deutschland nicht gemeldet. Trotzdem sind die offiziellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes über die demographischen Auswirkungen der Corona-Pandemie für die Bundesrepublik durchaus beachtenswert. Das Datenmaterial findet sich in der Sonderauswertung des Statistischen Bundesamtes „Sterbefälle. Fallzahlen nach Tagen, Wochen, Monaten, Altersgruppen und Bundesländern für Deutschland 2016–2020“. In ihr sind die



Eine Pandemie führt grundsätzlich zu einer messbaren Zunahme der Todesfälle: Letzter Abschied in Corona-Zeiten

Foto: pa

Sterbezahlen vom 1. Januar 2016 bis zum 30. September 2020 aufgelistet.

So lassen sich die Sterbefälle der einzelnen Monate des laufenden Jahres in Relation zu den Durchschnittswerten dieser Monate innerhalb der letzten fünf Jahre setzen. Dabei tritt Folgendes zutage: Im Januar 2020 starben 1308 Menschen weniger als im Januardurchschnitt der letzten fünf Jahre, und im Februar 2020 betrug das Minus sogar 2873 Todesfälle. Dann gab es am 9. März 2020 die ersten beiden Covid-19-Opfer auf dem Boden der Bundesrepublik. Anschließend veränderten sich die Sterbezahlen dergestalt: Im März 2020 lag die Zahl sämtlicher in Deutschland gestorbener Menschen immer noch um 2191 unter dem Fünfjahresmittel für diesen Monat, im April dann allerdings um 5903 darüber. Ebenso starben im Mai,

Juni, August und September 2020 mehr Menschen als sonst üblich. Das Plus lag bei jeweils 430, 1301, 3671 und 2576 Todesfällen. Dahingegen gab es im Juli ein Minus von 378. Nach einer gravierenden Übersterblichkeit sieht dies nicht aus. Immerhin zählte man vom 1. Januar bis zum 31. März 2020 ja insgesamt 6372 weniger Dahingeschiedene als im Fünfjahresmittel, bevor der Anstieg der Übersterblichkeit ab April dann zu einem finalen Überschuss an Toten bis zum 30. September von 7131 führte. Die offizielle Zahl der „an oder mit“ Corona Gestorbenen betrug zu diesem Zeitpunkt schon 9495.

### Grippe- und Hitzewellen

Zudem relativieren sich die Angaben für 2020 bei einem Blick auf einzelne Zeitabschnitte in den Jahren zuvor. In den

ersten neun Monaten der Jahre 2016 bis 2020 starben hierzulande im Durchschnitt 77.961 Menschen pro Monat. Dieser Mittelwert wurde in der Zeit vor der Corona-Pandemie mehrmals sehr deutlich überschritten, ohne dass dies zu irgendwelchen Alarmrufen oder gar Maßnahmen seitens der Politik geführt hätte. So gab es im März 2018 bemerkenswerte 107.104 Todesfälle und im Januar und Februar 2017 starben 96.033 beziehungsweise 90.649 Menschen. Verantwortlich hierfür waren saisonale Grippewellen (siehe rechts). Ebenso dürfte ein erheblicher Teil der Übersterblichkeit des Augusts 2020 – immerhin 3671 Tote über dem Fünfjahresmittelwert für diesen Sommermonat – auf Kosten der Hitzewelle zwischen dem 5. und 22. August gehen. Corona-Opfer soll es im August schließlich nur 156 gegeben haben.

### ZUM VERGLEICH

## Drei große Grippe von 1918 bis 1970

Neben Natur- und Hungerkatastrophen sowie den Kollateralschäden von Kriegen wie dem Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung gehören Epidemien und Pandemien sowie Hitzewellen zu den wichtigsten Ursachen für eine zeitlich begrenzte Übersterblichkeit.

Vorsichtige Schätzungen hinsichtlich des demographischen Aderlasses im Zuge der drei großen Grippe-Pandemien von 1918/19 (Spanische Grippe), 1957/58 (Asiatische Grippe) und 1968–1970 (Hongkong-Grippe) gehen von einer Übersterblichkeit in Deutschland in einer Größenordnung von 426.600, 29.100 beziehungsweise 46.900 aus. Die Grippewelle von 2016/17 soll hingegen nur 629 Todesopfer hierzulande gefordert haben, was aber angesichts der auffällig hohen Sterbezahlen im Januar und Februar 2017 – ein Plus von 9398 beziehungsweise 7850 Toten gegenüber dem Fünfjahresmittel dieser Monate – ausgesprochen unwahrscheinlich ist. Die Übersterblichkeit in der Grippesaison 2014/15 wird mit 21.300 angegeben und die im Winter 2017/18 mit 25.100. Dabei hatte man in beiden Zeiträumen nur sehr wenige Verstorbene positiv auf Influenza-Viren getestet. 2017/18 betrug deren Zahl gerade einmal 1674, während die Übersterblichkeit alleine im März 2018 bei plus 17.542 Toten gegenüber dem Mittelwert für diesen Monat in den Jahren von 2016 bis 2020 lag. Auf jeden Fall sticht ins Auge, dass bei den bisherigen Grippe-Epidemien und -Pandemien wohl mehr Bundesbürger starben als während der bisherigen Corona-Pandemie 2020.

Weniger tödlich als die Grippe waren die regelmäßig wiederkehrenden Hitzewellen wie die von 2003, 2006, 2013, 2015, 2018 und 2019. Die meisten hitzebedingten Todesfälle, nämlich 7600, gab es in Deutschland in der ersten Augusthälfte 2003. Fast genauso hoch dürfte die Mortalität im Sommer 2018 gewesen sein. An dritter Stelle rangieren 2006 und 2015. Da deutet die statistisch erfasste Übersterblichkeit jeweils auf rund 6000 Hitzeopfer hin. W.K.

### ERSTE PANDEMIEWELLE

## Die Übersterblichkeit lag nicht nur am SARS-CoV-2

Auch die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Folgen der Anti-Corona-Maßnahmen scheinen ursächlich gewesen zu sein

Die offiziellen Sterbestatistiken für die Zeit der Corona-Pandemie offenbaren erhebliche länderspezifische Unterschiede. Mit diesen befasste sich kürzlich eine methodisch hervorragend fundierte Vergleichsstudie von 14 Wissenschaftlern unter der Leitung von Majid Ezzati vom Imperial College London, deren Ergebnisse jetzt unter dem Titel „Das Ausmaß und die Dynamik der demographischen Auswirkungen der ersten Welle der Covid-19-Pandemie auf die Gesamtmortalität in 21 Industriestaaten“ im Fachblatt „Nature Medicine“ vorgestellt wurden.

In dem Artikel heißt es, dass in den untersuchten Ländern – Deutschland

stellte keine Daten zur Verfügung und ist daher nicht mit vertreten – zwischen Mitte Februar und Ende Mai dieses Jahres rund 206.000 Menschen mehr gestorben seien als im Durchschnitt des gleichen Zeitraums während der fünf Jahre zuvor.

Die Staaten wurden in vier Gruppen aufgeteilt, in eine erste (Besonders hohe Übersterblichkeit) mit Großbritannien, Belgien, Italien und Spanien, eine zweite (Mittlerer Anstieg der Sterbezahlen) mit Frankreich, den Niederlanden und Schweden, eine dritte (Geringe Auswirkungen der Pandemie) mit Österreich, der Schweiz und Portugal sowie eine

vierte mit Bulgarien, Neuseeland, der Slowakei, Australien, der Tschechei, Ungarn, Polen, Norwegen, Dänemark und Finnland, die „einen nachweisbaren Anstieg der Gesamtmortalität ... vermieden haben“.

Nach der Diagnose nennt Ezzatis Forschergruppe mögliche Ursachen für die höhere Übersterblichkeit in manchen Staaten. Dabei kommen zahlreiche Hinweise dafür zur Sprache, dass nicht nur das Virus SARS-CoV-2, sondern auch die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Folgen der Maßnahmen zu dessen Eindämmung zu mehr Toten geführt haben. Und dann heißt es: „In den

In Spanien lag der Anteil der Übersterblichkeit, der aus Infektionen mit dem SARS-CoV-2 resultierte, nur bei 31 Prozent

21 untersuchten Ländern lag die Anzahl der Todesfälle aufgrund aller Ursachen um durchschnittlich 23 Prozent ... höher als die Anzahl der Todesfälle, die Covid-19 als zugrundeliegender Ursache zugerechnet werden konnten.“

Die größte diesbezügliche Diskrepanz bestand dabei in Spanien. Der Anteil der Übersterblichkeit, welcher nicht aus Infektionen mit dem SARS-CoV-2, sondern aus anderen Ursachen resultierte, lag bei 69 Prozent. Ähnlich verhielt es sich in Italien. Dort gingen lediglich 54 Prozent der zusätzlichen Todesfälle während der ersten Pandemiewelle auf das Konto von Corona. W.K.

# Die Spaltung bleibt

Während weltweit Jubel über den Sieg Joe Bidens bei der US-Präsidentenwahl zu vernehmen ist, wird klar, dass die Gründe für die Wahl Donald Trumps vor vier Jahren noch immer bestehen. Die Mitte der Gesellschaft dünnt weiter aus

VON RENÉ NEHRING

**N**un also Joe Biden. Nachdem der Kandidat der Demokratischen Partei am vergangenen Sonnabend zum Sieger der diesjährigen US-Präsidentenwahl und zum 46. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika ausgerufen wurde, brach nicht nur in den liberalen Hochburgen der USA Jubel aus, sondern auch in vielen Ländern rund um den Globus.

Einig sind sich die meisten Kommentatoren darin, dass Biden die Wahl vor allem gewonnen hat, „weil er nicht Donald Trump war“, wie es die britische Zeitung „The Daily Telegraph“ formulierte. Es war vor allem der Stil, mit dem dieser so viele Menschen weltweit gegen sich aufgebracht hatte. Ein Präsident, der unzählige Male gelogen hat, der mit seinen Übergriffen auf Frauen geprahlt hatte, der Veteranen verhöhnte (obwohl er selbst sich um den Wehrdienst gedrückt hatte), der reihenweise loyale Mitarbeiter verschliss, der Freund und Feind mit Handelskriegen drohte und dabei Diktatoren wie Kim Jong-un besser behandelte als Verbündete: Dieser Donald Trump stieß unzählige Wähler und Politiker weltweit ab – und mobilisierte die Gegenseite.

Dennoch – oder gerade deshalb – stellt sich die Frage, warum so viele Menschen einen Politiker gewählt haben, der gerade nach den konservativen Maßstäben seiner eigenen Partei nicht wählbar ist. Und warum er in diesem Jahr noch einmal ein paar Millionen Stimmen mehr erhalten hat als vor vier Jahren. Und warum ihn auch jetzt noch Tausende auf den Straßen wie einen Messias feiern.

Die Antwort darauf hängt nicht nur mit dem Showtalent zusammen, für das die Gegner Trump hassen und die Anhänger ihn lieben, sondern vielmehr mit einem Gefühl, das Trump seit Jahren wie kein Zweiter bedient: dem Unbehagen über die Globalisierung und die digitale Revolution der vergangenen dreißig Jahre und die mit ihnen einhergehenden vielfältigen Verwerfungen.

## Aufstand gegen die liberalen Eliten

Donald Trump ist der exponierteste Vertreter einer weltweiten Protestbewegung gegen das Gefühl, von den herrschenden Eliten mit diesem Wandel alleingelassen zu werden. Auch in Frankreich, den Niederlanden, Italien oder zuletzt Deutschland errangen populistische Kräfte von links und rechts große Erfolge und wurden so zum Schreckgespenst für die Eliten des liberalen Establishments.

Diese finden bis heute keine rechte Antwort auf die Herausforderung von den Rändern. Anstatt zu versuchen, den Protest zu integrieren (wie es die Stärke der alten Parteien der Mitte war), setzen die führenden Repräsentanten der Christ- und Sozialdemokratie von heute auf die Ausgrenzung all jener, die eine andere Meinung vertreten als sie selbst. Erinnert sei hier an den Umgang führender CDU-Funktionsträger wie Elmar Brok und Annette Widmann-Mauz mit Mitgliedern der Wertunion.

In den USA bezeichnete Hillary Clinton im Wahlkampf von 2016 die Wähler Donald Trumps als „Basket of deplorables“ (zu Deutsch etwa als „Haufen der Beklagenswerten“) – und gab damit ungewollt der populistischen Grunderzählung recht, nach der das einfache Volk gegen eine selbstherrliche Politikerkaste aufbegehre, die das Schicksal der Abgehängten und Vergessenen ignoriert.

Tatsächlich widerlegen tiefergehende Wähleranalysen diese Annahme. So stimmten bei der Präsidentenwahl der vergangenen Woche die Wähler mit einem Haushaltseinkommen über 100.000 US-Dollar zu 54 Prozent für Donald Trump, während Joe Biden hier nur auf 43 Prozent kommt. Letzterer lag



Die Schlacht geht weiter: Anhänger von Donald Trump und Joe Biden liefern sich nach der Verkündung des Ergebnisses der Präsidentenwahl ein heftiges Wortduell  
Foto: imago images / ZUMA Wire

dagegen deutlich bei den Wählern mit einem Haushaltseinkommen von unter 50.000 US-Dollar vorn. Mögen in den Augen der liberalen Eliten die Anhänger des Populismus Verlierertypen sein – die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Ergo muss der Erfolg Donald Trumps andere Ursachen haben.

## Der Zerfall der alten Strukturen

Ein wesentlicher Grund für den weltweiten Erfolg populistischer Kräfte ist der Zerfall jener Strukturen, die während des Industriezeitalters die Gesellschaft zusammengehalten haben. Mit der Möglichkeit, die ganze Welt zu entdecken, sank offenbar für viele Menschen die Bindung an die regionalen Strukturen ihrer Heimat. Allein in Deutschland haben die großen Volksparteien, Gewerkschaften und auch die großen Kirchen gut die Hälfte ihrer Mitglieder gegenüber 1990 verloren. An ihre Stelle traten oftmals Bürgerinitiativen und NGOs, die eine lockere, aber durchaus zielgerichtete Möglichkeit zur politischen Teilnahme bieten. In anderen Ländern verhält es sich ebenso.

Mindestens ebenso gravierend sind die ökonomischen Verwerfungen durch die Globalisierung. Wurden in den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts in der Dritten Welt vorrangig vergleichsweise einfache Industrieprodukte wie Textilwaren hergestellt, so werden im 21. Jahrhundert Hightech-Produkte wie Smartphones in Europa und Amerika nur noch entworfen – zusammengebaut werden sie in Asien. Apple lieferte für diese Form der Arbeitsteilung eine treffende Formel: „Designed by Apple in California. Assembled in China“, heißt es auf der Rückseite jedes iPhones, iPads und MacBooks.

Während mit jedem neu in Asien entstehenden Arbeitsplatz der Wohlstand wächst, gerät er in den alten Industrienationen des Westens in Gefahr. An die Stelle der alten Industriearbeitsplätze, die in der Regel eine gute Qualifikation erforderten und entsprechend gut bezahlt waren, treten nun die prekären Beschäftigungsverhältnisse der Dienstleistungsgesellschaft. Auch die Dienstleistungsgesellschaft gibt vor, eine Einheit zu

sein – doch ist in ihr die Mitte bei Weitem nicht mehr so groß wie im Industriezeitalter. Dafür stehen sich nun zwei Pole gegenüber: auf der einen Seite gut ausgebildete Akademiker wie Ärzte, Rechtsanwälte, Webdesigner, Berater oder IT-Programmierer – auf der anderen Pfleger, Reinigungskräfte, Fahrradkuriere, Servicekräfte in der Gastronomie und Paketzusteller.

In der Folge gilt auch das alte Fortschrittsversprechen der Industriegesellschaft, dass man es mit einer entsprechenden Ausbildung und Fleiß zu etwas bringen kann, nicht mehr. Für die Angehörigen der unteren Ränge der Dienstleistungsgesellschaft ist der Weg nach oben heute weiter denn je.

## Veränderungen der Demographie

Parallel zur sozialen Veränderung der westlichen Gesellschaft vollzieht sich auch ein demographischer Wandel. Während die wohlhabenden Nationen Europas und Nordamerikas seit Jahrzehnten Geburtenrückgänge beklagen, verzeichnen die armen Völker der Dritten Welt hohe Geburtenüberschüsse. Und während hierzulande – als Folge des vorherigen Wohlstandsgewinns – immer weniger Einheimische bereit sind, einfache Arbeiten für eine schlechte Bezahlung auszuführen, bieten für die Kinder der Dritten Welt selbst einfachste Jobs die Möglichkeit, in der Ersten Welt Fuß zu fassen.

Allerdings erzeugt auch dieser Wandel erhebliche Spannungen und Verwerfungen. Die Neuankommlinge bringen nicht nur fremde Sprachen mit, sondern auch andere Umgangsformen, religiöse Riten und Wertvorstellungen. Da sie fast immer für die einfachen Tätigkeiten der Dienstleistungsgesellschaft gebraucht werden, landen sie auch fast immer in den ohnehin schon bestehenden sozialen Brennpunkten – und verschärfen die dortigen Konflikte.

Zum gesamtgesellschaftlichen Problem wird, dass die Eliten unserer Zeit von all dem kaum etwas mitbekommen. Sie leben – wie hinter einer unsichtbaren Grenze – in Wohnvierteln und schicken ihre Kinder in Schulen, zu denen die Angehörigen des Dienstleis-

tungsprekariats kaum Zugang haben. In der Folge haben sie von der Lebenswirklichkeit der Mehrheit im Lande kaum noch eine Ahnung. Sie können es sich leisten, für eine offene Gesellschaft auszusprechen, indem sie sich zugleich vor ihr abschotten.

Während die Eliten die Folgen des demographischen Wandels nur indirekt erfahren, spüren ihn die Angehörigen der breiten Mittelschicht unmittelbar. Sie verfügen in der Regel nicht über die Mittel für die Errichtung einer unsichtbaren Grenze. Für sie ist der starke Staat mit einer möglichst breiten Absicherung nach innen und außen unverzichtbar. Deshalb sind in diesen Schichten populistische Kräfte besonders erfolgreich. Doch sind es eben nicht die Abgehängten, sondern eher diejenigen, die etwas zu verlieren haben.

## Ignoranz in Parteien und Medien

All das ist von klugen Köpfen längst beschrieben worden. Dennoch fällt es den etablierten Parteien schwer, auf diesen Wandel zu reagieren und die Proteststimmung einzufangen. Stattdessen wird ihnen oftmals vorgeworfen, abgehoben zu sein und die Nöte des „kleinen Mannes“ gar nicht mehr zu kennen. Natürlich sind derlei Pauschalurteile zumeist nicht richtig – oft genug aber auch nicht ganz falsch. Ein Bundestagsabgeordneter mit einer Aufwandsentschädigung von inzwischen über 10.000 Euro im Monat lebt ganz einfach in einer anderen Welt als weit über 90 Prozent der Wähler.

Eine unselige Rolle spielen in diesem Kontext die Medien. Auch die Journalisten gehören in der Regel zu den akademischen Oberschichten der neuen Zeit – und verhalten sich entsprechend. Sie leben zumeist in den Wohlstandsquartieren – und bekommen entsprechend wenig mit vom Leben breiter Teile jener Leser, Zuschauer und Hörer, für die sie doch eigentlich arbeiten. Entsprechend verzerrt wird zunehmend die Berichterstattung. Werden die Journalisten doch einmal mit der Wirklichkeit konfrontiert – zum Beispiel bei Rassenunruhen in den USA oder bei radikalislamischen Attentaten in Europa –, dann wird nicht etwa das eigene Denken der Wirklichkeit angepasst, sondern versucht, die Wirklichkeit so zu beschreiben, dass sie wieder zu den eigenen gedanklichen Vorstellungen passt.

Doch lassen sich auf die Dauer weder der gesellschaftliche Wandel noch die mit ihm einhergehenden sozialen, kulturellen und demographischen Verwerfungen ausblenden. Ganz im Gegenteil führte die lange Ignoranz dazu, dass der Frust in weiten Teilen der Bevölkerung gegenüber dem liberalen Establishment so groß war, dass ein Anti-Held wie Donald Trump, der offenkundig auf alle Gepflogenheiten eben jenes Establishments piff, zu ihrem Helden wurde. Und da sich an dieser Konstellation nichts geändert hat, werden weder das Phänomen Donald Trump verschwinden noch die populistischen Pendants in anderen Teilen der Welt.

## Lehren für die Populisten

Allerdings sollte das Wahlergebnis in den USA auch den Populisten zu denken geben. Denn trotz eines historischen Rekordergebnisses für die Republikanische Partei und trotz des drittbesten Ergebnisses in der Geschichte der USA hat es für Donald Trump nicht für die Wiederwahl gereicht: weil eben jener Stil, mit dem er seine Anhänger begeisterte, die Mehrheit der Wähler abschreckte – und seinem Gegenüber dazu verhalf, noch mehr Menschen zu mobilisieren. Auch in anderen Ländern zeigt sich, dass populistische Effekthascherei kurzfristig große Erfolge erzielen, aber ebenso schnell verfliegen kann.

Langfristig dürften sich in Amerika wie in Europa diejenigen Kräfte durchsetzen, die der verunsicherten Mitte wieder Orientierung, Halt und Sicherheit geben.

—  
Langfristig  
dürften sich in  
Amerika wie in  
Europa  
diejenigen  
Kräfte durch-  
setzen, die der  
verunsicherten  
Mitte wieder  
Orientierung,  
Halt und  
Sicherheit  
geben

## ● MELDUNGEN

## Austritt in Brandenburg

**Potsdam** – Das Forum Natur Brandenburg, in dem der Landesbauernverband, der Verband der Berufsjäger, der Verband der Waldbesitzer und der Landesjagdverband organisiert sind, will sich geschlossen aus den Gremien des Wolfsmanagements im Land Brandenburg zurückziehen. Zur Begründung sagte Landesbauernpräsident Henrik Wendorf, die Verbände wollten die gegenwärtige Politik der Landesregierung im Umgang mit dem Wolf nicht mehr mitverantworten. In einer Mitteilung kritisierte das Forum Natur Brandenburg ein fehlendes Mitspracherecht und eine zu späte Einbeziehung bei Entscheidungen zum Wolfsmanagement. Die Verbände bemängelten auch, dass trotz einer mittlerweile großen Wolfspopulation der Frage nach einer zukünftigen Bestandsregulation ausgewichen werde. Gemessen an Fläche und Bevölkerungsdichte hat Brandenburg mit mehr als 300 Wölfen inzwischen eine höhere Wölfendichte als das dünn besiedelte Schweden. N.H.

## Widerstand in Sachsen-Anhalt

**Magdeburg** – Nachdem sich die Ministerpräsidenten der Bundesländer bereits im Sommer auf eine Heraufsetzung des Rundfunkbeitrags geeinigt hatten, stimmen nun die Länderparlamente über die Erhöhung ab. Scheitern könnte die Aufstockung des Rundfunkbeitrages im schwarz-rot-grün regierten Sachsen-Anhalt. Dort stellt sich die CDU-Fraktion quer und lehnt zusammen mit Teilen der Opposition die geplante Erhöhung ab. Auch eine Gruppe von Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU hat in einem Brief an die Ministerpräsidenten gefordert, die geplante Erhöhung des Beitrags wegen der Corona-Krise zu verschieben. Die rheinland-pfälzische Medienstaatssekretärin Heike Raab als Koordinatorin der Rundfunkkommission der Länder sagte, für den Fall, dass ein Bundesland nicht zustimme, müsse mit einer Klage der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gerechnet werden. N.H.

## Maron jetzt in Heines Verlag

**Hamburg** – Die Schriftstellerin Monika Maron wechselt zum Hamburger Hoffmann und Campe Verlag. Diesem Schritt ging die in der öffentlichen Debatte kontrovers diskutierte Entscheidung ihres früheren Verlages S. Fischer voraus, sich von der Autorin zu trennen (siehe auch PAZ vom 30. Oktober). Die Verlagsleitung von S. Fischer begründete dies damit, dass ein im Verlag der Dresdner Buchhändlerin Susanne Dagen veröffentlichter Essayband Marons unter anderem im Antaios Verlag des Vordenkers der „Neuen Rechten“, Götz Kubitschek, vertrieben wird. Dass nun der Verlag, in dem auch die Werke des Dichters Heinrich Heines erscheinen, ihre neue verlegerische Heimat wird, sieht Maron als hoffnungsfrohes Zeichen für die Meinungsfreiheit. Sie sähe die Zukunft von Hoffmann und Campe „ganz im freiheitlichen Geist von Heine“ erfüllt, sagte die 79-jährige, in der DDR sozialisierte Autorin. tws

VON ERIK LOMMATZSCH

Am vergangenen Sonnabend bot sich dem Beobachter der „Querdenken“-Proteste in der Leipziger Innenstadt folgendes Bild: Eine Demonstration, in der so ziemlich alle Generationen vertreten waren, vom Habitus bürgerlich bis linksalternativ, bestimmt nicht regierungsfreundlich, aber friedlich. Auch mehrere Pfarrer waren dabei sowie ehemalige DDR-Oppositionelle, welche die Gefängnisse der zweiten deutschen Diktatur kennengelernt haben. Vor allem aber war die Zusammenkunft groß. Die kursierenden Angaben von 20.000 offiziell gezählten Teilnehmern wurden vereinzelt auf 45.000 hochkorrigiert. Da die Demonstration am historischen Ort der friedlichen Revolution von 1989 stattfand, kann man die diesbezüglichen Zahlen als Vergleich heranziehen. Auch wenn bei der „Querdenken“-Veranstaltung Abstände in Rechnung zu stellen sind – es waren deutlich mehr als 45.000 Teilnehmer.

Eigentlich hatte die Stadt den Protest kurzfristig auf die Neue Messe, vor die Tore der Stadt, verlegt. Dort wäre die öffentliche Aufmerksamkeit wesentlich geringer gewesen. Wenige Stunden vor Beginn entschied das Oberverwaltungsgericht Bautzen zugunsten einer Beschwerde der Veranstalter. Die Kundgebung konnte, wie geplant, auf dem zentral gelegenen Augustusplatz stattfinden, der bei Weitem nicht ausreichte, die Teilnehmer in der genehmigten, eine allzu große Nähe vermeidenden Form zu fassen.

„Corona-Leugner“ waren nicht sichtbar. „Verschwörungstheoretiker“ musste man, selbst bei weitester Auslegung des Begriffs, lange suchen. Auch die Träger von schwarz-weiß-roten Flaggen des Kaiserreichs machten sich äußerst rar. Vorherrschend waren Luftballons, Schwarz-Rot-Gold, die Fahnen deutscher Bundesländer und die per Plakat kundgetane Ablehnung der freiheitsbeschränkenden, teils klar verfassungswidrigen und mit der ursprünglichen Begründung – dem Infektionsschutz – in keiner Beziehung mehr stehenden Maßnahmen, die – im Zuge des zweiten Lockdowns noch verstärkt – von der Regierung verordnet wurden und werden. Verbal lautstarker, aber großflächig gewaltfreier Widerstand. Angereist waren die Teilnehmer aus ganz Deutschland, etwa aus Zwickau, aus Aschaffenburg, aus Moers oder der Gegend von Frankfurt an der Oder.

**Abbruch nach zweieinhalb Stunden**

Die Veranstalter drängten immer wieder auf die Einhaltung der Vorschriften. Die Redebeiträge stärkten das Bewusstsein für die Situation. Absurditäten und durch die „Corona-Regelungen“ hervorgerufene Schäden wurden angeprangert. Das Lied



Statt schwarz-weiß-roten Flaggen des Kaiserreichs eher Luftballons, Schwarz-Rot-Gold und die Fahnen deutscher Bundesländer: „Querdenken“-Demonstration auf dem Leipziger Augustusplatz  
Foto: E.L.

## „QUERDENKEN“-DEMONSTRATION

## „Maskenlos durch die Stadt ...“ in Leipzig

Die Eindrücke vor Ort unterscheiden sich grundsätzlich von der Darstellung der meisten Medien

des zwölfjährigen Paul gegen das Maskentragen erfuhr begeisterte Aufnahme. Der ehemalige Nationalspieler Thomas Bertold fragte, wo die ganzen – aus dem Stadion ausgesperrten – Fans seien, ohne sie sei Fußball nichts.

Im Gänsemarsch zog eine Gruppe mit Transparenten durch die Menge. Abgebildet waren die „Corona-Mächtigen“ der Regierung und Berater wie Christian Drosten, alle in Sträflingskleidung und mit der Aufschrift „Schuldig“. Der Veranstalter musste darauf hinweisen, dass dies ein nicht genehmigter „Aufmarsch“ sei und bat um Vereinzelung. Eine Demonstrationauflage, die niemand nachvollziehen konnte. Ebenso, warum die Kundgebung nach über zweieinhalb Stunden, kurz vor dem Ende, behördlich abgebrochen wurde, mit der Begründung, man habe sich nicht an die Vorgaben gehalten. Das war von Anfang an nur bedingt der Fall. Die Maske, die bei den Demonstranten als Symbol dessen empfunden wird, wogegen sie aufstehen, trugen nur die Wenigsten.

Der Abbruch provozierte Verbotenes. Der ausdrücklich untersagte Demonstrationzug formierte sich spontan und führte zum Teil über den legendären Leipziger Ring. Viele trugen Kerzen, Familien waren dabei. Gerufen wurde immer wieder „Frieden“, „Freiheit“ und „Keine Dik-

tatur“. Ein Helene-Fischer-Schlagertitel erfuhr eine entsprechende Abwandlung: „Maskenlos durch die Stadt ...“ Als der Zug durch eine Innenstadtstraße führte, wo ein – mit den Protesten nicht in Zusammenhang stehender – Feuerwehreinsetzung stattfand, stellten sich jugendliche Demonstranten als Absperrung auf, um die Menge am Wirkungsbereich der Retzungskräfte vorbeizuleiten.

Derartige Szenen und vieles andere scheinen den meisten über die „Querdenken“-Demonstration berichtenden Medien entgangen zu sein. Gesucht – und bei der großen Teilnehmerzahl naheliegenderweise gefunden – wurden unangenehme Randerscheinungen, präsentiert als pars pro toto. Zudem gab es über zwei Dutzend parallel angemeldete Demonstrationen, auch linksradikaler Couleur. Man eiferte lieber danach, deren Agieren suggestiv in Zusammenhang mit den gewaltfreien Demonstranten zu bringen, anstatt zu fragen, warum so viele Menschen dem Protest-Aufruf der „Querdenker“ folgten.

Eine Demonstration, in der so ziemlich alle Generationen vertreten waren: vom Habitus bürgerlich bis linksalternativ, bestimmt nicht regierungsfreundlich, aber friedlich

## FEHMARNBELTQUERUNG

## Überraschung von der Richterbank

Warum das Bundesverwaltungsgericht alle sechs Klagen gegen den Bau des Ostseetunnels abgewiesen hat

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat überraschend die bisherigen Planungen für den Bau des umstrittenen Ostseetunnels zwischen Puttgarden auf Fehmarn und Rødby auf der dänischen Insel Lolland weitgehend bestätigt und alle sechs Klagen abgewiesen. Der 2008 geschlossene deutsch-dänische Staatsvertrag zum Bau des 18 Kilometer langen Absenktunnels sei völkerrechtlich bindend, so die Begründung des Gerichts.

**Eröffnung für 2029 vorgesehen**

Das Urteil betrifft lediglich den deutschen Abschnitt des Tunnelbaus. Die Hinterlandanbindung auf schleswig-holsteinischer Seite ist Gegenstand eines gesonderten Verfahrens. Die Reaktionen fielen unterschiedlich aus. Gegen Nordeuropas

größtes Bauprojekt hatten ein Aktionsbündnis, mehrere Fährgesellschaften, die Stadt Fehmarn und der Naturschutzbund Deutschland (NABU) geklagt. In ihrer Urteilsbegründung hoben die Richter hervor, dass die feste Fehmarnbeltquerung als wichtiger Baustein im transeuropäischen Verkehrsnetz benötigt werde, das Skandinavien und Mitteleuropa enger verbinde. Durch den Eisenbahn- und Straßentunnel verkürzt sich die Reisezeit mit der Bahn zwischen Hamburg und Kopenhagen von fünf auf knapp drei Stunden. Autos unterqueren die Meerenge in zehn Minuten. Bisher verkehren Fähren zwischen Fehmarn und Lolland. Die Fahrtzeit beträgt 45 Minuten.

Dänemark wird den schätzungsweise 7,4 Milliarden Euro teuren Tunnel bauen

und betreiben. Die Refinanzierung soll durch ein Mautsystem erfolgen. Deutschland bezahlt die 55 Kilometer lange und insgesamt 3,5 Milliarden Euro teure Straßen- und Schienenanbindung. Die Eröffnung des Tunnels ist für 2029 vorgesehen.

Die Umweltschützer hatten nachweisen wollen, dass der Tunnelbau Vögel, Fische, den Meeresboden und durch freigesetzte Sedimente die Meeresumwelt der Ostsee gefährden würde. Demgegenüber stellten die Richter fest, dass diesbezüglich keine größeren Risiken zu erwarten seien. Schweinswale würden wegen des gedeckelten Lärmpegels während der Bauarbeiten nicht gestört. Die Richter hatten auch nichts dagegen einzuwenden, dass die kürzlich festgestell-

ten Riffe am Ostseeboden im Planfeststellungsbeschluss nicht berücksichtigt sind. Darauf hatten die Umweltschützer bestanden. Abgewiesen wurde auch die Klage des Fährunternehmens Scandlines, das die Fähren zwischen Rødby und Puttgarden betreibt. Die Reederei hatte den Verkehrsbedarf des deutsch-dänischen Projekts angezweifelt und befürchtet unerlaubte Wettbewerbsverzerrung. Zum Brandschutz im Tunnel war kurz zuvor bereits ein Urteil gefallen. Zuständig ist die Stadt Fehmarn, das Land Schleswig-Holstein muss die Kosten vollständig ausgleichen. Das Fehmarn Aktionsbündnis „Beltretter“ befürchtet nun durch den Tunnelbau dramatische Folgen für den Tourismus und die Insel selbst. Dagmar Jestrzemski

## DEMONSTRATIONEN

# Ein Anschlag aufs Versammlungsrecht

Rot-Rot-Grün will bürgerliche Kundgebungen erschweren und Linksextremisten mehr Raum geben

VON NORMAN HANERT

Als sich am 29. August in Berlin Demonstranten auf der Treppe des Reichstags versammelten, war nicht zuletzt bei Politikern von SPD, Linkspartei und Grünen die Empörung groß. Behält Stephan Kelm von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) recht, dann schafft die rot-rot-grüne Koalition gerade regelrecht die Grundlagen dafür, dass in Zukunft öfter Demonstrationen anders als vor dem Reichstagsgebäude wirklich eskalieren.

Wie im Koalitionsvertrag angekündigt, wollen SPD, Linkspartei und Grüne das Versammlungsrecht in Berlin neu regeln. Bereits im Sommer präsentierten die drei Regierungsfractionen einen Gesetzentwurf für ein „Versammlungsfreiheitsgesetz“, zu dem am 2. November im Innenausschuss des Abgeordnetenhauses Experten angehört wurden. Kritik war dabei insbesondere von der GdP zu hören. Die Polizeigewerkschaft kritisiert: „Der Gesetzentwurf strotzt nur so vor Fehlern und Lücken, die ein Regelwerk zur Wahrung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit nicht beinhalten darf.“

## Störungen leichter gemacht

Bundesweit einmalig will die Koalition mit dem Gesetz ein Deeskalationsgebot für die Polizei gesetzlich verankern. Auch bei anderen Punkten ist schon jetzt Missbrauchspotenzial erkennbar, etwa bei den sogenannten Spontandemonstrationen. Der Entwurf sieht vor, dass „eine Anzeigepflicht entfällt, wenn sich die Versammlung aufgrund eines spontanen Entschlusses augenblicklich bildet“. Gerade in der linksextremen Szene Berlins ist es schon jetzt nicht unüblich, auf die Anmeldungen einer Demo und die Benennung eines Versammlungsleiters zu verzichten und „spontan“ auf die Straße zu gehen.

Auch eine andere Neuregelung werden Antifa und Linksautonome zu nutzen wissen, um Störungen von ordnungsgemäß angemeldeten Demonstrationen besser organisieren zu können. Laut dem Gesetzentwurf soll der zuständigen Behörde auferlegt werden, „Ort, Zeit und Thema der angezeigten Versammlung zu veröffentlichen. Sofern es sich um einen Aufzug handelt, hat sie auch den Stre-



Soll zur Regel werden: Spontane „Anti-Hass“-Gegendemonstration in Berlin

Foto: imago images/Future image

ckenverlauf zu veröffentlichen.“ Die Koalition will zudem per Gesetz verankern, Gegendemonstrationen in Hör- und Rufweite der „Ausgangsversammlung“ abhalten zu dürfen. Zusammen mit dem Deeskalationsgebot für die Polizei könnten solche Regelungen dazu führen, dass künftig das zugesicherte Recht auf störungsfreie Versammlungsfreiheit in der Praxis gar nicht mehr wahrgenommen werden kann. Stephan Kelm, der stellvertretende Landesvorsitzende der GdP, äußerte tatsächlich bereits die Befürchtung, die zahlreichen Fehler könnten das Gesetz zu einem „Freifahrtschein für Extremisten“ machen.

## Inhalte sollen entscheiden

Die Kritik der Opposition im Abgeordnetenhaus geht in dieselbe Richtung. Burkard Dregger, innenpolitischer Sprecher der Berliner CDU-Fraktion, warnte, der Entwurf gehe „mit der Lockerung des Ver-

mummungs-, des Waffen- und Uniformverbots oder dem Verzicht auf die Benennung eines Versammlungsleiters“ in die falsche Richtung. Der rechtspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Marc Vallendar, kündigte sogar schon die Prüfung rechtlicher Schritte an. „Rot-Rot-Grün will Genehmigungen oder Verbote von Demonstrationen künftig mit den Inhalten der Kundgebungen begründen. Das ist verfassungswidrig und wird keinen Bestand vor Gericht haben“, so der Fraktionsvize.

Tatsächlich begibt sich Rot-Rot-Grün mit der geplanten Neuregelung verfassungsrechtlich auf sehr dünnes Eis. Schon in der Vergangenheit hat das Bundesverfassungsgericht deutlich gemacht, dass das Demonstrationsrecht selbst für politisch radikale Parteien gilt, sofern diese nicht vom Bundesverfassungsgericht verboten sind und sich friedlich versammeln.

Im Kontrast dazu plant Rot-Rot-Grün aber sehr weitgehende Verbotsmöglichkeiten. Die Koalition will an bestimmten Orten, wie etwa der Neuen Wache Unter den Linden, oder aber zu bestimmten Tagen das Grundrecht der Versammlungsfreiheit, der Freiheit der Person und der Freizügigkeit „nach Maßgabe dieses Gesetzes“ einschränken können. Angeführt werden hierzu unter anderem der 8. Mai, laut Entwurfstext „Tag der Befreiung“, und der 9. Mai als „Tag des Sieges über den Faschismus“.

Darüber hinaus wollen die Fraktionen von Linkspartei, SPD und Grünen mit dem Gesetz in Berlin auch Verbotsmöglichkeiten schaffen, die ideologisch begründet sind. Etwa, wenn beispielsweise Versammlungen „gegen eine nationale, durch rassistische Zuschreibung beschriebene, religiöse oder durch ihre ethnische Herkunft bestimmte Gruppe“ gerichtet seien.

## STRASSENSZENEN

## Radikal-islamische Realsatire in Neukölln

Ultrareligiöse peitschen als Macron verkleideten Mann auf offener Straße – Niemand protestiert

Die muslimischen Proteste gegen Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, angefangen vom NATO-Mitglied Türkei, haben in der gesamten islamischen Welt, darunter auch in Neukölln, zu Massendemonstrationen und Beleidigungen Frankreichs geführt. Während in Frankreich die Täter im Geheimen, im Dunkel christlicher Kirchen zuschlugen, taten sie es in Neukölln auf offener Straße, vor den Linsen vieler Mobiltelefone, deren Besitzer die Szenen ins Internet stellten und so millionenfach reproduzierten.

Zunächst gab es noch am Tatabend, als drei katholische Gläubige in einer Kirche in Nizza von einem radikalen Moslem abgeschlachtet wurden, in Neukölln wütende „Allahu Akbar“-Demonstrationen, aber nicht etwa für die Opfer von Nizza oder „Charlie Hebdo“, sondern dafür, dass diese zu Recht gestorben seien. Ei-

nen Tag später wurde ein Mann am helllichten Tag, mit Macron-Maske verkleidet und an einen Strick gefesselt, von arabischsprachigen Männern in der Neuköllner Sonnenallee vorgeführt und unterwegs mit einem Gürtel geschlagen. Eine Gruppe von rund 30 Personen begleitete den Tross, filmte und grölte. An ihrer Spitze ein arabisch sprechender und arabisch-beduinisch gekleideter Mann mit einer palästinensischen Kufiya auf dem Kopf.

## Als „Verfolgte“ gekommen

Der Mann mit der Macron-Maske trug eine blonde Perücke, er wurde wie ein Gefangener in IS-Manier durch die belebte deutsche Einkaufsstraße gezogen und weiter mit einem Gürtel gepeitscht. Auf Arabisch wurde er als „Hundesohn“ oder „Ungeziefer“ beschimpft. Dass Macron in

langen blonden Haaren als „Tunte“ vorgeführt wurde, sollte den Westen als schwach, abnormal und dekadent demaskieren, das ist Teil der radikal-islamischen Subkultur. Es waren Szenen wie einst im syrischen oder irakischen „Islamischen Staat“ (IS), der nun mitten in Berlin seine symbolische Wiederauferstehung feierte, nachdem er im Nahen Osten besiegt wurde. Es handelte sich ganz offensichtlich um nachgestellte öffentliche Demütigungen und Auspeitschungen, wie sie auch im Iran und Saudi-Arabien üblich sind.

Bei den Teilnehmern handelte es sich offenbar um Syrer, die, wie der „Tagespiegel“ vermutet, dem syrischen Youtuber Fayez Kanfash gefolgt sind, der in der radikalen Moslem-Szene ein Star ist. Kanfash hat in den sozialen Medien 970.000 Abonnenten, ebenso viele syrische junge Männer dürften in den vergangenen Jah-

ren per Asyl nach Deutschland gekommen sein. Von Deutschland wurden sie aufgenommen, weil sie behaupteten, verfolgt zu werden. Warum sie verfolgt werden, sah man jetzt in Berlin: Weil sie Sympathisanten des IS waren und bis heute geblieben sind.

Viele Beobachter der makabren Szenerie in Berlin haben wohl gehofft, dass da bald jemand „Verstehen Sie Spaß?“ oder „Heute Show“ schreit oder die Polizei auftaucht, aber nichts dergleichen geschah. Obwohl mittlerweile bekannt sein dürfte, dass die sozialen Medien die Rolle der Hassprediger in den Moscheen übernommen haben und die radikalen Moslems ihre Aktionen in den sozialen Medien ankündigen, antwortete die Berliner Polizei auf Anfrage, dass niemand sie alarmiert und dass sie selbst nichts davon gewusst habe. *Bodo Bost*

## KOLUMNE

## Islamismus

VON VERA LENGSELD

Berlin hat ein massives Islamismus-Problem, auch wenn die Politik sich weigert, das anzuerkennen. Nach der Enthauptung des Lehrers Samuel Paty rief die Berliner Schulsensatorin Scherer dazu auf, in den Schulen eine Gedenkminute abzuhalten. Schon im Vorfeld gab es massive Bedenken, ob so eine Schweigeminute durchführbar sei. Dabei wurden nebenbei Informationen vermittelt, die man sonst in den Haltungs-Medien selten findet.

Plötzlich las man von der Sorge, dass muslimische Schüler von ihren Eltern oder in ihrem Umfeld, zu dem auch die Moscheen gehören, mehr Wut über das Zeigen der Mohammed-Karikaturen als Betroffenheit über den Mord vermittelt bekämen. Es ist das indirekte Eingeständnis, dass sich Parallelgesellschaften mitten unter uns gebildet haben, die unseren Lebensstil und unsere Werte ablehnen. Das wird auch auf Berlins Straßen immer sichtbarer.

Am Herrmannplatz und vor der Französischen Botschaft, wo Blumen und Fotos von Paty als Zeichen der Trauer um den Lehrer abgelegt worden waren, gab es Spontandemos, die den Mord an dem Lehrer guthießen. Vor der Botschaft wurde für den Mörder gebetet. Es ist nicht berichtet worden, dass die Polizei in beiden Fällen eingeschritten sei. Kleinere Übergriffe mit mutmaßlich islamistischem Hintergrund werden verharmlost. Wenn „S-Bahn-Pöbler“ Fahrgäste angreifen, in der U-Bahn ein Passagier mit dem Tod bedroht wird, wenn am Gesundbrunnen-Center 20 Männer zwei Passanten bei einem „Streit“ mit Messern verletzen, ein Mann in Neukölln mit der Machete bedroht wird, werden keine näheren Angaben zu den Tätern gemacht, die ohnehin entkommen konnten.

Dass eine Schweigeminute eine heikle Angelegenheit ist, wissen alle Lehrer, die bei ihren Schülern Beifall für die Attentäter vom 11. September 2001 erlebt haben und Verständnis für die Männer, die ihre Schwester Hatun Sürücü wegen ihres „westlichen Lebensstils“ am 7. Februar 2005 ermordeten. Derart massiv war damals die Unterstützung für die Mörder, dass dies den Ausschlag gab, das Fach Ethik in Berlin verpflichtend einzuführen. Es hat nicht viel genutzt.

## MELDUNG

## Wirre Vorwürfe

Berlin – Berlins Polizeipräsidentin Barbara Slowik will 40 Disziplinarverfahren gegen Polizisten führen. Allerdings gibt Slowik zu, in der Vergangenheit häufig mit derartigen Bemühungen gescheitert zu sein. Erst Ende Oktober wurden zwei Polizeischüler freigesprochen. Zwei Sozialarbeiter hatten behauptet, die angehenden Polizisten hätten bei einem Spiel des Basketball-Bundesligisten ALBA „Sieg Heil“ gerufen. Auch sonst erweisen sich die Vorwürfe oft als wirr: Das ARD-Magazin „Monitor“ behauptete, im Besitz von Chat-Protokollen von Berliner Polizisten zu sein, in denen gegen Muslime und Flüchtlinge gehetzt werde. Andere Medien berichteten, dass Berliner Polizeibeamte auf einem Trödelmarkt ein Radio aus der Zeit des „Dritten Reichs“ erworben hätten. Bei dieser Faktenlage ist es nicht verwunderlich, dass Disziplinarmaßnahmen bislang oftmals gescheitert sind. *F.B.*

## ● MELDUNGEN

## Brexit-er übt Corona-Kritik

London – In einem Gastbeitrag in der britischen Zeitung „The Daily Telegraph“ hat Nigel Farage, der Gründer der Brexit-Partei, zusammen mit seinem Parteikollegen Richard Tice massive Kritik an den Corona-Maßnahmen des britischen Premiers Boris Johnson geübt. Der EU-Skeptiker schrieb: „Lockdowns funktionieren nicht. Tatsächlich verursachen sie mehr Schaden als Gutes.“ Als Alternative zu einem Lockdown schlug Farage einen fokussierten Schutz von Risikogruppen vor. Der Rest der Gesellschaft soll dagegen weitgehend normal leben und eine Herdenimmunität entwickeln. Farage berief sich dabei auf US-Wissenschaftler, welche die „Great Barrington Erklärung“ verfasst haben. Farage kündigte zudem die Umbenennung seiner „Brexit-Party“ in „Reform UK“ an. Zur Begründung für die Thematisierung der staatlichen Pandemie-Maßnahmen sagte der Brexit-Vorkämpfer: „Wir spüren, dass derzeit ein großes politisches Loch ist.“ N.H.

## Freigestellt wegen Satire

Brüssel – Weil er seinen Schülern im Unterricht eine Mohammed-Karikatur gezeigt hat, ist ein Lehrer im Brüsseler Vorort Molenbeek vom Dienst suspendiert worden. Der Lehrer soll mit seinen zehn bis elf Jahre alten Schülern über die Ermordung des französischen Lehrers Samuel Paty gesprochen haben und dabei auch eine der von ihm benutzten Karikaturen gezeigt haben. Nach Angaben des Sprechers der Bürgermeisterin haben sich daraufhin einige Eltern über den Pädagogen beschwert. Die Suspendierung begründete die Stadt mit dem Umstand, dass die Zeichnung den Propheten nackt zeigt und damit obszön sei. Der Lehrer wird sich nun einem Disziplinarverfahren stellen müssen. Mit über 70 Prozent hat Molenbeek in der Region Brüssel-Hauptstadt einen besonders hohen Anteil von Ausländern, zumeist marokkanischer Herkunft. Zugleich gilt der Ort in Belgien auch als Hochburg des radikalen Islam. N.H.

## Ungarn kauft „Sputnik V“

Budapest – Wie der ungarische Außenminister Peter Szijjártó via Facebook bekannt gab, beabsichtigt Ungarn den Import eines russischen Corona-Impfstoffs. Ob es sich dabei um das als „Sputnik V“ propagierte Vakzin oder den zweiten in Russland registrierten Impfstoff „EpiVacCorona“ handelt, ließ der Minister offen. Bereits im Dezember soll eine erste kleinere Menge des Vakzins eintreffen, im Januar erfolgt dann eine größere Lieferung. Darüber hinaus plane die Regierung, eine Lizenz für die Herstellung eines der von Russland entwickelten Impfstoffe im eigenen Land zu erwerben. Damit verstößt Ungarn, dessen Ministerpräsident Viktor Orbán sich gern als scharfer Kritiker an EU-Institutionen präsentiert, gegen EU-Recht. Der russische Impfstoff hat keine Zulassung in der EU, die gemeinsam mit den USA einen eigenen Impfstoff entwickelt. Eine Zulassung ist aber Voraussetzung für den Einsatz oder die Produktion in einem EU-Land. MRK

## MEDIEN

## Der gekaufte Journalist

Google sponsert europäische Zeitungsverlage – Unabhängige Berichterstattung steht auf dem Spiel

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Siegeszug des Internets stürzte viele europäische Pressehäuser in eine tiefe Krise. Deshalb fehlte ihnen oft auch das Geld zur Erarbeitung tragfähiger digitaler Geschäftsmodelle, um dem Jammertal wieder zu entfliehen.

Vor diesem Hintergrund avancierte der US-amerikanische Technologiekonzern Google zum Retter in der Not, weil er über seinen Digital News Innovation Fonds (DNIF) 200 Millionen Euro zur Verfügung stellte, mit denen die Modernisierungsbemühungen der Zeitungsverlage unterstützt werden sollten. Das Geld floss von 2013 bis 2019, und für die nächsten zwei Jahre hat Google nun eine neue, mit 250 Millionen Euro ausgestattete „Nachrichteninitiative“ angekündigt.

Bislang förderte der Konzern 645 Projekte in Europa, davon 92 in Deutschland, das damit an der Spitze der Empfängerstaaten steht – gefolgt von Großbritannien und Frankreich mit 76 beziehungsweise 75 Projekten. Wer hierzulande etwas von den durch Google ausgeschütteten 21,5 Millionen Euro erhielt, legen Alexander Fanta und Ingo Dachwitz jetzt im soeben erschienenen Arbeitsheft 103 der Otto-Brenner-Stiftung der Gewerkschaft IG Metall offen.

## Zahlungen blieben intransparent

Die Aufstellung der beiden Mitarbeiter der kritischen Internet-Plattform netzpolitik.org mit dem Titel „Medienmäzen Google. Wie der Datenkonzern den Journalismus umgarnt“ gleicht dabei einem „Who is who?“ der deutschen Zeitungslandschaft: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Der Spiegel“, „Die Zeit“, „taz“, „Handelsblatt“, „WirtschaftsWoche“, „Der Tagesspiegel“, „Rheinische Post“, „Neue Osnabrücker Zeitung“ und so weiter und so fort. Manche Blätter wie die „Frankfurter Allgemeine“ und „Der Spiegel“ bekamen sogar gleich mehrere Projekte finanziert.

Das meiste Geld von Google ging freilich an die Großverlage DvH Medien, Funke Mediengruppe und Gruner + Jahr.



Demnächst alles „Made by Google“? Der US-Technologiegigant mischt sich finanziell immer mehr in das einst so unabhängige Zeitungsgeschäft ein

Foto: Mauritius

Diese erhielten nach den Recherchen von Fanta und Dachwitz wohl zwischen drei und zehn Millionen Euro. Genaueres lässt sich nicht sagen, weil weder Google noch die Empfänger der besonders umfangreichen Zuwendungen bereit waren, konkrete Summen zu nennen.

Von den zehn größten Profiteuren des DNIF zeigte lediglich „Der Spiegel“ Transparenz und bestätigte den Erhalt von exakt 1,5 Millionen Euro. Auf jeden Fall kamen die kleineren Zeitungshäuser nur sehr kurz weg oder sahen gar kein Geld, womit sich wieder einmal die Spruchweisheit bewahrheitete: „Wer hat, dem wird gegeben.“

## Gefahr journalistischer Selbstzensur

Die Spendierlaune von Google rührt natürlich nicht von ungefähr. Der Konzern erhofft sich davon eine wohlwollendere

Berichterstattung seitens der europäischen Presse, auch wenn er angeblich keinen direkten Einfluss auf die Journalisten oder Redaktionen nehmen will. Zum Beispiel kann Google so seine Lobbyarbeit hinsichtlich der Behandlung von Urheberrechtsfragen vorantreiben – man zahlt nämlich nur höchst ungerne Lizenzgebühren für die Nutzung des geistigen Eigentums anderer.

Gleichzeitig strebt das US-Unternehmen an, zum dominierenden informationstechnologischen Akteur im Nachrichten-Ökosystem Europas zu werden. Was die im Pressebereich genutzten Suchmaschinen betrifft, fungiert es bereits jetzt als faktischer Monopolist.

Die Geldzuwendungen von Google fördern natürlich Abhängigkeiten und allerlei Formen journalistischer Selbstzensur. Das ist den Ausgehaltenen auch

durchaus bewusst. Zur Entschuldigung äußerte ein deutscher Verlagsvertreter im anonymen Interview mit Fanta und Dachwitz: „Wir können ... den moralisch sauberen Tod sterben oder wir machen halt unser Projekt.“

Darüber hinaus verleiten die Finanzspritzen zur Trägheit. Wer darauf setzt, dass der digitale Wandel im eigenen Hause von außen gesponsert und zugleich noch unter Ausschaltung jeglichen echten Wettbewerbs zwischen den Anbietern verschiedener IT-Konzepte vorangetrieben wird, der dürfte über kurz oder lang an Innovationskraft verlieren.

Außerdem steht zu erwarten, dass es nach dem Bekanntwerden der korrumpierenden Nähe zu dem US-Datenriesen zu einem weiteren Leserschwund kommt, was die Situation vieler Blätter und Verlage noch prekärer machen dürfte.

## UKRAINE

## Kiew's alte Elite schlägt zurück

Verfassungsgericht kippt wichtiges Antikorruptionsgesetz – Machtprobe für Selenskij

Als „unzulässigen Eingriff in die Privatsphäre“ bezeichnete das ukrainische Verfassungsgericht ein Gesetz, das Beamte und Politiker dazu verpflichtet, ihre kompletten Besitztümer im In- und Ausland in einem elektronischen, jedermann zugänglichen Register offenzulegen. Es hat vielen Bürgern die Augen geöffnet, welchen Reichtum viele Amtsträger auf Kosten der Allgemeinheit angehäuft haben. Bei Verdacht auf illegale Bereicherung hatte die Antikorruptionsbehörde bislang das Recht, Geldflüsse ins Ausland zu verfolgen.

Für Transparenz und die Offenlegung der Machenschaften der als korrupt geltenden Elite zu sorgen, war eine der Grundbedingungen der EU für das 2014 getroffene Assoziierungsabkommen, das der Ukraine neben finanzieller Unterstützung durch die EU und den Internationalen Währungsfonds (IWF) auch seit 2017 Visa-freiheit für ukrainische Bürger mit der EU sowie eine Freihandelszone einbrachte.

Nun hat das Verfassungsgericht in einem Eilverfahren einer Klage von 47 Parlamentsabgeordneten der prorussischen Oppositionsplattform recht gegeben und das entsprechende Antikorruptionsgesetz gekippt. Der vorsitzende Verfassungsrichter Alexander Tupizkij steht



Bietet Präsident Selenskij die Stirn: Der vorsitzende Verfassungsrichter Alexander Tupizkij (l.)

selbst unter Korruptionsverdacht. Präsident Wladimir Selenskij reagierte empört. Er bediente sich einer ungewohnt scharfen, an die Sowjetära erinnernden Rhetorik, indem er von einem „Angriff auf das Land“, von „Konterrevolution“ und der Zerstörung der „Errungenschaften der Revolution der Würde von 2014“ sprach. Die Richter bezeichnete er als „Agenten der Konterrevolution“. Umgehend drohte er, alle Verfassungsrichter entlassen, deren Skandalentscheidung annullieren und neue Richter nach einem Auswahlverfahren ernennen zu wollen.

## Staatschef riskiert seinen Posten

Selenskij's Dilemma: Eine Auflösung des Verfassungsgerichts sieht die ukrainische Verfassung nicht vor. Er würde sich also selbst des Verfassungsbruchs schuldig machen. Für diesen Fall drohte Tupizkij dem Präsidenten 150 Jahre Gefängnis an. Da auch Abgeordnete der Regierungspartei „Diener des Volkes“ ihm in dieser Fra-

ge die Gefolgschaft verweigern, hat Selenskij keine Mehrheit, um seine Entscheidung durchzubringen. Die Kiewer Elite ist – wie die Richter des Verfassungsgerichts – mit alten Kadern des Clans von Ex-Präsident Viktor Janukowitsch besetzt, die der Westausrichtung der Ukraine kritisch gegenüberstehen.

Selenskij steht vor einer ersten ernsthaften Machtprobe seit seinem kometenhaften Wahlerfolg vor anderthalb Jahren. Sollte er, wie angedroht, das Parlament auflösen, stünde seine eigene politische Zukunft auf dem Spiel, zumal er ohnehin ein Glaubwürdigkeitsproblem hat, weil er seine Wahlversprechen – eben Bekämpfung der Korruption und Beendigung des Kriegs in der Ostukraine – bislang nicht oder nur unzureichend umsetzen konnte. Zudem hat Selenskij sich nie ganz von dem Verdacht befreien können, selbst von den Oligarchen Igor Kolomojskij und Rinat Achmetow protegert zu werden.

Manuela Rosenthal-Kappi

VON PETER ENTINGER

Die „private Altersvorsorge weiterentwickeln und gerechter gestalten“, lautet eines der Ziele im Koalitionsvertrag von Union und SPD auf Bundesebene. Hierfür sei ein Dialog mit der Versicherungswirtschaft nötig mit dem Ziel einer zügigen „Entwicklung eines attraktiven standardisierten Riester-Produkts“. Seitdem wurde viel gesprochen, noch mehr gerechnet, doch geschehen ist bis heute nichts Greifbares.

Eines ist allerdings sicher, die Riester-Rente hat mittlerweile einen miserablen Ruf. Vorschläge aus der Finanzwirtschaft zu einer Verbesserung lägen bereits seit Monaten vor, nur der Gesetzentwurf lasse auf sich warten, kritisiert das Deutsche Institut für Altersvorsorge (DIA). „Bis Dezember spätestens sollte ein Gesetzentwurf dazu vorliegen, damit dann ohne Verzögerung im Frühjahr 2021 das Gesetz verabschiedet werden kann. Dann gelingt die Reform noch in der laufenden Legislaturperiode“, erklärte DIA-Sprecher Klaus Morgenstern.

#### Anteil an Neukunden stagniert

Die Kritikpunkte liegen auf der Hand. Die Riester-Rente laufe Gefahr, wegen der historisch niedrigen Zinsen und der bestehenden 100-Prozent-Beitragsgarantie „für die Kunden renditeschwach und für die Anbieter unwirtschaftlich zu werden“, heißt es in einem Schreiben an das Bundeskanzleramt. Verfasst wurde das Schreiben vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), dem Fondsverband BVI, dem Verband der Privaten Bausparkassen und der Gruppe der Landesbausparkassen. Das Problem der Riester-Rente für die Versicherten ist, dass die Versicherten mit Rentenbeginn mindestens ihre eingezahlten Beiträge in Form einer privaten Rente ausgezahlt erhalten. In Zeiten von Niedrigzinsen führt dieses dazu, dass die Versicherungsunternehmen nur noch in sehr sichere Anlagen mit sehr wenig Rendite investieren können. Bereits vor einigen Monaten hatte sich mit der Debeka daher eine Versicherungsgesellschaft aus dem Riester-Geschäft zurückgezogen. Mehr als 13 Millionen Deutsche zahlen in die Riester-Rente ein. Doch der Anteil an Neukunden stagniert seit Jahren.

Dabei ist das Thema aktueller denn je. Aufgrund des demografischen Wandels haben ganze Generationen immer weniger aus der gesetzlichen Rentenversicherung zu erwarten. Und nun kommt auch noch die Corona-Pandemie. „Wer in Kurzarbeit ist, zahlt weniger Rentenbeiträge.“ Deshalb werde das Rentenniveau für die jüngeren Arbeitnehmer wegen Corona letztlich nach unten gehen, prophezeit der Freiburger Rentenexperte Bernd Raffelhü-



Die von ihm entwickelte und mit seinem Namen verbundene private Zusatzrente genießt mittlerweile einen miserablen Ruf: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung von 1998 bis 2002 Walter Riester

Foto: Imago images/APress

#### RIESTER-RENTE

## Jeder fünfte Vertrag ist ruhend gestellt

Rund 3,3 Millionen Verträge werden aktuell nicht mit Beiträgen bedient. Diverse Vorschläge von unterschiedlicher Seite zur Reform der Altersvorsorge

schen. Für die heutigen Senioren dagegen werde das Rentenniveau „durch die politischen Fehler, die man in der Vergangenheit begangen hat, sogar steigen“. Raffelhüschchen warnte gegenüber dem Südwestrundfunk (SWR) davor, mit Angst statt Zuversicht in die Zukunft zu schauen. „Unsere Eltern haben das Wirtschaftswunder in Deutschland zustande gebracht, obwohl sie mit Tuberkulose eine viel, viel schlimmere Krankheit am Hals hatten, als wir“, so der Rentenfachmann, der zum Beraterstab der Bundesregierung zählt.

#### Verschärfung durch Corona

In der Vergangenheit hatte Raffelhüschchen wiederholt für Modifikationen der Riester-Rente und eine längere Lebensarbeitszeit geworben. Viele Angebote zur Riester-Rente seien besser als ihr Ruf. Privates

Sparen könne sich mit dem richtigen Produkt gerade für weniger vermögende Familien lohnen. Oftmals würden Versicherer die „falschen Verträge“ anbieten. Die „eine Riester-Rente“ gebe es nicht. Darüber hinaus fordert Raffelhüschchen eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters über die festgeschriebenen 67 Jahre hinaus. Er plädiert für die Einführung eines Lebenserwartungsfaktors: „Der Zugewinn an Lebenserwartung wird so zwischen Arbeitszeit und Rentenbezugszeit aufgeteilt, dass jeder Jahrgang für ein Rentenbezugsjahr die gleiche Zahl an Beitragsjahren geleistet hat.“ Andernfalls drohe ein langfristiges Absinken der Rente.

Die Finanz-Lobby hatte Ende vergangenen Jahres einen Fünf-Punkte-Plan vorgelegt, um das Riester-System zu vereinfachen und höhere Renditen für die Sparer zu ermöglichen. Darin fordern die Finanz-

verbände Standardprodukte „ohne komplizierte Wahlmöglichkeiten, die einfach zu beraten sind und entsprechend kostengünstiger angeboten werden können. Jeder selbst gezahlte Euro wird mit mindestens 50 Cent gefördert“, heißt es in einer Erklärung der Verbände. Außerdem drängen sie darauf, die Beitragsgarantie zu lockern, weil die 100-Prozent-Garantie „eine chancenreiche Kapitalanlage“ erschwere.

Schon jetzt ist der Trend bedenklich. Jede fünfte Riester-Rente ist ruhend gestellt, die Sparer zahlen also keine Beiträge mehr ein. Konkret heißt das, dass rund 3,3 Millionen Verträge aktuell nicht mit Beiträgen bedient werden. Das ist für die Versicherten ein Problem – und für die Kunden. Denn abgesehen von der Beitragsgarantie wird die Zusatzrente angesichts des Niedrigzinsniveaus ziemlich dürftig ausfallen.

#### „GENDER- UND DIVERSITY-MANAGEMENT“

## Die wahre Diskriminierung in der Arbeitswelt

Stärker als Hautfarbe, Geschlecht oder sexuelle Orientierung führt das Alter zu Benachteiligungen

Während immer mehr Unternehmen in ihrer Personalpolitik „Gender- und Diversity-Management“ aufgreifen, wird inzwischen auch über die Schattenseiten des Diversity-Trends geredet. Die deutsche „Wirtschaftswoche“ wies etwa kürzlich darauf hin, dass „derzeit alle Welt über Diversity spricht“. Da gehe es dann um Hautfarbe, Geschlecht oder sexuelle Orientierung, fast nie aber um den Umgang mit älteren Mitarbeitern in den Unternehmen. Dabei haben bei einer Umfrage im Auftrag der Handelsblatt Media Group unter 3400 Fach- und Führungskräften mehr als zwei Drittel der Befragten angegeben, selbst eine Diskriminierung aufgrund ihres Alters erlebt zu haben. Lediglich fünf Prozent berichteten demgegenüber, aufgrund

ihrer Sexualität Nachteile erlitten zu haben. Die „Wirtschaftswoche“ zog aus den Zahlen den Schluss, dass Altersdiskriminierung „der vielleicht größte, auf jeden Fall aber wohl der am meisten unterschätzte Ungerechtigkeitsfaktor in der deutschen Wirtschaft“ sei.

#### Entlarvende Umfrage

Der Schweizer Finanzblog „Inside Paradeplatz“ hat schon mehrmals das Thema „Diversity“ bei den eidgenössischen Banken und Versicherungen aufgegriffen. Zu den Finanzmultis, die erklärtermaßen „unabhängig von sexueller Orientierung, Gender-Identität, Gender-Ausdruck oder anderen Aspekten von Diversität“ Talente anziehen und halten wollen, gehört die

Rückversicherungsgesellschaft Swiss Re. Aus Sicht von „Inside Paradeplatz“ gibt es beim Diversity-Management einen blinden Fleck: „Weniger zu reden geben die 50+ der Swiss Re, die ihren Job verlieren, nachdem sie junge und Inder eingearbeitet haben. Sie landen im Rahmen eines großen Auslagerungsprogramms von Backoffice-Arbeiten nach Bangalore auf der Straße – und danach oft auf dem Arbeitsamt.“

#### Junge Inder statt älterer Mitarbeiter

Der Finanzblog warf zudem die Frage auf, ob „die Chefs der Schweizer Finanzmultis mit ihrer Daueroffensive rund um Geschlechter und Minderheiten von weniger Erspriesslichem ablenken wollen; dem, was im Geschäft läuft. Dort sieht es teil-

weise zappenduster aus.“ Boeing ist zwar kein Schweizer Finanzmulti, sondern ein US-amerikanischer Flugzeugbauer, doch auch bei diesem drängt sich der Verdacht auf, dass das Engagement für mehr „Vielfalt“ im Personalmanagement den Blick auf langfristige und sogar existenzbedrohende Fehlentwicklungen verstellt hat. Aus Sicht des ehemaligen Boeing-Ingenieurs Josh Bersin war nach der Fusion mit dem kleineren Konkurrenten McDonnell Douglas im Jahr 1997 zu beobachten, dass die jahrzehntelang bei Boeing gepflegte „Ingenieurs-Kultur“ vernachlässigt wurde und sich stattdessen der stark auf Gewinn fokussierte Managementstil des geschluckten Konkurrenten ausbreitete.

Norman Hanert

#### ● MELDUNGEN

## Boomregionen um Berlin

**Berlin** – Berlin und Brandenburg können sich durch die Eröffnung des neuen Großflughafens BER und die Schließung des Flughafens in Berlin-Tegel (siehe Seite 11) Hoffnungen machen, dass sich gleich zwei neue Boomregionen entwickeln. Im Umfeld des BER schieben Projektentwickler bereits seit 2018 verstärkt Immobilienprojekte an. Nur etwa zwölf Kilometer vom BER entfernt ist in Berlin-Adlershof in den letzten Jahren Deutschlands größter Wissenschafts- und Technologiepark mit über 1000 Unternehmen entstanden. Langfristig will der Berliner Senat auch das alte Flughafengelände in Tegel zu einem Innovations- und Forschungsstandort entwickeln. Zu den künftigen Nutzern gehört die Beuth-Hochschule, die zwölf Studiengänge und auch ihr Gründerzentrum auf das ehemalige Flughafengelände verlagern will. Im benachbarten Spandau plant bereits Siemens bis zu 600 Millionen Euro in eine sogenannte Siemensstadt 2.0 zu investieren. N.H.

## Premiere in Japan

**Tokio** – Erstmals seit dem Austritt Großbritanniens aus der EU hat die britische Regierung mit einer führenden Wirtschaftsmacht ein Freihandelsabkommen vereinbart. In einem Zeitraum von lediglich viereinhalb Monaten haben Großbritannien und Japan ein Freihandelsabkommen ausgehandelt, das nach dem Ablauf der derzeitigen Brexit-Übergangsphase gelten soll. Die britische Ministerin für internationalen Handel, Elizabeth Truss, sagte bei der Vertragsunterzeichnung in Tokio, mit dem Abkommen habe ein unabhängiges Vereinigtes Königreich bewiesen, dass es ein größeres Handelsabkommen in Rekordzeit abschließen könne. Die Vereinbarung entspricht weitgehend dem bestehenden Freihandelsabkommen zwischen Nippon und der EU. Das Kaiserreich ist bislang der elftgrößte Handelspartner des Königreiches. Weitere Handelsgespräche führt die britische Regierung derzeit noch mit den englischsprachigen Staaten USA, Australien und Neuseeland. N.H.

## Asylkosten steigen enorm

**Berlin** – Für die Unterkünfte und den Lebensunterhalt von Asylbewerbern hat die Stadt über den Nachtragshaushalt 21,4 Millionen Euro zusätzlich gefordert. Damit würden nach dem Asylbewerberleistungsgesetz insgesamt 93 Millionen Euro für das laufende Jahr an Asylbewerber gezahlt. Die zuständige Senatorin Elke Breitenbach (Linke) war von einem Bedarf in Höhe von 37 Millionen Euro ausgegangen. Die Finanzierungssituation spitzt sich zu, obwohl bis Ende September mit 3250 Zugängen nur halb so viele Menschen gekommen waren wie im Vorjahr. Die Behörde erklärt die Mehrkosten damit, dass die Zahl der Begünstigten bei der Budget-Planung falsch eingeschätzt worden sei. Aktuell hat Berlin 25.700 Leistungsempfänger statt der veranschlagten 17.000. Außerdem trage die Corona-Pandemie zur Kostensteigerung bei, da die Asylverfahren länger dauerten. MRK

## KOMMENTAR

## Ein deutscher Gedenktag

ERIK LOMMATZSCH

Am kommenden Sonntag ist Volkstrauertag. Aufgrund der allerorts lastenden „Corona-Maßnahmen“ wird es hinsichtlich dieses „stillen Tages“ noch ruhiger als in den vergangenen Jahren. Allerdings wäre es übertrieben zu behaupten, dass der Gedenktag, der seit 1952 immer zwei Wochen vor dem ersten Advent begangen wird, in letzter Zeit im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gestanden hätte.

Der Volkstrauertag verdankt sich der Initiative des 1919 gegründeten Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK). Zunächst galt das Gedenken den toten Soldaten des Ersten Weltkrieges. In der NS-Zeit erfolgte die Umformung zum „Heldengedenktag“. Mit der Wiedereinführung des Volkstrauertages nach dem Zweiten Weltkrieg wurden neben den Gefallenen die zivilen Opfer Bestandteil dieser offiziellen Erinnerung. Termine wie Kranzniederlegungen des Volksbundes auf verschiedenen Friedhöfen oder die zentrale Gedenkstunde im Bundestag mit Festansprache und Verlesung des Totengedenkens, in der Regel durch das Staatsoberhaupt, sind jedes Jahr angesetzt. Und dennoch verblasst der Tag, der in der Bundesrepublik lange einen hohen Stellenwert hatte, im deutschen Bewusstsein immer mehr.

Die augenfälligen Ausdrücke sind vielfältig. Dies reicht vom Rückgang der Sichtbarkeit der Straßensammler, vor allem derjenigen in Bundeswehruniform, die im Umfeld des Gedenktages um Spenden für den Volksbund bitten, bis hin zur Tatsache, dass die Gedenkveranstaltung bei Bundestagsabgeordneten aufgrund anders gesetzter Prioritäten oft ausgelassen wird.

## Verblässende Erinnerung

Reflektiert man die Ursachen, so stößt man auf zwei Komplexe, die diese Entwicklung bedingen. Zunächst wäre da die – zu begrüßende – Tatsache, dass in Deutschland seit 75 Jahren ununterbrochen Frieden herrscht. Die Vorstellung eines Krieges als unmittelbare Erfahrung liegt für die Meisten außerhalb des Vorstellbaren. Das von der Bundeswehr vermittelte Bild ist entweder von negativen politischen Unterstellungen belastet oder vom eigentlichen Zweck weit entfernt. Gezeigt wird eine geldgerechte, humanitäre Hilfsorganisation. Die kämpfende Truppe, die sich etwa im Auslandseinsatz bewährt,

spielt eine nachgeordnete Rolle. Seit 2011 ist die allgemeine Wehrpflicht ausgesetzt. Dadurch hat die Öffentlichkeit noch weniger Berührungspunkte mit der Bundeswehr als zuvor.

All dies hat Folgen. Die Bezüge fehlen. Das jüngste Kind eines Gefallenen des Zweiten Weltkrieges kann kaum jünger als 75 Jahre sein, die wenigsten heute lebenden Kinder gefallener Kriegsteilnehmer konnten ihre Väter richtig kennenlernen. Der Soldat als Kämpfer ist eine Figur aus einer als abgeschlossen betrachteten historischen Epoche. Die Bundeswehr erscheint als anachronistischer Verband, der sich für sein Bestehen rechtfertigen und entsprechend gesellschaftlich akzeptierte Aufgaben suchen muss. In diesem Klima vermögen immer kleinere Teile der Bevölkerung, insbesondere die jüngeren Generationen, etwas mit dem Volkstrauertag und dessen ursprünglichen Anliegen anzufangen.

## Verwässerung des Gedenkens

Damit wäre der zweite Komplex für den Bedeutungsrückgang in den Blick zu nehmen. Im Bestreben einer zeitgeistigen Anpassung haben eben jene ursprünglichen Anliegen eine Verwässerung erfahren und zudem einen moralisierenden Rückschritt, der sich vom Leitgedanken des Volksbundes – „Versöhnung über den Gräbern“ – mehr und mehr entfernt.

Der Wortlaut des offiziellen Totengedenkens wird laufend fortentwickelt. Aufgenommen wurden inzwischen immer weitere „Opfergruppen“, die gefallenen Bundeswehrsoldaten sind dabei nur eine Kategorie. In der diesjährigen „Handreichung“ des Volksbundes, die Anregungen zur Gestaltung von Gedenkstunden und Gottesdiensten zum Volkstrauertag enthält, meint etwa der Berliner Generalvikar Manfred Kollig, man erinnere an „Opfer und Täter“. Die Schriftstellerin Regina Scheer widerspricht der These, der Tod mache alle Menschen gleich.

Genau diese Art von Diskussion, die überall sonst ihren berechtigten Platz haben mag, gehört gerade nicht zum Anliegen des Volkstrauertages. Das ist der Moment, in dem die Toten nicht klassifiziert werden. Dass es die Bischöfe Heinrich Bedford-Strohm und Georg Bätzing schaffen, in ihrem Grußwort die „Schutzsuchenden, die über das Mittelmeer fliehen“ einzuflechten, zeigt, wie weit sich auch der Volksbund von den Wurzeln des Gedenktages entfernt hat.



Im Stich gelassen: Armenische Zivilisten auf der Flucht von Bergkarabach nach Armenien

Foto: pa

## LEITARTIKEL

## Gewalt lohnt sich

RENÉ NEHRING

Es sieht nicht gut aus für die Armenier in Bergkarabach. Seit dem Wiederaufflammen des Konflikts um die Zugehörigkeit der armenischen Enklave innerhalb Aserbaidschans im Juli und seit dem Beginn einer militärischen Offensive Bakus am 27. September 2020 haben die aserbaidischen Truppen kontinuierlich an Boden gewonnen.

Am Montag dieser Woche nun musste die Republik Arzach – so der Name des völkerrechtlich nicht anerkannten Staates der Armenier in Bergkarabach – den Verlust der strategisch wichtigen Stadt Schuscha eingestehen. Die Hauptstadt Stepanakert steht vor dem Fall. Auch wenn in der Nacht zu Dienstag ein – durch den russischen Präsidenten Wladimir Putin vermittelter – Waffenstillstand verkündet wurde, bleibt die Lage der Armenier prekär. Schon einmal, am 10. Oktober, hatten die Russen eine Unterbrechung der Kämpfe ausgehandelt, doch hielt diese nur wenige Stunden.

Möglich wurde das schnelle Vordringen der zu den Turk-Völkern gehörenden Aserbaidschaner durch eine umfangreiche Unterstützung seitens der Republik Türkei und ihres machtbewussten Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan. So meldeten unter anderem Russland und Frankreich, dass Ankara Söldner aus Syrien und

Libyen auf Seiten Aserbaidschans in den Kampf geschickt habe. Von bis zu 4000 Kämpfern ist die Rede. Die Regierung Erdoğan schwieg zu diesen Berichten.

Dem entschiedenen Eingreifen Erdogans gegenüber steht die weitgehende Ignorierung des Geschehens durch die Europäische Union. Außer einigen Aufrufen zur Mäßigung war aus Berlin, Paris und Brüssel kaum etwas zu hören. Russland, das als traditioneller Verbündeter

Mit ihrer Weigerung, den Armeniern jenseits halbherziger Appelle zu Hilfe zu kommen, zeigen die Europäer, dass all die Bekenntnisse zu den Menschenrechten in den vergangenen Jahrzehnten nichts wert waren. Bombardierungen von Zivilisten, so die bittere Erkenntnis aus Bergkarabach, sind trotz aller verbaler Ächtungen noch immer ebenso möglich wie Grenzverschiebungen und die Vertreibung angestammter Bevölkerungsgruppen. Man muss als Aggressor nur entschieden genug auftreten – wie nun Erdoğan und sein Verbündeter in Baku, Präsident İlham Alijew.

Nun wird niemand erwarten, dass eine Gemeinschaft von rund 400 Millionen Einwohnern in den Krieg zieht für ein kleines Ländchen im Hochland des Kaukasus, weitab von allen Orten, an denen sich Fuchs und Hase eine gute Nacht wünschen. Doch gäbe es auch andere Methoden zur Sanktionierung militärischer Gewalt, zum Beispiel Wirtschaftssanktionen, die die Türkei gerade jetzt in ihrer ökonomisch prekären Lage empfindlich treffen würden.

So aber zeigen die in der EU vereinten Europäer mit ihrem Wegschauen zweierlei: dass sich Gewalt als Mittel zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele noch immer lohnt – und dass man vor ihnen keine Angst zu haben braucht. Den Preis dafür zahlen derzeit die christlichen Schwestern und Brüder in Armenien.

Der Konflikt zeigt,  
dass man vor der EU  
keine Angst zu  
haben braucht

Armeniens gilt, versucht, mit beiden Konfliktparteien im Gespräch zu bleiben.

Leiden muss in diesem Konflikt wie so oft die Zivilbevölkerung. Internationale Beobachter kommen auf mehrere hundert Tote und Verletzte – sowie rund 75.000 Menschen (fast ausschließlich Frauen und Kinder), die aus Angst vor den Kämpfen ihre Heimatorte verlassen haben. Da die Republik Arzach rund 146.000 Einwohner hat, ist praktisch die gesamte Zivilbevölkerung auf der Flucht.

## PORTRÄT

## Obama auf Weiblich

In einer „Simpson“-Folge träumt Serienheld Bart, dass seine Schwester Lisa im Jahr 2030 erste US-Präsidentin sein wird. So lange muss man vielleicht nicht warten, bis sich der Traum so mancher Feministen erfüllt, dass endlich eine Frau das Land regiert. Was Hillary Clinton nicht geschafft hat, könnte Kamala Harris schon 2025 erreichen. Denn als künftige Vizepräsidentin der USA liegt sie auf der Lauer fürs höchste Amt, da der künftige US-Präsident Joe Biden bereits angekündigt hat, keine zweite Amtszeit anzustreben. 2025 wäre er dann 82 Jahre alt.

Für Harris wäre das ein kleiner Schritt, aber ein großer Sprung für die antirassistisch- und frauenbewegten USA. Dank der „Black Lives Matter“- und „MeeToo“-Bewegung hat sie das Potential, zu einer

ähnlichen Ikone für die linksdominierten Medien zu werden wie Barack Obama.

Die 1964 im kalifornischen Oakland geborene Juristin bezeichnet sich trotz ihres auffallend hellen Teints selbst gerne als Schwarze, weil ihr Vater, ein in Stanford lehrender Wirtschaftspraxisprofessor, aus

Jamaika und ihre als Brustkrebsforscherin tätig gewesene Mutter aus Indien stammt. Doch es kommt nicht auf das Äußerliche an, sondern darauf, wie es innen aussieht. Und da gleicht sie ziemlich den „alten, weißen Männern“ des US-Establishments. Selbst aus wohlhabenden Verhältnissen stammend wird sie die Agenda der Milliardärsschicht nie aus dem Blick verlieren und die der sozial Vernachlässigten kaum in den Blick nehmen.

Als sie 2004 Bezirksstaatsanwältin von San Francisco wurde, trat sie noch als Gegnerin der Todesstrafe an. Später trat sie eine harte Linie bei kleinsten Gesetzesverstößen – auch gegen Schwarze. Mit Harris erscheint altes Denken im neuen Gewand. Da kann man gleich Trickfilmfigur Lisa Simpson wählen. H. Tews



Künftige Vizepräsidentin: K. Harris

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommerische Zeitung: Brigitte Stramm.

**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 2,90 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

## Neuanfang unter Obstbäumen

Von Ostpreußen ins Alte Land bei Hamburg – Dörte Hansens Bestseller über ein Flüchtlingsschicksal kommt ins Fernsehen

VON ANNE MARTIN

Die Autorin persönlich ist aus dem Off zu hören. Sie verliest die Inschrift auf dem Dachbalken des alten Hauses, das in diesem Film eine Hauptrolle spielt: „Dies Haus ist mein Haus und doch nicht meins. Wer nach mir kommt, nennt es auch noch seins.“ Ein reetgedeckter Bauernhof im Alten Land als Synonym für verlorene und wiedergefundene Heimat – davon handelt Dörte Hansens Bestseller „Altes Land“, dessen Verfilmung mit Iris Berben, Milan Peschel und Peter Kurth in den Hauptrollen an zwei Abenden im ZDF gezeigt wird (15. und 16. November um 20.15 Uhr).

Unter dem Reetdach kreuzen sich die Lebenswege dreier Generationen: Hierher flüchtet sich die junge ostpreußische Witwe Hildegard von Kamcke mit ihrer kleinen Tochter Vera. Hier wird Vera aufwachsen und ausharren, um sich bis zu dessen Tod um ihren kranken Stiefvater zu kümmern. Ihre Mutter lebt da längst mit neuem Mann und neuer Tochter ein besseres Leben in der Stadt.

Unter dem mit den Jahren stockfleckig gewordenen Reetdach wird wiederum eine Generation später ihre Nichte Anne – Tochter der Halbschwester Marlene – mit ihrem Sohn Zuflucht suchen. Erst dem Jungen wird es gelingen, den Panzer der unter einem vererbten Kriegstrauma leidenden Bewohnerin zu durchdringen.

Der 2015 erschienene Romanbestseller „Altes Land“ handelt von der Sehnsucht auch ostpreußischer Flüchtlinge nach Heimat, nach einem Ort, der Sicherheit schenkt. „Heimat scheint wie eine zweite Haut zu sein, ein dickes Fell, das einen schützt und wärmt. Wer ohne diese Schutzschicht leben muss, kühlt aus und wird verwundbar“, schreibt die Autorin in einem Vorwort.

Heimat wird gesucht und verteidigt: Feindselig steht die Bäuerin Ida Eckhoff



Die ostpreußische Braut trägt schwarz: Hochzeit von Hildegard von Kamcke (Birte Schnöink) und Karl Eckhoff (Kilian Land)

in der Einfahrt ihres Hofes, als gegen Kriegsende die verhassten „Polacken“ einquartiert werden. „Von mir gibts nix!“ Ihr gegenüber die Flüchtlingsfrau Hildegard von Kamcke, die eine kurze Alibi-Ehe mit Idas spät heimkehrendem, schwer traumatisierten Sohn Karl Eckhoff eingegangen wird. „Hoch den Kopf, und wenn der Hals auch dreckig ist“, so ihr Motto.

### Seelische Panzer

Hildegard will ein besseres Leben. Erst wird sie den Hof erobern, später einen neuen Mann in der Stadt. Ihre Tochter lässt sie zurück, so wie sie während der Flucht schon ihre Söhne zurücklassen musste. Weiterziehen, nach vorne gucken sind ihr in die DNA geschrieben. Hart wir-

ken sie, die Vertriebenen wie die Alteingesessenen. Schroff und unversöhnlich.

Vera, der von der Mutter aufgegebenen Backfisch, lässt auch als Erwachsene nichts und niemanden mehr an sich heran – nicht einmal den verwitweten Nachbarn Henni Lührs, der ihr Suppen vor die Tür stellt und dessen sauber geharkte Wege sie beim täglichen Ausritt mit ihrem Trakehner wie zum Hohn zertrampelt.

Erst der kleine Sohn der Nichte Anne wird ihre verkrustete Schale durchdringen. Ein argloses Kind mit einem Bilderbuch in der Hand, ein Kind, das nichts weiß von Verletzungen und Kälte. Widerwillig liest die alt gewordene Frau ihm vor, fast geistesabwesend taucht sie dabei in ihre eigenen Erinnerungen ein, spricht

von den Welpen, die sie zu Beginn der Flucht in die Taschen steckte, und die ihr die Mutter wieder entriss.

Eine Schlüsselszene: Diese versteinerte Frau war auch mal ein Kind, das sein Liebstes verlor, das mit ansehen musste, wie der erfrorene Bruder im Kinderwagen zurückgelassen wurde, das auf einem Hof unterkam, in dem es unerwünscht war, und das schließlich von der eigenen Mutter verraten wurde – als Schutz bleibt nur ein altes Haus. Da sitzt Vera Eckhoff nun in ihrer Küche und erlaubt sich zum ersten Mal, die eigenen Wunden anzusehen.

Das Kind auf ihrem Schoß dreht sich um, hebt den Arm und streichelt ihre Wange: „Armes Kleines.“ Und Vera, zurückgenommen gespielt von Iris Berben,

blickt fast erstaunt, weil Mitgefühl das letzte ist, was sie in ihrem Leben noch erwartet hat.

Dörte Hansens hat in ihrer lakonischen Sprache große Themen aufgeworfen: die Suche nach Wurzeln, die unglaubliche Härte, mit der viele Kriegskinder ihre seelischen Wunden mit einem Panzer umgaben. Eine Abwehr und Unversöhnlichkeit, die sie oft an ihre eigenen Kinder weitergaben und diese unbewusst wiederum an ihre Nachkommen.

### Ein Geschenk an die Zuschauer

Aber es gibt auch Heilung. Es ist möglich, Brücken zu schlagen. Und es entsteht eine hoffnungsvolle Fortschreibung der Geschichte, hier in Gestalt der beherzten Nichte Anne, die Handwerker auf den Hof holt und anfängt, das brüchige Mauerwerk, die morschen Fensterrahmen und das marode Dach bis hinauf zum Dachbalken auszubessern.

Die vielen Zeitebenen, welche die Regisseurin Sherry Hormann kunstvoll miteinander verblendet, zwingen zum genauen Hinsehen. Aber wer sich die Zeit nimmt, einer Geschichte zu folgen, die sich langsam entfaltet und niemals effektiv daherkommt, erlebt eine Sternstunde. Schade nur, dass der feine Humor kaum anklingen darf, mit dem die Autorin etwa Hamburger Helikoptermütter beschreibt oder auch jene aufs Land abgewanderten Städter in Designer-Gummistiefeln. Immerhin beleuchten die Nebenstränge eine Variante der modernen, ökobewegten Heimatliebe.

„Das Thema Heimatlosigkeit ist an den Küchentischen angekommen“, endet Dörte Hansens in ihrem Vorwort. „Dass mein Roman ein bisschen dazu beigetragen hat, ist ein Geschenk für mich.“ Dieser feinfühlig inszenierte Zweiteiler wiederum ist ein Geschenk an die Zuschauer, vor allem an jene, denen die Erinnerung an eine verlorene Heimat immer noch im Herzen steckt.

### LITERATUR

## Kleistischer Friedenssoldat

Hauptvertreter des literarischen Expressionismus – Der preußische Dramatiker Fritz von Unruh starb vor 50 Jahren

Stellt man sich Heinrich von Kleists Dramen auf Expressionistisch vor, so landet man schnell bei Fritz von Unruh. Der vor 50 Jahren gestorbene Autor hatte zu Beginn seiner Dramatiker-Laufbahn – ebenso wie Kleist gut 100 Jahre zuvor – die preußische Offizierslehre hoch in Ehren gehalten und den Widerstreit von soldatischer Pflichterfüllung und persönlichen Gewissensentscheidungen thematisiert. Doch anders als die Werke Kleists geraten jene von Unruhs mehr und mehr in Vergessenheit, auch deshalb, weil er sich dem Zeitgeschmack sehr stark anpasste.

Rund 60 Jahre umfasst von Unruhs Schaffenszeit, die vier zeitgeschichtliche Epochen durchlief: Kaiserzeit, Weimarer Republik, Emigration sowie die Nachkriegsjahre in der Bundesrepublik. Seine stärksten Spuren als Autor hat er gleich zu Beginn seiner Karriere hinterlassen, in der er sich als einer der Hauptautoren der deutschen expressionistischen Literatur etablieren konnte. In metapherngetränktem Pathos hoffte er etwa, dass die Welt aus dem Krieg „frühlingsjung und stark vor Werdeglück“ hervorgehen werde.

Als preußischem Generalsohn war es für von Unruh eine Notwendigkeit, sich 1914 als Kriegsfreiwilliger zu melden. Geboren am 10. Mai 1885 in Koblenz, wohin sein aus altem preußischen Adel stammender Vater abkommandiert war, drückte er als Schüler in dem zur Kadettenanstalt umfunktionierten Plöner Schloss neben zwei Söhnen von Kaiser Wilhelm II. die Schulbank.

Noch als Offizier beim Kaiserlichen Garderegiment verfasste er seine ersten Dramen, darunter 1911 „Offiziere“ über den Herero-Aufstand in Südwestafrika. Das stieß damals auf solch wenig Gegenliebe bei seinen Vorgesetzten, dass er aus dem Regiment ausscheiden musste. Mit seinem Stück „Louis Ferdinand Prinz von Preußen“ über den Tod des Prinzen in den Napoleonischen Kriegen und der Niederlage Preußens im Jahr 1806 eckte von Unruh direkt beim Kaiser an: Der ließ das Stück 1913 verbieten, sodass man es erst 1921 nach dessen Sturz uraufführte.

Dennoch war von Unruh zu Beginn des Ersten Weltkriegs großer Patriot. Praktisch noch im Schützengraben an der

Westfront schrieb er für die Heimatpropaganda mit den Dramen „Vor der Entscheidung“ und „Ein Geschlecht“ sowie der Erzählung „Verdun“ (später unter dem Titel „Opfergang“ veröffentlicht) einige seiner bekanntesten Werke. Da die Zensur an manchen Stellen Anstoß nahm und von Unruh nach 1916 eine Kehrtwen-



Fritz von Unruh in den 1920er Jahren

de zum Pazifisten vollzog, überarbeitete er die Werke in einem Maß, dass man sie als Antikriegsliteratur begreifen konnte. In der Verstragödie „Ein Geschlecht“, die er seinem 1915 gefallenen Bruder Erich gewidmet hat und in der eine Mutter den Tod dreier Söhne verkraften muss, lässt er sie ausrufen: „Wie können wir den Wahnsinn weiter dulden, / der diesen Bau der Menschheit, den wir schufen, / sinnlos zerschlägt und die Gräber schleift!“

Damit hatte von Unruh noch im Krieg die Kurve gekriegt, um in der Weimarer Republik als Bühnentauglicher Autor Anerkennung zu finden. 1927 feierte er einen Erfolg mit seinem Historien-Drama „Bonaparte“, in dem er mit einem Rückgriff auf die Geschichte hellseht in die Zukunft einer NS-Diktatur blickt. Seinen größten Auftritt als Mahner hatte er 1932, als er im Berliner Sportpalast vor 20.000 Zuhörern vor einem neuen Vernichtungskrieg warnte: „Danach werden auf dem Potsdamer Platz die Schafe grasen!“

Inzwischen war er längst im damaligen Mainstream angekommen. Die liberale Stadt Frankfurt am Main gewährte ihm

am Mainufer in einem historischen Rententurm sogar ein Wohnrecht auf Lebenszeit. Davon machte er aber nur bis 1933 Gebrauch. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten, einem Einbruch rechter Gegner im Rententurm und der Bücherverbrennung, der auch seine Werke zum Opfer fielen, zog er aus dem Turm aus und emigrierte über Italien, Frankreich und Spanien in die USA.

Nachdem seine Wohnung in Atlantic City von einer Sturmflut zerstört worden war, nahm von Unruh 1963 ein erneutes Wohnrecht in Frankfurt an, aber nicht in dem Rententurm – dieser brannte im Krieg aus –, sondern in der neunten Etage eines Hochhauses. Doch so ganz heimisch wurde der Goethepreisträger von 1948 in Deutschland nicht mehr. Der von seinem Freund Albert Einstein als „Friedenssoldat“ gepriesene Autor publizierte eifrig weiter, doch ein Comeback gelang ihm nicht mehr. Als er am 28. November 1970 im Alter von 85 Jahren auf seinem Familiengut in Diez an der Lahn starb, waren der Expressionismus und seine Werke längst aus der Mode. Harald Tews

VON FEDOR M. MROZEK

**E**in britischer Oberstleutnant namens Edward Strutt erklärte am 15. November 1920 als Vizemilitärbefehlshaber in Danzig die alte deutsche Hansestadt als „Freie Stadt Danzig“ für unabhängig. Unter ständiger polnischer Bedrohung verstand es dieser Freistaat an der Weichselmündung nur mühsam, seine Eigenständigkeit unter der Oberherrschaft des UN-Vorgängers Völkerbund zu wahren, bis er zunächst 1939 von Deutschland „heim ins Reich“ geholt und 1945 polnischer Verwaltung unterstellt wurde.

Über Jahrhunderte hinweg hatte Polen bereits versucht, sich die reiche Hafensstadt mit einer im Jahre 1920 zu 94 Prozent deutschen Bevölkerung einzuverleiben. Handelte es sich bei ihrer ersten Erwähnung im Jahre 997 noch um eine Siedlung von Fischern und Bernsteinsuchern, die den Stämmen der Kaschuben oder Prußen zugerechnet werden können, so hatten 1178 deutsche Kaufleute eine Siedlung am Langen Markt begründet, die 1224 lübisches Stadtrecht erhielt. Diese wurde zunächst 1271 durch den Markgrafen von Brandenburg besetzt, bis 1308 der Deutsche Orden Einzug hielt. Von diesem löste sich Danzig, seit 1361 ein Glied der deutschen Hanse, mit anderen westpreußischen Städten 1454 im „Preußen Königlichen Anteils“ unter der Schutzherrschaft der Krone Polens und blieb eine souveräne deutsche Stadt, verbunden lediglich in Personalunion mit dem König von Polen, bis es im Gefolge der zweiten polnischen Teilung 1793 dem Königreich Preußen eingegliedert wurde. Über die davor herrschende nominelle Hoheit der Krone Polens hinaus gab es jedoch keinerlei staatsrechtliche Unterstellung Danzigs in der polnischen Adelsrepublik, wie sich an der selbstständigen Außenpolitik mit eigener Militär- und Münzhoheit bei deutscher Amtssprache und dem ungebrochenen deutschen Stadtrecht zeigte. Als Symbol der Selbstständigkeit galt die Befugnis, Urkunden mit rotem Wachs zu siegeln. Berühmtestes Beispiel der besonderen Machtstellung war der erfolgreiche Widerstand Danzigs gegen den 1576 zum polnischen König gekrönten Stephan Báthory. Ohne Bestätigung ihrer seit 1454 wohlverworbenen Rechte kam für die selbstbewusste Stadtrepublik eine Huldigung des neuen Herrschers nicht in Betracht. Daraufhin zog Báthory zu Felde und musste nach vergeblicher Belagerung Danzigs dann doch 1577 die Privilegien Danzigs anerkennen. Die preußische Herrschaft fand 1807 ein jähes Ende, nachdem sich König Friedrich Wilhelm III. als Folge des Friedens von Tilsit dem Kaiser der Franzosen fügen musste. Danzig wurde in Anlehnung an die jahrhundertalte Tradition einer patrizischen Stadtrepublik zur „Freien Stadt“ erklärt und musste unter französischer Besatzung darben. Erst die Befreiungskriege gegen die napoleonische Fremdherrschaft ließen die Republik mDanzig 1814 in den preußischen Staatsverband zurückkehren. Mit diesem gelangte es 1867 in den Norddeutschen Bund und schließlich 1871 in das Deutsche Reich. Dort fand es als Hauptstadt der preußischen Provinz Westpreußen zu neuer Blüte.

### „Schwächung Deutschlands“

Das Ende des Ersten Weltkrieges brachte am 11. November 1918 eine neue polnische Republik auf die Bühne der Geschichte, die sich nur allzu gerne Danzig einverleibt hätte. Bereits 1916 hatten die Mittelmächte auf dem Territorium des vormals russischen Kongresspolens das Regentschaftskönigreich Polen aus der Taufe gehoben. In Lausanne konstituierte sich 1917 das polnische Nationalkomitee, das am 3. Juni 1918, nunmehr in Paris, von den Alliierten die Anerkennung als legitime Vertretung des polnischen Volkes erfuhr und mit Berufung auf vier Millionen US-amerikanische Wähler polnischer Abstammung Einfluss auf Präsident Woodrow Wilson

DANZIG

# Keim zu einem neuen Krieg

Vor 100 Jahren machten die Sieger des Ersten Weltkriegs die alte deutsche Hansestadt zur „Freien Stadt“



Die alte Stadt- wurde zur Staats- und Handelsflagge: Danzigflagge am Heck eines Schiffes in Danzigs Hafen 1937

nahm. Dies fand seinen Niederschlag in dessen 14-Punkte-Programm für die Neuordnung Europas vom 8. Januar 1918. Dort hieß es unter Numero 13: „Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates, unter Gewährung eines freien Zugangs zum Meer, der diejenigen Gebiete einschließen soll, die von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt werden.“ Einen Monat darauf wandte sich der US-Präsident erneut vor dem Kongress an die Weltöffentlichkeit und forderte, auf Annexionen und Kriegsschädigungen zu verzichten. Der Wortlaut von Punkt 13 hätte einem Verbleib Danzigs beim Reich nicht entgegengestanden, denn zum einen wäre ein freier Zugang Polens zur Ostsee auch über völkerrechtlich abgesicherte Hafennutzungsrechte, etwa durch die Errichtung eines Freihafens, zu gewährleisten gewesen, und zum anderen konnte in Bezug auf Danzig mit einer polnischen Minderheit von sechs Prozent nicht im entferntesten von einer „unzweifelhaft polnischen Bevölkerung“ die Rede sein.

Unter Berufung auf die 14 Punkte ersuchte das Deutsche Reich am 4. Oktober 1918 bei Wilson um Waffenstillstand, doch die Hoffnung auf das postulierte Selbstbestimmungsrecht der Völker trog. Dies wurde noch im selben Monat ruchbar, und so richtete der Danziger Bürgermeister Hugo Bail namens des Magistrates der Stadt am 14. Oktober 1918 einen flammenden Appell an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern: „Präsident Wilson will alle Länder unzweifelhaft polnischer Bevölkerung zu dem unabhängigen neuen polnischen Staat vereinigen. Demgegenüber stellen wir fest, daß Danzig nimmermehr diesem Polen angehören darf. Unsere alte Hansestadt Danzig ist durch deutsche Kulturkraft entstanden und gewachsen, sie ist kerndeutsch. Wir nehmen für uns das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Anspruch. Wir wollen deutsch bleiben immerdar.“ Unterstrichen wurde das Bekenntnis der Danzi-

ger zum Deutschtum während der seit dem 18. Januar 1919 laufenden Friedenskonferenz von Versailles durch zwei Großkundgebungen auf dem Heumarkt, bei denen am 23. März 70.000 sowie am 25. April 100.000 Danziger ihren Protest gegen die drohende Abspaltung vom Deutschen Reich zu Gehör brachten.

### Der Freistaat war „nicht frei“

Am selben 11. November 1918, an dem der Waffenstillstand von Compiègne zwischen dem Deutschen Reich sowie Frankreich und Großbritannien unterzeichnet wurde, proklamierte der vorzeitige Befehlshaber der Polnischen Legion in der österreichisch-ungarischen Armee, Józef Piłsudski, in Warschau die Unabhängigkeit der Zweiten Polnischen Republik. Die polnische Stimme in Paris vertrat Ministerpräsident Ignacy Jan Paderewski, dessen Nationalkomitee mit dem bürgerlichen Nationalisten Roman Dmowski an der Spitze die von dem Sozialisten Piłsudski in Warschau gebildete Regierung anerkannt hatte. Auf Seiten der Entente standen im „Rat der Vier“ mit Wilson, Georges Clemenceau, David Lloyd George und Vittorio Emanuele Orlando die Regierungschefs der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens an der Spitze der 32 Verhandlungsdelegationen der alliierten und assoziierten Mächte in Versailles, und hier fielen im Kreise der „Großen Vier“ sämtliche Vorentscheidungen. Der als „Tiger“ berüchtigte Clemenceau unterstützte in seinen Rachegehlüsten am deutschen Erbfeind die polnischen Wünsche zur Inbesitznahme Danzigs und weiterer deutscher Gebiete von Pommern über Posen bis West- und Ostpreußen sowie Schlesien. Selbst Präsident Wilson konnte nicht umhin, die Maßlosigkeit der französischen Forderungen – vorgeblich zugunsten Polens – zu entlarven: „Das einzig wahre Interesse Frankreichs an Polen besteht in der Schwächung Deutschlands,

indem Polen Gebiete zugesprochen werden, auf die es kein Anrecht besitzt.“

Die Gegenposition – kein polnischer Korridor zwischen Pommern und Ostpreußen – vertrat das Vereinigte Königreich. Sie tat das nicht aus Zuneigung zum deutschen Volk, sondern im Sinne der „balance of power“ (Mächtegleichgewicht) als Beschränkung der künftig stärksten Festlandsnation auf der anderen Seite des Ärmelkanals. Rüdiger Ruhnau hat es in seinem Werk „Die Freie Stadt Danzig 1919–1939“ folgendermaßen formuliert: „Für Danzig und Westpreußen sah das Foreign Office keine Abtretung an Polen vor. Man ging vielmehr davon aus, daß Deutschland auf diese Gebiete niemals verzichten würde und hierdurch nur eine neue dauernde Kriegsgefahr entstünde. An einer erneuten Auseinandersetzung aber, bei der Frankreich auf Seiten Polens eingreifen und Großbritannien zu Hilfeleistungen gezwungen werden könnte, hatte man in London kein Interesse. Als weiterer Punkt kam hinzu, daß das meerbeherrschende Albion an einem französischen Stützpunkt im Danziger Hafen keine Freude haben konnte, den aber die Polen, schon aus Gegnerschaft zu Deutschland, den Franzosen bei Vereinnahmung Danzigs gerne eingeräumt hätten. Bismarck hat einmal erklärt, ein wiedererstandenes Polen werde ein französisches Militärlager an der Weichsel sein.“

Die konkurrierenden geopolitischen Absichten mündeten in einem Kompromiss, den der britische Diplomat James Headlam-Morley mit der Konstruktion einer Freien Stadt unter Garantie des zu gründenden Völkerbundes auf den Tisch legte. Der Schweizer Diplomat Carl Jacob Burckhardt, von 1937 bis 1939 Hoher Kommissar des Völkerbundes in Danzig, urteilte: „... man erfand die Freie Stadt Danzig, die nicht frei, sondern in jeglicher Beziehung bedingt, wohl eines der kompliziertesten Gebilde darstellte, das jemals dem

theoretischen Denken improvisierender Völkerrechtler entsprungen ist.“

Nach Unterzeichnung des der Reichsergebung ultimativ vorgelegten Friedens von Versailles am 28. Juni 1919 trat der Friede am 10. Januar 1920 in Kraft und Danzig samt Umgebung damit gemäß der Artikel 100 bis 108 aus dem Reich aus. Zur Umgegend zählten die im Nordwesten benachbarte Stadt Zoppot sowie die drei Landkreise Danziger Höhe, Danziger Niederung und Großes Werder, mithin umfasste der gesamte künftige Freistaat knapp 2.000 Quadratkilometer mit etwa 400.000 Einwohnern, von denen 260.000 zur Stadt Danzig selbst gehörten. In der Übergangszeit bis zur Errichtung des Freistaates lenkte im Auftrag der Alliierten der britische Militärgouverneur Reginald Tower mit Hilfe eines sogenannten Staatsrates unter der Leitung von Oberbürgermeister Heinrich Sahn mit führenden Beamten der städtischen Behörden die Geschicke der Stadt. Ein 53-köpfiger Verfassungsausschuss, gebildet analog zu den Stimmanteilen der deutschen Parteien bei der Wahl zur Nationalversammlung vom 19. Januar 1919 zuzüglich dreier polnischer Vertreter nebst Oberbürgermeister und Stadtverordnetenvorsteher, legte nach halbjähriger Arbeit einen Verfassungsentwurf vor, über den die am 16. Mai 1920 gewählte Verfassungsgebende Versammlung zu beschließen hatte. Die eingeschränkte Souveränität des Danziger Staatsvolkes versinnbildlichte die ergänzend erforderliche Zustimmung des Völkerbundes. Das aus 117 Artikeln bestehende Werk wurde von einer bürgerlichen Mehrheit verabschiedet und legte damit den Grundstein zu einem parlamentarischen Regierungssystem, in dem 120 Abgeordnete des Volkstages den Senat mit einem Präsidenten an der Spitze wählen durften.

### Warnung Marcel Sembats

Ausgehend von den Artikeln des Versailler Friedens, die unter anderem die Aufnahme Danzigs in das polnische Zollgebiet sowie die Nutzung des Danziger Hafens und den Betrieb der Eisenbahnen wie auch die Führung der auswärtigen Angelegenheiten Danzigs durch Polen vorsahen, war beiden Seiten die Aushandlung eines Abkommens zur Regelung der Verhältnisse aufgegeben worden, dessen Entwurf von der alliierten Botschafterkonferenz stammte. Mit der Unterzeichnung der „Konvention zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig“ vom 9. November 1920 in Paris war der Weg frei für die Konstituierung der Freien Stadt am 15. November 1920 unter Inkaufnahme zahlreicher Beschränkungen der Souveränität. Überdies verstand es Polen zuhauf, mit Billigung des Völkerbundes in den folgenden Jahren weitere Rechte gewährt zu bekommen, die sich weder direkt aus dem Versailler Frieden herleiten noch aus der Pariser Konvention begründen ließen. 1924 wurde Polen in Genf der Ausbau der Halbinsel Westerplatte zum Munitionsdepot zugestanden. Im Jahr darauf folgte die Berechtigung zur Stationierung einer Wachmannschaft, mit deren Hilfe das Munitionslager in den folgenden Jahren zum militärischen Stützpunkt mutierte. Und 1925 legitimierte der Völkerbund im Nachhinein die Ausweitung der polnischen Hafenpost in das übrige Stadtgebiet, bekannt als „polnischer Postputsch“.

In seinem Rechenschaftsbericht „Meine Danziger Mission 1937–1939“ resümierte Hochkommissar Burckhardt über Sinn und Zweck der Etablierung des Danziger Freistaates: „Von allem Anfang an wurde in Polen wie im Reich der Verdacht geäußert, es habe sich bei der künstlichen Abtrennung Ostpreußens durch den Korridor und bei der Schaffung der freien und doch von Polen abhängigen Stadt Danzig um die versteckte Absicht gehandelt, auf die Dauer einen friedlichen Ausgleich zwischen Polen und dem Deutschen Reich unmöglich zu machen. Warnende Stimmen, die sich in diesem Sinn äußerten, verstummten nie. Schon 1919 erklärte in der französischen Kammer Marcel Sembat, daß Danzig den Keim zu einem neuen Krieg in sich trage.“



Vergangenen Sonntag auf dem Flughafen Berlin-Tegel „Otto Lilienthal“: Viele kamen zur Abschiedsfeier mit dem Air-France-Passagierflugzeug, das als letztes abflog Foto: pa

„MAYFLOWER“

## Die Pilgrims prägten die heutigen USA

Der 21. November 1620 war ein wichtiger Markstein in der Vorgeschichte der Vereinigten Staaten von Amerika. Was damals geschah, prägt die USA noch heute. An jenem denkwürdigen Tag erreichte der aus dem englischen Plymouth kommende Dreimaster „Mayflower“ den Naturhafen von Provincetown auf der Halbinsel Cape Cod im Südosten des heutigen US-Bundesstaates Massachusetts.

Bei den rund 100 Passagieren des Segelschiffs, die dort an Land gingen und später als „Pilgrim Fathers“ oder nur „Pilgrims“ bezeichnet wurden, handelte es sich vielfach um sogenannte Separatisten. Das waren Anhänger einer radikalen – man könnte auch sagen fundamentalistischen – Strömung innerhalb des englischen Puritanismus, die der Church of England, der englischen Staatskirche mit dem weltlichen Herrscher an der Spitze, den Rücken gekehrt hatten. Eine zentralistisch und hierarchisch geführte Amtskirche lehnten sie ab. Sie erstrebten vielmehr die Selbstverwaltung der kirchlichen Gemeinden. Dem Episkopalismus stellten sie den Kongregationalismus entgegen.

Von der von den Kongregationalisten angestrebten Selbstverwaltung der kirchlichen Gemeinde ist es nur ein kleiner Schritt zu der für die Vereinigten Staaten so typischen Selbstverwaltung der politischen Gemeinde. Der Föderalismus und das Fehlen einer Staatskirche, die für die USA so charakteristisch sind, kommen also nicht von ungefähr.

In kirchlicher Selbstverwaltung geübt, vereinbarten 41 der Kongregationalisten noch bevor sie das Schiff in Provincetown verließen eine Satzung für ihre geplante Niederlassung. Mit dem sogenannten Mayflower-Vertrag etablierten sie eine „selbstregierende Gemeinschaft“, deren Mitglieder alle denselben „gerechten Gesetzen“ unterstehen sollten. Damit schufen die Pilgerväter den Ursprungsmythos der USA, nach dem rechtschaffene Männer den Grundstein für eine tatkräftige, unerschrockene, gottesfürchtige und freiheitsliebende Nation gelegt hätten.

Deshalb versuchen viele Amerikaner von heute, ihre Abstammung auf einen der Passagiere der „Mayflower“



Desembarco de los puritanos en América: Ölgemälde von Antonio Gisbert (1834–1901)

zurückzuführen, um damit quasi zum Uradel der Vereinigten Staaten zu gehören. Und nicht wenige derer, denen dabei kein Erfolg vergönnt ist, sind wenigstens bestrebt, den ethisch-moralischen Idealen der Pilgerväter zu folgen. Das zeigt sich unter anderem in dem Drang nach einer perfekten Lebensführung sowie dem Glauben, zu Höherem berufen zu sein. Und wie die auf Cape Cod gelandeten Puritaner leben US-Bürger auch heute noch gerne nach der Devise: Misstrau der Obrigkeit und nimm die Dinge selbst in die Hand. *Wolfgang Kaufmann*

### FLUGHAFEN BERLIN-TEGEL

# Zielpunkt der „Rosinenbomber“

Mit der Schließung endet zum zweiten Mal in Nachkriegsberlin die Geschichte eines großen Verkehrsflughafens

VON DIRK KLOSE

Die Bewohner der nördlichen Stadtbezirke Berlins atmen auf. Vorletzten Sonnabend wurde der neue Großflughafen Berlin Brandenburg „Willy Brandt“ weit draußen am südöstlichsten Ende der Stadt eingeweiht. Das bedeutet, dass alle Flüge zum bisherigen Flughafen Berlin-Tegel künftig wegfallen. Jahrzehntlang litt der Norden der Stadt unter manchmal unerträglichem Fluglärm, besonders, wenn abends die Maschinen im Landeanflug auf Tegel kaum 100 Meter über den Dächern hereindonnerten, musste jede Unterhaltung, ob drinnen oder draußen, unterbrochen werden.

#### BER löst Tegel ab

Mit der Schließung des Flughafens Berlin-Tegel „Otto Lilienthal“ endet zum zweiten Mal in Nachkriegsberlin die Geschichte eines großen Verkehrsflughafens. Der berühmtere, 1923 in Betrieb genommene Flughafen Berlin-Tempelhof war 2008 geschlossen worden, weil er einfach zu klein geworden und seine zentrale Lage inmitten dichtbesiedelter Stadtteile wegen des Fluglärms nicht mehr zumutbar war. Beide Argumente, zu geringe Kapazitäten und Fluglärm, bedeuten nun auch für Tegel das Aus.

Ursprünglich verbindet sich mit dem Ort ein beinahe literarisch-romantischer Klang. Berühmt wurde Tegel als Wohnsitz der Brüder Alexander und Wilhelm von Humboldt, deren „Humboldt-Schlösschen“ noch immer einen ganz eigenen Reiz verströmt. Und bis in den „Faust“ hat es der Ortsname geschafft, wenn Wolfgang von Goethe einige Kleinere seiner Zeit mit den Worten verspottet: „Wir sind so klug, und dennoch spukt's in Tegel.“ Aber das 19. Jahrhundert wurde dann rasch nüchterner. Der Tegeler Forst und die Jungfernheide waren lange ein beliebtes Ausflugsziel. Um 1900 wurde auf dem großen Gelände so etwas wie ein Vorläufer der Luftwaffe, das „Erste Preußische Luftschiffer-Bataillon“, aufgestellt, das auch im Weltkrieg zum Einsatz kam. Der Versailler Frieden verbot Deutschland dann jede militärtechnische Luftfahrtforschung.

#### Zu geringe Kapazitäten und Fluglärm

Im Jahr 1930 begannen auf dem „Raketenschießplatz Tegel“ erste Versuche mit ra-

ketengetriebenen Geschossen. Was kaum bekannt ist: Letztlich ist Tegel, nicht Peenemünde, die Wiege der deutschen Raketentechnik. Bekannte Peenemünder Namen wie Wernher von Braun, Hermann Oberth oder Rudolf Nebel findet man hier bereits 1930. An alle drei hat eine Gedenktafel auf dem späteren Flughafen erinnert.

Tegels bedeutende Stunde kam nach 1945, genauer: während der Berliner Blockade. Da sich rasch zeigte, dass Tempelhof für die ständig anfliegenden „Rosinenbomber“ zu klein war, baute man in rasender Eile und zum Ärger der Sowjets und der SED in Tegel binnen drei Monaten die mit fast 2500 Metern damals längste Landebahn in Europa, womit die Versorgung der Bevölkerung annähernd gesichert werden konnte.

#### Wiege deutscher Raketentechnik

Wegen des Viermächtestatus für Berlin durften Tegel und Tempelhof nur von den Westalliierten angefliegen werden. Am 2. Januar 1960 begann mit einer Air-France-Maschine in Tegel die zivile Luftfahrt, die sich binnen weniger Jahre rasant steigerte. Ein Ausbau wurde unumgänglich. Den 1968 ausgeschriebenen Wettbewerb gewann sensationell das völlig unbekanntes Planungsbüro „Gerkan & Marg“ aus Hamburg. Meinhard von Gerkan, heute Deutschlands wohl berühmtester Architekt und Bauherr in aller Welt, resümierte später: „Wir hatten noch nicht einmal eine Garage für einen VW Käfer gebaut.“

Gerkans Architektur wurde stilbildend für zahlreiche Flughäfen weltweit. Bei ihm dominiert das Prinzip der kurzen Wege: vom Taxi oder Bus bis zum Flugzeug nicht mehr als 50 Meter. Gerkan erreichte das in Tegel mit dem berühmt gewordenen Sechseck. An fünf Seiten können 14 Maschinen gleichzeitig andocken, was bis dahin unrealisierbar schien. 430 Millionen

D-Mark kostete der Bau. Am 23. Oktober 1974 war Einweihung.

#### Europas einst längste Landebahn

Und wie so oft in Berlin dann alles wieder nur halb: Sinnvolle Pläne für ein zweites Terminal wurden zurückgestellt. Erst als Tegel nach der Schließung Tempelhofs (2008) an Passagierzahlen förmlich zu ersticken drohte, handelte man mehr schlecht als recht. In der Folgezeit wurden mit den Terminals B bis E provisorische Abflugmöglichkeiten geschaffen, die bei Vergleichen stets die schlechtesten Plätze einnahmen. Die vernünftige Idee, eine ohnehin relativ nahe U-Bahnlinie an den Flughafen heranzuführen, kam über eine fast fertige Trasse nicht hinaus. Bis heute fehlen knapp zwei Kilometer, und daraus wird jetzt auch nichts mehr, da Tegel dicht macht.

#### Ein paar Kennzahlen

461

Hektar Fläche

24

Millionen Passagiere (2019)

25

Tausend Tonnen Luftfracht (2019)

194

Tausend Flugbewegungen (2019)

VON WOLFGANG KAUFMANN

Gute Historiker sind mehr als nur Geschichts- und Geschichtenerzähler. Sie verfügen auch über die Fähigkeit, aus ihrer Kenntnis der Vergangenheit gegenwärtige Entwicklungen und Prozesse zu analysieren sowie fundierte Prognosen für die Zukunft abzugeben. Zu diesen Könnern der Zunft gehört der israelische Universalhistoriker Yuval Noah Harari, dessen Buch „Eine kurze Geschichte der Menschheit“ seit 2011 in fast 50 Sprachen übersetzt wurde.

Der Bestsellerautor warnt neuerdings eindringlich vor der Überwachungstechnik, welche der Eindämmung der Coronapandemie dienen soll. Sobald sich die Menschen an diese Maßnahmen gewöhnt hätten, bestehe für die Regierungen kein Grund mehr, sie nicht auch anderweitig einzusetzen. Und das könnte zum Kollaps unserer bisherigen Weltordnung und zur Errichtung einer digitalen Diktatur schlimmer als Stalinismus und Nationalsozialismus führen.

Dann würden sich die Menschen in 50 Jahren nicht mehr an die Pandemie erinnern, sondern sagen: 2020 sei das Jahr gewesen, in dem die allgegenwärtige Kontrolle durch den Staat begann. Ganz ähnlich sehen dies auch Technik-, Rechts- und Datenschutzexperten wie Rolf Schwartmann, der Leiter der Forschungsstelle für Medienrecht an der Universität Köln sowie Vorsitzende der Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherheit.

Und tatsächlich sind die Befürchtungen von Harari, Schwartmann und Co. keineswegs übertrieben. Das zeigen zwei aktuelle Berichte der US-amerikanischen Bürgerrechtsorganisation Freedom House, die beide von Adrian Shahbaz und Allie Funk verfasst und im Oktober unter dem gemeinsamen Titel „Die globale Internetfreiheit schrumpft im Schatten der Pandemie“ publiziert wurden. Der eine ist mit „Der digitale Schatten der Pandemie“ überschrieben und der andere mit „Falsches Allheilmittel: Missbräuchliche Überwachung im Namen der öffentlichen Gesundheit“.

#### Gesetze gegen „Falschinformation“

Darin werden drei Themen angesprochen: Die Internetzensur oder gar -unterdrückung durch den Staat, die Meinungsmanipulation durch die von Privatfirmen betriebenen sozialen Netzwerke sowie die Zweckentfremdung von Corona-Warn-Apps durch diverse Regierungen zu anderen Zwecken, welche damit zu „Trittbrettfahrern der Pandemie“ mutierten. Hinsichtlich des Internets vermelden Shahbaz und Funk, die sich auf Recherchen von mehr als 70 Freedom-House-Mitarbeitern in aller Welt stützen, dass es im Zuge der Anti-Corona-Maßnahmen zu



„Freiheit schrumpft im Schatten der Pandemie“: Experten fürchten ausufernde Überwachungssysteme

Foto: imago images/Panthermedia

#### PANDEMIE-FOLGEN

## Regierungen missbrauchen Corona für mehr Zensur und Kontrolle

Forscher und Bürgerrechtler schlagen weltweit Alarm: Was im Schatten der Virusbekämpfung eingeführt wird, könnte unsere Freiheit auf Dauer untergraben

mannigfachen Einschränkungen des Zugangs zum Internet sowie zu deutlich mehr Kontrolle und Repression in Netz gekommen sei. So hätten die Behörden in fast jedem zweiten Land der Welt Internetseiten blockiert und in Staaten wie Indien, Russland, Ecuador, Myanmar und dem Iran das Internet zeitweise sogar zur Gänze oder in bestimmten Regionen abgeschaltet. Gleichzeitig traten vielfach neue Gesetze in Kraft, welche zum Teil drakonische Strafen für die Verbreitung von „Falschinformationen“ über die Pandemie und deren Ursachen beziehungsweise Bekämpfung vorsehen.

Beispielsweise könnten Nutzer in Simbabwe dafür nun für 20 Jahre ins Gefängnis wandern. Darüber hinaus gehe der Trend hin zu einem national abgeschotteten Internet. Von den Regierungen in Brasilien, Nigeria und der Türkei seien Vorschriften erlassen worden, nach denen Nutzerdaten nicht mehr ins Ausland übermittelt werden dürften, was faktisch

auf die Errichtung digitaler Grenzzäune hinauslaufe.

Die schlechtesten Noten hinsichtlich der Internetfreiheit in der Corona-Krise stellen Shahbaz und Funk China aus: Mit Beginn der Pandemie sei die ohnehin schon sehr verbreitete digitale Zensur und Blockade im Reich der Mitte nochmals deutlich verschärft worden. Auf der anderen Seite stehe Island weiterhin an der Spitze der Staaten mit einer vorbildlich liberalen Internetpolitik.

Hinsichtlich der sozialen Netzwerke wie Facebook konstatieren die Freedom-House-Berichte, dass deren Betreiber eine Art „Paralleljustiz“ – euphemistisch „Gemeinschaftsstandards“ genannt – etabliert hätten und ebenfalls Meinungen zensurierten oder unterdrückten, die ihnen aus irgendeinem Grunde suspekt erschienen. Das verleihe den Privatfirmen ähnliche große Macht wie staatlichen Akteuren, was zutiefst bedenklich und demokratiefeindlich sei. Selbiges gelte analog

auch für private Datendienste wie Google, welche den Zugang zu Informationen im Internet über ihre Algorithmen zu kontrollieren und zu beeinflussen vermögen.

#### Ein Fressen für die Geheimdienste

Dann wäre da noch die Mobiltelefon-Überwachung. Wie die Forscher herausgefunden haben, könnten die Warn-Apps theoretisch in mindestens 54 Staaten als Repressions- oder Bespitzelungsinstrument missbraucht werden. Und aus 30 davon kommen Meldungen, dass dies auch tatsächlich geschieht. Dabei arbeiten die staatlichen Institutionen Hand in Hand mit den privaten Mobilfunkbetreibern.

Ein Beispiel hierfür ist Indien, wo die viele Millionen Mal und oft unter Zwang heruntergeladenen Apps „Aarogya Setu“, „Quarantine Watch“ und „Jio“ befiessen Standort- und Gesundheitsinformationen sammeln und an Regierungsserver weiterleiten. In Russland verknüpfen die Apps Kontaktverfolgungsdaten mit An-

ruffisten, was ein gefundenes Fressen für die Geheimdienste ist. Eine beträchtliche Verletzung der Privatsphäre stellt zudem die russische Praxis dar, in Quarantäne Befindliche zu regelmäßigen Selfies in ihren Wohnungen zu nötigen. Und in Südkorea greifen die Behörden unter dem Vorwand der Corona-Bekämpfung gleich noch die Kreditkartendaten der Bürger ab – und zwar ohne richterliche Anordnung.

Patentrezepte gegen die aktuelle Überwachungs- und Datensammelwut seitens des zur Hygiene-Diktatur tendierenden Staates können weder Freedom House noch andere Mahner bieten. Vielmehr bleibt ihnen nur der Aufruf an jeden einzelnen Internet- und Mobiltelefon-Nutzer, seine persönlichen Daten und seine Privatsphäre so gut als möglich und bei restlos jeder sich bietenden Gelegenheit zu schützen. Auch wenn dies manchmal mit einem Verzicht auf manche scheinbare oder tatsächliche „Annehmlichkeit“ einhergehe.

#### ARBEITSWELT

## Die heilsame Wirkung von Pausen wird oft unterschätzt

Manche Arbeitgeber halten sie für lästige Unterbrechungen – Dabei fördern Auszeiten nachweislich die Produktivität

Ein Viertel aller Beschäftigten verzichtet auf die im Paragraph 4 des Arbeitszeitgesetzes offiziell vorgeschriebenen Pausen oder verkürzt diese zumindest deutlich. Das ergaben Untersuchungen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAUA). Die Betroffenen glauben, so effektiver zu sein, was jedoch ein klarer Trugschluss ist. Denn Pausen erfüllen gleich mehrere wichtige Funktionen, wie der BAUA-Arbeitspsychologe Johannes Wendsche nach der Analyse von 130 entsprechenden Studien aus den vergangenen 25 Jahren bestätigen konnte.

Da wäre zum Ersten die Schutzfunktion: Die Arbeit nicht in regelmäßigen Abständen zu unterbrechen, führt zur

Überlastung des Körpers und der Psyche. Die Folge sind schlimmstenfalls Berufskrankheiten oder Unfälle. Zum Zweiten dienen Pausen natürlich auch der Erholung. Während der Arbeit ermüdet der Mensch sukzessive, und bereits kurze Auszeiten unterbrechen diesen Prozess oder machen ihn sogar in gewissem Umfang rückgängig.

#### Luft für mehr Kreativität

Des Weiteren können Pausen das während der beruflichen Betätigung vielfach unerfüllt bleibende Bedürfnis nach sozialen Kontakten befriedigen, wobei in manchen Fällen allerdings auch der soziale Rückzug, das heißt der Schutz vor zu viel

Beanspruchung durch andere Menschen, für positive Effekte sorgen kann – man denke da nur an Pfleger, Lehrer oder Erzieher. Zum Vierten motivieren Pausen beziehungsweise die Erwartung derselben. Wer weiß, dass er bald in den Genuss einer Auszeit kommt, ist nachweislich produktiver.

Und Fünftens fördert das Abschalten auch die Kreativität. Wenn wir angestrengt arbeiten und nach Lösungen suchen, ist das Aufmerksamkeitsnetzwerk im Gehirn aktiv. Dieser Verbund von Hirnregionen während der Konzentration auf konkrete Aufgaben blockiert oft das Denken jenseits eingefahrener Routinen. Dann ist das sogenannte Default Mode

Network (Ruhezustandsnetzwerk) gefragt, das im Ruhezustand – also beispielsweise beim Tagträumen – aktiv wird. Nun ist plötzlich auch der Zugriff auf ganz andere Bereiche des Gedächtnisses möglich, und das Problem löst sich „wie von selbst“. Das passiert meist schon in sehr kurzen Pausen von nur wenigen Minuten Dauer.

#### Ausweg „maskierte Pausen“

Werden solche Arbeitsunterbrechungen nicht zugestanden, dann kommt es zu „maskierten Pausen“, in denen die Gedanken abschweifen, ohne dass dies von außen erkennbar ist. Unser Gehirn nimmt sich in derartigen Fällen, was es benötigt – und das ist gut so, obgleich manche Ar-

beitgeber meinen, das unterbinden zu müssen.

Ansonsten ist die Wirksamkeit von Pausen auch davon abhängig, wie sie konkret genutzt werden. Die Faustregel lautet hier: In der Pause sollte das Gegenteil von dem getan werden, was bei der Arbeit üblich ist. Gleichzeitig müssen die Auszeiten auch ermöglichen, die jeweils ausgeübte Tätigkeit zeitweise zu vergessen. Ideal sind darüber hinaus Pausen, die als sinnhaft und selbstbestimmt erlebt werden. Und wenn der Beschäftigte sie sogar noch zu nutzen vermag, um neue Kompetenzen – ganz gleich welcher Art – zu erwerben, dann sind alle Kriterien einer guten Pause erfüllt. W.K.



## KÖNIGSBERG

# Russen investieren in „Betongold“

Seit dem Frühjahr erlebt das nördliche Ostpreußen einen Immobilienboom – Auch Altbestand ist gefragt

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

In diesem Jahr gibt es in Königsberg zwei Erscheinungen, mit denen niemand gerechnet hatte. Die erste war der Touristenboom, die zweite betrifft den Immobilienmarkt.

Zu Beginn der Corona-Pandemie hatten die Immobilienspezialisten eine Stagnation des Markts vorausgesagt. Angesichts steigender Preise für Grundnahrungsmittel, wirtschaftlicher Rezession, des Verlusts von Arbeitsplätzen und dem Konkurs von Unternehmen wäre dies auch zu erwarten gewesen.

Im Königsberger Gebiet ist allerdings das Gegenteil eingetreten. Das Interesse an Immobilien ist gestiegen. Sowohl Neubauten als auch Bestandsimmobilien sind stark nachgefragt. Das hat bereits zu einer Verknappung des Angebots geführt. Es ist auch schwieriger geworden, in Altbauten eine Wohnung zu finden.

### Vorzugshypotheken eingeführt

Einen wesentlichen Einfluss auf die positive Entwicklung im ganzen Land hatte die Einführung von Vorzugshypotheken für Neubauten mit einem Zinssatz von 6,5 Prozent, galten doch bislang schon neun bis zehn Prozent Darlehenszins als attraktiv. Infolgedessen stieg das Volumen der im Juni 2020 für Königsberger Neubauten vergebenen Hypothekendarlehen im Vergleich zum Juni 2019 um 84 Prozent. Bis Mitte des Sommers waren die interessanten Angebote für Neubauwohnungen praktisch ausverkauft, sodass die Käufer sich auf Gebrauchtimmobilien konzentrierten.

Die Bauträger erkannten ihre Chance und erhöhten die Preise kräftig. Im Juni kosteten Rohbauwohnungen fast genauso viel wie schlüsselfertige Altbauwohnungen. Am Ende war es rentabler, ein wenig mehr zu bezahlen und eine frisch renovierte Wohnung zu kaufen. Auch die Verkäufer von Bestandsimmobilien profitierten vom Preisanstieg. Während der Faktor der Vorzugshypotheken für den Immobilienmarkt in der gesamten Russischen Föderation eine wichtige Rolle gespielt hat, gibt es im Königsberger Gebiet zusätzliche Faktoren, welche die Nachfrage weiter angekurbelt haben. Die Pandemie hat zu einem starken Interesse an der Bernsteinregion geführt. Vielen, die als Touristen kamen, gefiel es so sehr, dass sie beschlossen, eine Wohnung zu kaufen. Der Anteil des sogenannten emotionalen Einkaufens hat zugenommen. Während der Pandemie im April und Mai haben viele Menschen aus St. Petersburg, Moskau und Sibirien die Quarantänemaßnahmen im nördlichen Ostpreußen „ausgesessen“ und dabei festgestellt, dass sie sich hier recht wohl fühlen. Also beschlossen sie, entweder nur eine Wohnung zu kaufen oder gleich hierher umzuziehen.



Heiß begehrt: Neubauwohnungen im Königsberger Stadtzentrum

Foto: J.T.

Das Königsberger Gebiet erfreut sich allgemein großer Beliebtheit. Während in anderen Regionen der Russischen Föderation die Nachfrage nach Bestandsimmobilien tatsächlich gesunken ist, wie von den Experten erwartet, ist sie in Königsberg weiterhin hoch. Die Preise für bereits bestehenden Wohnraum stiegen beispielsweise im August um durchschnittlich 11,5 Prozent. Im Durchschnitt kostet ein Quadratmeter in einem Altbau jetzt umgerechnet gut 760 Euro.

### Nachfragehoch trotz Preiserhöhung

Zu bedenken ist, dass auch der Wechselkurs des Rubels zum Euro in dieser Zeit um etwa 20 Prozent gefallen ist, sodass sich die Kosten pro Quadratmeter Wohnfläche in Euro nicht wesentlich verändert haben. Darüber hinaus sind die Preise für andere Waren und Dienstleistungen im vergangenen Jahr noch stärker gestiegen. Selbst wenn sich ein Ende der Nachfrage und der emotionalen Käufe abzeichnen sollte, wird ein stabiler Besucherstrom ausreichen, um den Markt zu stützen und sein Wachstum zu sichern. Daher suchen Käufer jetzt zunehmend nach bereits fertiggestellten Wohnungen mit Möbeln und Geräten, um sofort einziehen zu können.

Auch die Struktur der Immobilienkäufer im Königsberger Gebiet hat sich radikal verändert. Waren es früher zu 80 bis 90 Prozent lokale Käufer, werden heute bis zu 75 Prozent der Wohnungen von Bewohnern anderer Regionen der Russischen Föderation gekauft. Außerdem kommen immer mehr Käufer aus den fernöstlichen Regionen. Da mit den Zinssätzen für Hypothekenkredite auch die Zinssätze für Bankeinlagen gesunken sind, investieren immer mehr Russen in „Betongold“, da es unrentabel geworden ist, sein Geld bei den Banken zu halten.

Dies gilt umso mehr, als in einigen sibirischen Städten, in denen Öl und Gas gefördert wird, und auch in Moskau und St. Petersburg die Gehälter um ein Mehrfaches höher sind als beispielsweise in Königsberg. Daher scheinen die Preise für Wohnungen im Königsberger Gebiet für die Bewohner dieser Regionen trotz der Preissteigerungen recht attraktiv zu sein.

## BÜRGERMEISTERWECHSEL

# Andrej Kropotkin ist Königsbergs neuer „Stadtmanager“

Bisheriges Stadtoberhaupt Alexej Silanow und sein Stellvertreter traten nach Verwaltungsreform zurück

Vor Kurzem gab es in Königsberg bedeutende Veränderungen in der Stadtverwaltung. In einer außerordentlichen Sitzung des Stadtrates wurde Andrej Kropotkin zu dessen Leiter gewählt. Die Mehrheit der Abgeordneten hatte ihn unterstützt. Zuvor hatte Gouverneur Anton Alichanow ein Gesetz zur Änderung des lokalen Verwaltungssystems unterzeichnet, das bereits von der Regionalduma verabschiedet worden war, und das auch Auswirkungen auf die Bürgermeisterwahl hat.

Alexej Silanow war von April 2018 bis Ende Oktober dieses Jahres Stadtbezirksleiter und Chef der Königsberger Verwaltung in einer Person. Die aktuellen Änderungen trennen diese Funktionen. Der Leiter des Stadtbezirks wird nun aus den Reihen der Abgeordneten des Stadtrats gewählt. Als Ergebnis einer Wahl wird ein sogenannter Stadtman-

ger zum Leiter der Königsberger Verwaltung gewählt.

Nur wenige Wochen vor der Gesetzesnovelle trat der erste stellvertretende Bürgermeister Jurij Fjaschow zurück, was Gerüchte nährte, dass auch der Rücktritt des amtierenden Bürgermeisters Silanow bevorstehe. Tatsächlich unterzeichnete dieser am 22. Oktober seinen Rücktritt und begründete dies mit den in Kraft getretenen Änderungen.

Der Königsberger Stadtrat beschloss derweil auch eine Reform seiner Zusammensetzung. Die nächsten Wahlen im Jahr 2021 werden ausschließlich nach dem Mehrheitswahlsystem abgehalten. Derzeit gibt es 28 Abgeordnete im Stadtrat. Die Hälfte des Stadtvertretungsorgans setzt sich aus 14 Direktmandaten zusammen. Der Rest wird aus Parteilisten rekrutiert – die Wähler votieren für eine politische Partei, die ihre Mandate



Alter und neuer Bürgermeister: Alexej Silanow (l.) und sein Nachfolger Andrej Kropotkin (r.)

Foto: J.T.

proportional zu ihrem Stimmenanteil erhält. Diese Änderung dürfte die Position der derzeitigen etablierten Abgeordneten stärken, die über beträchtliche finanzielle Mittel für eine Wiederwahl verfügen, und wird höchstwahrscheinlich dazu führen, dass Vertreter weniger finanz-

starker Parteien im Stadtrat fehlen werden.

Seit vielen Jahren gibt es ständige Konfrontationen zwischen Gebiets- und Stadtregierung. Diese erreichten ihren Höhepunkt zwischen dem ehemaligen Bürgermeister Jurij Sawenko und den da-

## MELDUNGEN

# Corona in Neidenburg

Neidenburg – Gemäß der Entscheidung des Woiwoden ist das Krankenhaus in Neidenburg [Nidzica] seit Ende Oktober für die Behandlung von Corona-Patienten vorgesehen. Seitdem ist das Krankenhaus verpflichtet, vier Betten für Patienten mit Verdacht auf eine Coronavirus-Infektion bereitzustellen. 61 weitere Betten werden für Covid-Patienten gemäß einem zeitlich festgelegten Zeitplan vorbereitet werden. Patienten mit anderen Krankheiten müssen in das nächstgelegene Krankenhaus, nach Soldau oder Ortelsburg fahren. Die Neidenburger Patienten wurden entlassen oder in andere Behandlungseinrichtungen gebracht. Auf dem Gelände des Neidenburger Krankenhauses befindet sich eine Pflege- und Behandlungseinrichtung. Insgesamt gibt es im alten Teil des Krankenhauses 114 Betten. Im neuen Teil sind 56 Betten geplant. Nicht an jedem Bett eines Covid-Patienten wird ein Beatmungsgerät notwendig sein, aber jedem Patienten muss Sauerstoff zur Verfügung stehen. Das Krankenhaus verfügt über zehn Beatmungsgeräte und kardiologische Monitore. Noch fehlende Ausrüstung wurde bestellt. E.G.

# Stadthäuser werden saniert

Mühlhausen – Einige der Stadthäuser der alten Stadt werden saniert. Eines der Objekte soll eine Begegnungsstätte mit einem Zentrum für soziale Integration werden. Nachdem die Gebäude saniert sind, erhalten auch die benachbarten Gassen ihren alten Glanz zurück, sagte Bürgermeisterin Renata Bednarczyk. Die Straßen werden neu gepflastert und auch die Gassen an den Mühlhausener Kirchen werden erneuert. Die Kosten der Sanierung betragen gut 156.000 Euro, darin enthalten sind bis zu 135.000 Euro Zuschüsse. PAZ

## Wir gratulieren...



## ZUM 101. GEBURTSTAG

**Gogler, Anna**, geb. Scherwenings, aus Girschunen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 15. November

## ZUM 100. GEBURTSTAG

**Gerber, Liesbeth**, geb. Mollenhauer, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 17. November

**Puddig, Gertrud**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 17. November

## ZUM 98. GEBURTSTAG

**Baum, Erika**, geb. Adomat, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, am 17. November

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Köck, Gerhard**, aus Widitten, Kreis Fischhausen, am 13. November

**Kohlhassen, Eva**, geb. Koch, aus Wiesenfeld, Kreis Neidenburg, am 15. November

**Tausendfreund, Max-Manfred**, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 19. November

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Eichel, Elfriede**, aus Lyck, am 18. November

**März, Helene**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 15. November

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Czub, Dr. Erich**, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 16. November

**Dörffer, Margarete**, aus Lyck, am

13. November  
**Donde, Erich**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. November

**Ehrlicher, Waltraud**, geb. Bernot, aus Urbansprind, Kreis Elchniederung, am 13. November

**Schmidt, Siegfried**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 18. November

**Schulz, Ehrentraud**, geb. Wenig, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 13. November

**Steinke, Käthe**, geb. Ludwig, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg, am 15. November

**Wietzorek, Kurt**, aus Lyck, am 17. November

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Aßmann, Erika**, geb. Wunder, aus Klausen, Kreis Lyck, am 17. November

**Fleiß, Margot**, geb. Barth, aus Schloßberg, am 15. November

**John, Lotte**, geb. Pancritius, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 16. November

**Kunze, Waltraud**, geb. Dittkuhn, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 17. November

**Laux, Käthe**, geb. Rosinski, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 14. November

**Mauerhöfer, Hans**, Kreisgemeinschaft Ebenrode, am 13. November

**Neubauer, Erna**, aus Lyck, am 15. November

**Schaudt, Annemarie**, geb. Neumann, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 16. November

**Walden, Waltraud**, geb. Pelka, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 16. November

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Depolt, Herta**, geb. Gloddek, aus Romanen-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 15. November

**Holst, Eva-Maria**, geb. Schröter, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 18. November

**Krogmann, Martha**, geb. Seidel,

aus Sodargen, Kreis Ebenrode, am 16. November

**Kroll, Margarete**, geb. Regge, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, am 15. November

**Letkow, Siegfried**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 134, am 19. November

**Paul, Werner**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 15. November

**Sabrowski, Lotti**, geb. Kreutzer, aus Eisenberg, Kreis Heiligenbeil, am 5. November

**Selenz, Frieda**, geb. Fröse, aus Erhlen, Kreis Elchniederung, am 17. November

**Augustin, Helmut**, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 17. November

**Fromm, Helmut**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. November

**Kuberka, Margarete**, geb. Roters, aus Soffen, Kreis Lyck, am 14. November

**Nehmer, Elli**, geb. Fröhlich, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 15. November

**Schachtschneider, Magdalene**, geb. Tönnsmeyer, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 13. November

**Symanzik, Horst**, aus Maschen, Kreis Lyck, am 19. November

**Zimmermann, Eleonore**, geb. Pilz, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit und aus Platen, Kreis Ebenrode und aus Haselberg, Kreis Schloßberg, am 14. November

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Ascher, Hans**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 14. November

**Heydemann, Meta**, geb. Wochnowski, aus Neidenburg, am 14. November

**Otto, Erwin**, aus Seefrieden, Kreis Lyck, am 13. November

**Salis, Marie**, geb. Willuda, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 13. November

**Seiler, Lothar**, aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 14. November

**Wenzel, Hans-Günther**, aus Lyck, Yorkplatz, am 17. November

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Eschment, Gerhard**, aus Königsberg, Ponarth am 19. November

**Haase, Bruno**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 15. November

**Haverland, Liselotte**, geb. Stetzka, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 17. November

**Henning, Eva**, geb. Uradat, aus Sammelhofen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 18. November

**Hidde, Gerda**, geb. Bajohr, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 13. November

**Klüver, Adolf**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 13. November

**Maak, Waltraud**, geb. Zehrt, aus Schönwiese, Kreis Elchniederung, am 15. November

**Sakowski, Herbert**, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 17. November

**Schulz, Hildegard**, geb. Reichert, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 83, am 19. November

**Söckneck, Olga**, geb. Lohmeyer, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 13. November

**Wetter, Eva**, geb. Kronenberger, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 14. November

**Wilzewski, Ernst**, aus Finsterwalde, Kreis Lyck, am 15. November

**Wolff, Inge**, geb. Schirmacher, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. November

## ZUM 85. GEBURTSTAG

**Beinker, Margot**, geb. Bartsch, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 16. November

**Biermann, Annemarie**, geb. Müller, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 13. November

**Bollow, Heinz**, aus Dräwen, Kreis

Ebenrode, am 16. November

**Ennulat, Alfred**, aus Falkenhöhe, Kreis Elchniederung, am 16. November

**Fehse, Heinz**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 13. November

**Fuchs, Helmut**, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, am 14. November

**Gnosa, Günter**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 18. November

**Kowalski, Astrid**, geb. Domnik, aus Rummau-Ost, Kreis Ortelsburg, am 13. November

**Merti, Elfriede**, geb. Lerch, aus Groß Hermenau, Kreis Mohrunen, am 19. November

**Niedermayer, Elli**, geb. Naujoks, aus Lehmau, Kreis Ebenrode, am 14. November

**Scheffler, Rütger**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 19. November

**Schumacher, Gisela**, geb. Schweiger, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 15. November

**Skottke, Georg**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 14. November

**Stadie, Kurt**, aus Hanswalde, Kreis Wehlau, am 14. November

## ZUM 80. GEBURTSTAG

**Ballandies, Siegfried**, aus Kastauen, Kreis Elchniederung, am 18. November

**Hoffmann, Elisabeth**, geb. Klein, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 14. November

**Knost, Ingrid**, geb. Nikulka, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 15. November

**Köhn, Herbert**, aus Fischhausen, am 16. November

**Priebe, Karin**, geb. Pallacks, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 17. November

**Sentau, Anneliese**, geb. Borowski, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 14. November

**Zittlau, Ilse**, geb. Seitner, aus Wickenfeld, Kreis Ebenrode, am 17. November

## ZUM 75. GEBURTSTAG

**Dzimbritzki, Hedwig**, geb. Maledin, aus Hamrudau, Kreis Ortelsburg, am 16. November

## Zusendungen für die Ausgabe 48/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 48/2020 (Erstverkaufstag 27. November) bis spätestens Dienstag, den 17. November 2020, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: renker@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

## Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Ende 2020 Frau Ingrid Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten. Telefon: (040) 41 40 08 - 34 E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de Telefonische Erreichbarkeit: Dienstag-Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name:

Vorname:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN:

Bank:

Datum, Unterschrift:

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

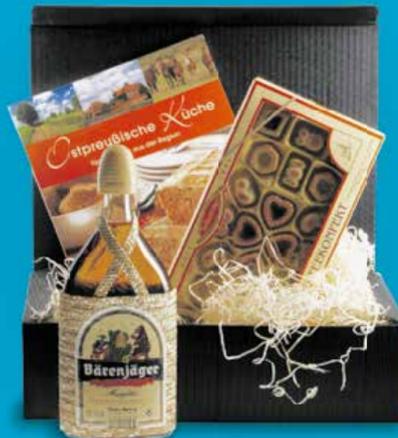
AZ-03-C



# Abonnieren Sie die PAZ

## und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser  
ostpreußisches  
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)

## Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



**Vorsitzender:** Christoph Stabe  
Ringstraße 51a, App. 315, 85540  
Haar Tel.: (089) 23147021 stabe@  
low-bayern.de, www.low-bayern.de

**Nürnberg** - Sonntag, den 6. Dezember 2020, 15 Uhr Haus der Heimat, Nürnberg-Langwasser, Imbuschstr.1, Ende der U1 gegenüber Adventsfeier.

Das Haus der Heimat muss im November geschlossen bleiben. Daher müssen wir den Termin auf den 6. Dezember verschieben.

*LM der Ost und Westpreußen,  
Gruppe Nürnberg, Bayern*



**Vorsitzender:** Ulrich Bonk  
**Stellv. Vorsitzender:** Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

**Tag der Heimat in Wetzlar – 70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen – Landesbeauftragte Festrednerin beim Tag der Heimat 2020 des BdV**

**Wetzlar** - „Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen ist ein Zeugnis menschlicher Größe, politische Weitsicht und christlicher Humanität“, dies erklärte Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf in ihrer Festrede zum 70-jährigen Bestehen der Stuttgarter „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ beim Tag der Heimat in Wetzlar. Es gebe in diesem Corona-Jahr nur wenige Kreisverbände, die einen „Tag der Heimat“ durchführten – zu ihnen gehöre der Orts- und Kreisverband Wetzlar des Bundes der Vertriebenen. Unter strengen Corona-Auflagen habe er mit hohem Aufwand die Veranstaltung in der Stadthalle Wetzlar organisiert und sei mit der Anwesenheit rund 90 interessierter Gäste, darunter eine hohe Anzahl politischer Verantwortungsträger, belohnt worden. Die hessische Landesbeauftragte und Festrednerin Margarete Ziegler-Raschdorf bekundete ihre Verbundenheit mit den Heimatvertriebenen im Lahn-Dill-Kreis und überbrachte die herzlichen Grüße der Hessischen Landesregierung.

In ihrer Festansprache erinnerte Margarete Ziegler-Raschdorf an das Leid von 15 Millionen Deutschen, die ihre Heimat in Ost- und Südosteuropa gewaltsam verlassen mussten. Es sei die größte Völker-verschiebung seit Menschengedenken – eine Apokalypse biblischen Ausmaßes. Die Heimatvertriebenen hätten mit dem Verlust ihrer Heimat stellvertretend für alle Deutschen das Unheil büßen müssen, das von Hitler-Deutschland ausgegangen war. Mit dem Untergang des Dritten Reiches sei auch Ostdeutschland untergegangen, verwüstet und seine Geschichte von den Siegern ausgelöscht worden. Es sei deshalb nicht hoch genug anzurechnen, dass es die Heimatvertriebenen waren, die bereits 1950, 5 Jahre nach Krieg und Vertreibung, in ihrer Charta als erste die Hand zur Versöhnung gereicht hätten. „Ich denke, es ist an der Zeit, zu erkennen, dass die Vertriebenen damals wahrlich nicht nur sich selbst, sondern

Deutschland und ganz Europa einen unschätzbaren Dienst erwiesen haben und letztlich mit ihrem Friedensangebot und ihrem Bekenntnis zu einem einigen Europa einen entscheidenden Beitrag sowohl zur deutschen Wiedervereinigung als auch zur europäischen Einigung geleistet haben“, so die Landesbeauftragte.

Leider werde mit der Ausblendung der ehemaligen deutschen Ostgebiete aus dem kollektiven Gedächtnis auch deren Opfer ausgeblendet, und es herrsche in der deutschen Bevölkerung eine erschreckende Unkenntnis über ihr Schicksal. Je länger Flucht und Vertreibung zeitlich zurückklagen und je mehr die Erlebnissgenerationen schwinde, umso wichtiger sei es, immer wieder an die von ihnen geprägten Kulturlandschaften sowie ihr überliefertes Kulturerbe als Teil gesamtdeutscher Kultur und Identität zu erinnern.

„Die deutschen Heimatvertriebenen haben nicht nur für die eigenen Nachkommen, sondern für uns Nachgeborene und auch die künftigen Generationen in Deutschland, Europa und in der ganzen Welt die Botschaft, die Erinnerung an das schwere Schicksal in Würde zu bewahren und es nicht dem Vergessen zu überlassen, welche Folgen mit einem übersteigerten Nationalismus verbunden sind.“

Mit Blick auf das diesjährige Leitwort des Tages der Heimat, „70 Jahre Charta der deutschen Heimatvertriebenen“, unterstrich Margarete Ziegler-Raschdorf, dass in der Charta nicht von Forderungen die Rede sei, sondern von Pflichten und Rechten der Vertriebenen, mit welchen man den Willen zur konstruktiven Mitarbeit in der neuen Heimat herausgestellt habe. In der Tat sei es heute unbestritten, dass der politische und wirtschaftliche Wiederaufbau des Landes ohne die Heimatvertriebenen so nicht denkbar gewesen wäre. „Die Heimatvertriebenen haben Hessen geprägt. Ihre Geschichte ist ein Teil unserer Geschichte geworden. Ihre Kultur ist heute Kultur des ganzen Landes“, so die Landesbeauftragte.

Ziegler-Raschdorf stellte die politische und finanzielle Unterstützung der Hessischen Landesregierung heraus, die die Erinnerungsarbeit als Vermächtnis für das Land und die Bundesrepublik insgesamt stärke. „Als Landesbeauftragte kann ich Ihnen versichern, dass die Vertriebenenverbände und Landsmannschaften in Hessen eine besondere Wertschätzung erfahren und dass das Land die Vertriebenenarbeit unterstützt, wo es möglich ist. Dafür bin ich sehr dankbar.“

Landesbeauftragte Ziegler-Raschdorf würdigte das große Engagement des Bundes der Vertriebenen und der Landsmannschaften um den Erhalt des Kulturerbes der Heimatvertriebenen. „Ihnen, die Sie in den vergangenen Jahrzehnten die Vertriebenenarbeit hier im Orts- und Kreisverband Wetzlar des Bundes der Vertriebenen geprägt haben, danke ich ausdrücklich. Stellvertretend darf ich Ihren Kreisverbandsvorsitzenden Manfred Hüber und Ihren Ortsverbandsvorsitzenden Kuno Kutz nennen, deren ausdauernder und treuer Einsatz vorbildlich ist“, so Margarete Ziegler-Raschdorf.

Neben der Landesbeauftragten Margarete Ziegler-Raschdorf sprachen Bundestagsabgeordneter

Hans-Jürgen Irmer und Landtagsabgeordneter Andreas Hofmeister Grußworte, sowie Bürgermeister Dr. Andreas Viertelhausen und Oberbürgermeister a.D. Wolfram Dette. Unter musikalischer Begleitung des Blasorchesters der „Egerländer Maderln“ ging ein insgesamt gelungener und würdiger Tag der Heimat in Wetzlar zu Ende.



**Vorsitzende:** Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822) 5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

**Braunschweig-Stadt** - Noch kurz vor der Verschärfung der Corona-Regeln hat sich die Gruppe am 28. Oktober getroffen.

Wegen der bis dahin schon stark gestiegenen Zahl der Neuinfektionen, auch in Braunschweig, hatten sich lediglich 9 Mitglieder und 2 Gäste eingefunden.

Die vorgesehene Monatsversammlung am 25. November 2020 muss leider ausfallen. Ob und wann wir uns im Dezember treffen, kann nur kurzfristig entschieden werden. Eine entsprechende Nachricht werden alle Mitglieder erhalten. Bleiben Sie gesund.

*Fritz Folger  
Vorsitzender*



**Erster Vorsitzender:** Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964) 1037. Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

**Viersen-Dülken** - Werte Mitglieder, liebe Vertriebene und Freunde unserer Landsmannschaft!

In diesen Tagen jährt sich wiederum die Gründung unserer landsmannschaftlichen Ortsgruppe vor nun 70 Jahren. Leider können wir die aus diesem Anlass geplanten zwei Zusammenkünfte in Viersen-Dülken nicht durchführen. Wegen der anhaltenden CoronaPandemie wird der „Dülkener Hof“ in diesem Jahr nicht mehr seine Türen öffnen. Nahezu vierzig Jahre haben wir uns dort in geselliger und heimatlicher Gemeinschaft zusammengefunden und ausgetauscht.

Mit Anzeigen und entsprechenden Hinweisen konnten wir trotzdem etwas Öffentlichkeitsarbeit betreiben und auf unser Vertreibungsschicksal hinweisen.

In der PAZ vom 22. Mai wurde eine unserer beiden Grafiken veröffentlicht. Der „Rheinische Spiegel“, das „Dülken Magazin“, der „Seniorenkurier für Dülken und Boenheim“ und eine Anzeige in der

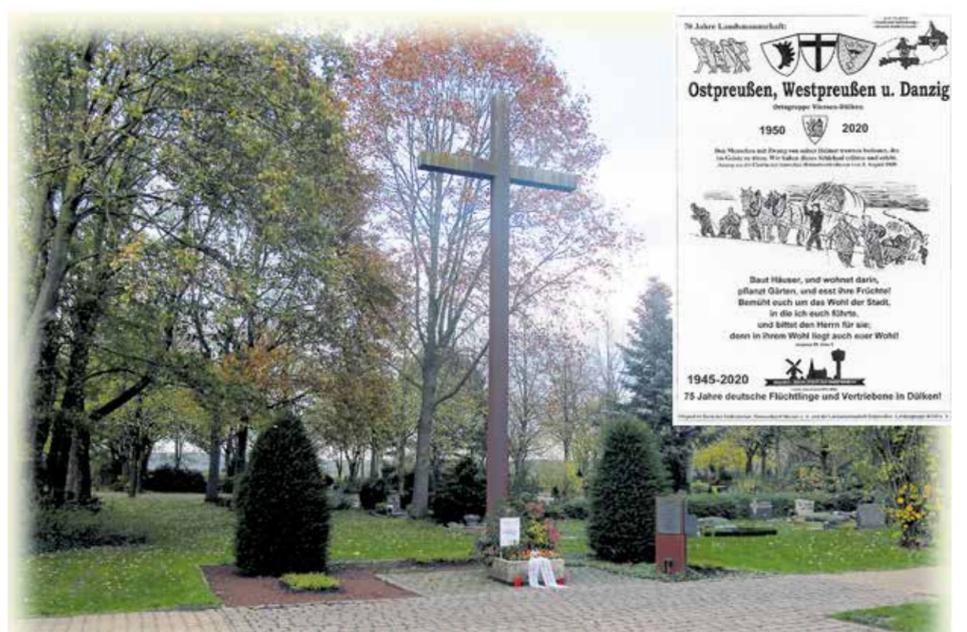


Foto: Landsmannschaftliche Arbeit in Nordrhein-Westfalen Kreisgruppe Viersen-Dülken

Novemerausgabe von „Viersen aktuell“ brachte unserer Gruppe aktuell etwas öffentliche Aufmerksamkeit.

Wie jedes Jahr wurde wiederum am Kreuz des Deutschen Ostens auf dem Dülkener Friedhof zu Allerheiligen-Volkstrauertag-Totensonntag der Blumenschmuck mit Schleife erneuert.

Mehr Einzelheiten erfahren Sie auf neun Seiten über unsere Ortsgruppe, wenn Sie die Gedenkschrift der Landesgruppe NRW, herausgegeben zum 70-jährigen Bestehen, für einen Spendenbetrag (5,00 EUR, plus Porto) erwerben.



**Vorsitzender:** Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

**Frau Gisela Brauer erhält Ehrung durch die Westpreußen-**

### Medaille

Auch wir, die Landsmannschaft der Ostpreußen, Landesgruppe Schleswig - Holstein, gratulieren Frau Gisela Brauer recht herzlich zur Verleihung der Westpreußen - Medaille, die sie im feierlichen Rahmen am „Tag der Heimat“ der BdV - Gruppe Lübeck am 22. September erhalten hat. Frau Gisela Brauer, geboren 1933 in Stuhm in Westpreußen und bis zur Flucht aufgewachsen in Marienwerder und Posen, ist eine begnadete Schriftstellerin, die neben Gedichten und Geschichten sieben kleine auf die preußische Heimat bezogene Bücher veröffentlicht hat.

Ein besonderes Buch nennt sie ihre eigenen Lebensbilder der Vergangenheit, die bis in das Jahr 1790 zurückreichen und heute von ihren 13 Enkeln fortgeschrieben werden. 26 Jahre hat sie die kleine Weichselzeitung alleine redigiert und war über 20 Jahre Landesobfrau der Landsmannschaft der Westpreußen.

In ihrer heutigen Heimat Bad

Oldesloe ist sie seit über 20 Jahren Vorsitzende der Ortsgruppe der Landsmannschaft der Ostpreußen und in ihrer kleinen Gruppe gehen in Heimatabenden die Gedanken der Erlebnissgeneration stets auch weit in die preußische Vergangenheit, die Bräuche und Kultur zurück. Wir sind erfreut eine Preußin zu beglückwünschen, die die Treue zur alten Heimat hält und wünschen ihr noch einen schönen bunten Lebensabend mit viel Freude und Schaffenskraft in ihrer schriftstellerischen Arbeit.

Mit heimatlichem Gruß  
*Hans-Albert Eckloff*

**„Ein Leuchten in die Augen der Kinder zaubern“ - Märchenbühne statt Weihnachtsmärchen an der Dittchenbühne**

Elmshorn - Aus der Not der Corona-Beschränkungen wurde am Elmshorner „Forum Baltikum - Dittchenbühne“ eine Idee geboren, die - ähnlich wie das Weihnachtsmärchen, das in diesem Jahr ausfallen muss - den Kindern ein Leuchten in die Augen zaubern



### Ostpreussisches Landesmuseum

**Vorübergehende Schließung des Ostpreussischen Landesmuseums mit Deutschbaltischer Abteilung und des Brauereimuseums Lüneburg**

**Schließung vom 2. bis voraussichtlich 30. November 2020 .**

Das Ostpreussische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung und das Brauereimuseum Lüneburg schließen von Montag, 2. November 2020 an, voraussichtlich für den Rest des Monats. Diese Maßnahmen folgen den Beschlüssen der Bundesregierung und des Landes Niedersachsen, die zur Eindämmung der Pandemie getroffen wurden.

Nicht nur der reguläre Museumsbesuch, sondern auch alle Führungen, Abendveranstaltungen, Kindergeburtstage sowie alle weiteren museumspädagogischen Angebote sind von der Schließung betroffen. Die ursprünglich für den 27. November geplante Eröffnung der neuen Sonderausstellung „Textile Le-

bensräume – Anneliese Konratschusch“ wird digital übertragen, die Kunstwerke selbst werden hoffentlich ab Dezember 2020 zugänglich sein.

**Wir bedauern diese erneute Schließung sehr, möchten aber unserer Verantwortung und Fürsorge gegenüber unseren Gästen und unserem Team gerecht werden, deren Gesundheit und Wohlbefinden oberste Priorität hat.**

**Auf der Website des Ostpreussischen Landesmuseums werden wir Sie laufend über weitere Entwicklungen informieren;** auf unserem Facebook- und Instagramaccount sowie unserem Youtube-Kanal und Blog finden Sie weiterhin aktuelle Einblicke in unsere Museumsarbeit. Wir bitten alle Besucherinnen und Besucher um Verständnis.

### Kontakt

Janina Stengel M.A., Volontärin Marketing und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. +49 (0) 4131 7599528, E-Mail: j.stengel@ol-ig.de

Ostpreussisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg  
Tel. +49 (0) 4131 759950, Fax +49 (0) 4131 7599511  
E-Mail: info@ol-ig.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

**Öffnungszeiten: Di – So 10.00 bis 18.00 Uhr, Eintritt: 7,00 €, ermäßigt 4,00 €, ab 17 Uhr ermäßigter Eintritt Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre frei! Führungen nach Vereinbarung, Preis: ab 50,00 € / Gruppe zzgl. 4,00 € pro Person**

**Folgen Sie uns auf Facebook:** [www.facebook.com/OstpreussischesLandesmuseum](http://www.facebook.com/OstpreussischesLandesmuseum)

**Folgen Sie uns auf Instagram:** [www.instagram.com/ostpreussischeslandesmuseum](http://www.instagram.com/ostpreussischeslandesmuseum)

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

kann: eine kleine Outdoor-Märchenbühne, auf der im wöchentlichen Wechsel Kulissen und Figuren bekannter Märchen aufgebaut und dekoriert werden.

Nach 35 erfolgreichen Jahren, die das Weihnachtsmärchen auf der Dittchenbühne erlebt hat, müssen in diesem Jahr leider alle Aufführungen abgesagt werden. Unter den Corona-Regelungen ist kein Theaterspielen möglich.

In den vergangenen Jahren haben vermehrt ehemalige „Storchennest-Kinder“ im Weihnachtsmärchen mitgespielt, und es gibt eine enge Verbindung zwischen Kindergarten und Theater. So lag es auf der Hand, alternativ zur Märchenaufführung ein Projekt zu entwickeln, das Groß und Klein in die Welt der Märchen entführt: Auf dem Parkplatz des Theaters und des Kindergarten Storchennest wurde von den Erzieherinnen und Erziehern sowie den Kindern eine kleine begehbbare Bühne geschaffen – ein begehbares Freilufttheater. Mit Hilfe der Bühnenschneiderin und des Hausmeisters entstand dort als erstes eine Szene aus dem Märchen „Stertaler“.

Eltern und Kinder halfen beim Aufbau und Dekorieren der Szene, lasen das Märchen zu Hause gemeinsam, sprachen miteinander darüber und überlegten, was sie dazu beitragen können, das Märchenbild vor der Dittchenbühne zu ergänzen. Die Erzieherinnen und Erzieher beobachten, „wie Eltern und Kinder verweilen und ein Hauch von Glückseligkeit entsteht“.

Deshalb soll jetzt jede Woche ein anderes Märchen dargestellt werden. Dafür werden Requisiten und Kostüme aus dem Theaterfundus herausgesucht, um mit ihnen die Fantasie aller anzuregen. Ditt-

chenbühnen-Chef Raimar Neufeldt: „Natürlich bedeutet dieses Projekt auch zusätzliche Arbeit. Aber die Worte unserer Bühnenschneiderin Tatjana erwärmen in diesen kalten Tagen bereits die Herzen aller Mitwirkenden: ‚Wir müssen ein Leuchten in die Augen der Kinder zaubern, egal, wieviel Arbeit es macht!‘“

**Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V. (VLM Fl e.V.) - Tag der Heimat**

**Flensburg** - Der Saal des TSB Sportheimes war außerordentlich gut gefüllt, als am Nachmittag des 16. Oktober der Tag der Heimat begangen wurde.

Wie üblich genossen die zahlreich erschienenen Landsleute zunächst Kaffee und Kuchen, bevor sie dann dem Festvortrag des 1. Vorsitzenden Hans Legies lauschen konnten. Dieser wies auf 2020 als Jahr zahlreicher Jubiläen hin, wie 150 Jahre französisch-deutscher Krieg – 100 Jahre Abstimmung in Grenzgebieten – 75 Jahre Ende des II. Weltkrieges – 70 Jahre Charta der Deutschen Heimatvertriebenen und schließlich 30 Jahre Beitritt der DDR zur Bundesrepublik.

In diesem Zusammenhang stellte er fest, dass die Anwesenden die wohl letzte Generation sind, die in diesem erinnerungsreichen Jahr den Tag der Heimat begehen und sich erinnern kann. Er schlug einen Bogen zum Jahr 1950 und den Anfängen des Zusammenschlusses der Heimatvertriebenen in Flensburg, als die Zahl der Mitglieder ein mehr als 100faches der heutigen betrug und rund 40% der

Stadtbevölkerung vertriebene Deutsche waren. Unsere zentrale Aufgabe sei es, das Gedenken an die Heimat wach zu halten, da unsere Kinder und Enkelkinder diese Gemeinschaft sicher nicht mehr aktiv gestalten werden; ihr Begriff und Verständnis von Heimat dürfte zu unterschiedlich sein.

Zentraler Punkt seines Vortrages war der Stein des Ostens als Kernstück des Ehrenhains der Deutschen Heimatvertriebenen auf dem „Friedhof Friedenshügel“ und seine Entstehungsgeschichte. Die Anfänge gehen in das Jahr 1951 zurück, als die Vereinigten Landsmannschaften für den Stadt- und Landkreis Flensburg die Aufstellung eines Findlings als Gedenkstein für die im II. Weltkrieg Gefallenen beim Magistrat der Stadt beantragten.

Nach einigen Verhandlungen gaben Ratsversammlung und Oberbürgermeister dem Antrag statt, das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen unter Jakob Kaiser unterstützte mit einem namhaften Beitrag. Am 16. November 1952 - kein Jahr nach dem ersten Antrag - fand die offizielle Weihe des Gedenkstein unter Teilnahme von Vertretern der Stadt, des Landes, der Kirchen, der britischen Besatzungsarmee, der Presse sowie zahlreicher Verbände und Vereine statt.

Um den Stein des Ostens mit der damals durch die Stadt festgelegten Aufschrift „Unsern Toten, die im Osten ruhn“ gruppieren sich zehn kleinere Gedenksteine der einzelnen Landsmannschaften, die im Jahre 1953 dazukamen.

Im Anschluß an den Festvortrag berichtete Landsmann Klaus Gehrmann in einem kurzen Beitrag über die Volksabstimmung in

Ost- und Westpreußen.

**Termine**

22. November 2020, 15 Uhr, Gedenkfeier am Totensonntag, Kapelle Friedenshügel (siehe nebenstehenden Beitrag)  
09. Dezember 2020, 15 Uhr, Adventsfeier, TSB Sportheim  
Michael Weber

**Vereinigte Landsmannschaften Flensburg e.V. - Änderung für den Totensonntag**

Leider muß die Gedenkfeier in der Kapelle Friedhofshügel Corona-bedingt abgesagt werden. Stattdessen findet eine (symbolische) Kranzniederlegung unter Teilnahme des Stadtpräsidenten Flens-

burgs am Stein des Ostens statt, bei der wir unserer Toten aus der Heimat gedenken können.

Treffpunkt: 22. November 2020 / 14.55 Uhr Friedhof Friedenshügel Denkmal Stein des Ostens.

Michael Weber

**Ostpreussisches Landesmuseum**

**Noch bis 21. Februar 2021, Sonderausstellung: Textile Lebensräume – Anneliese Konrat-Stalschus**

Ein breites Spektrum an Techniken und Materialien umfasst das künstlerische Schaffen von Anneliese Konrat-Stalschus. Geboren 1926 in Goldap, war sie schon als Kind mit den klassischen textilen Techniken vertraut. Nach der Flucht stand sie zunächst allein im zerstörten Nachkriegsberlin und begann eine Lehrerausbildung. Sie unterrichtete Biologie und besonders Kunstverziehung. Nach 30-jähriger Tätigkeit als Lehrerin und ihrem Studium der Bildwirkerei an der Berliner Hochschule der Künste war sie ab 1979 freischaffende Textilkünstlerin. Von Tapisserie bis zu selbst entwickelten Bearbeitungsverfahren für Stoffe reicht ihr Werk. Es zeigt einen großen Ideenreichtum und eine eindringliche Sprache der Themen. Anneliese Konrat-Stalschus nimmt in vielen Arbeiten Stellung zum politischen Geschehen und verarbeitet autobiografische Mo-

mente. Die Ausstellung im Ostpreussischen Landesmuseum gibt einen Überblick über das Werk der Künstlerin, das in gut 40 Jahren entstand.

**Noch bis 31. Januar 2021, Kabinettausstellung: „Reise um die Welt“ – Adam Johann von Krusenstern zum 250. Geburtstag**

Der aus einer deutschbaltischen Familie stammende Adam Johann von Krusenstern (1770-1846) wurde berühmt, da ihm im Auftrag des Kaisers Alexander I. von 1803 bis 1806 mit den Schiffen Nadeschda und Newa die erste russische Weltumseglung gelang. Diese Expedition lieferte zugleich eine Vielzahl neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, die auch Niederschlag in Krusensterns dreibändiger Publikation „Reise um die Welt“ fanden, der ein Atlas beigelegt ist. Aus diesem werden seltene Kupferstiche gezeigt, deren Vorlagen der Leipziger Arzt, Zeichner und Naturforscher Wilhelm Gottlieb Tilesius von Tilesenau (1769-

1857) während der Reise anfertigte.

Ostpreussisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg  
Tel. +49 (0)4131 759950, Fax +49 (0)4131 7599511  
E-Mail: info@ol-ig.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

**Öffnungszeiten: Di – So 10.00 bis 18.00 Uhr, Eintritt: 7,00 €, ermäßigt 4,00 €, ab 17 Uhr ermäßigter Eintritt Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre frei! Führungen nach Vereinbarung, Preis: ab 50,00 € / Gruppe zzgl. 4,00 € pro Person**

**Folgen Sie uns auf Facebook:** www.facebook.com/OstpreussischesLandesmuseum

**Folgen Sie uns auf Instagram:** www.instagram.com/ostpreussischeslandesmuseum

**PAZ wirkt!**

**Rätsel**

Kurzhaargraffe	strenge Fastenkur	winkelriges Sitzmöbel	Hauptmelodie (Film und TV)	Leib-Elite-truppe	ohne Formlichkeit	zum Verzehr geeignet	Vorgesetzter	äußerlich; auswärtig	poetisch; Himmel, Himmelsgewölbe	Marineunteroffizier	Fährte, Abdruck	Anhänger eines Rockmusikstils	Felsenhöhle
sehr frisch, knusprig			kleine Appetithappen (span.)	feierliche Zeremonie		ehemalige Gattin		ärztliche Vorsorgemaßnahme			Bundesstaat der USA	griechische Insel	
deutscher Bundespräsident (Joachim)		Fruchtgetränk					Romanfigur bei Fontane (Effi)	Haushaltsplan		Wonne, Vergnügen		die Unwahrheit sagen	
vornehmes Einfamilienhaus	Rasenpflanze	Sinnesorgan	Spion, Spitzel	Verstärker (Kz)	Reitfigur bei der Dressur			besitzanzeigendes Fürwort	zartes Fleisch von der Lende	Reiseweg			
ostasiatischer Baum			Geist, Witz (französisch)	starke Erwärmung	Getreideart	Wasservogel			Teigware			die Gesichtsfarbe wechseln	
radioaktives Schwermetall	Fischfanggerät		Unfug, Unsinn (ugs.)	Auerochse	Getreidespeicher	der Wolf in der Fabel	Übriggebliebenes	trocken; mager				schnell laufen	
riskante Filmszene (engl.)			appetit-anregendes Getränk	dicht bei, benachbart	Himmelskörper	Mittel zum Waschen	aus tiefstem Herzen	Sprecher	oberster Teil des Getreidehalms	unermesslich			
			in dieser Hinsicht; für den Fall, dass	ungebunden	Polz russischer Eichhörnchen	Zensur			Salzgewinnungsanlage				
	beständig, gleichbleibend	unmittelbar	erlauben, dulden				schmaler Weg	Festlobgesang		Honigwein			
	vor solcher Art	fleißig, unermüdet	sehr guter Kamerad				verfallenes Bauwerk	Böses, Unangenehmes	Fechtwaaffe			mitd, sanft	
	Erstürmung, Eroberung	ein Europäer	Ziegenleder	Katzenschrei			kleines Lasttier		Kfz-Zeichen Gießen				
	Knorpel im Kniegelenk	dünnes Zweigholz					Handarbeitstechnik						
	Entwicklungsrichtung, Tendenz		Bezahlung von Künstlern				feste Erdoberfläche						

**Schüttelrätsel**

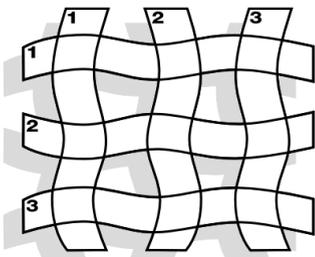
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

DEEEI KNORR	EFRT	AAKLS	ABER	EEILT	AERT	EERU	ENRZ
AABRT				AEU			
AELP ST		BEER ST					
				ERZ			

**Mittelworträtsel**

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein Wort für eine listenförmige Übersicht.

1	EHE					WAHL
2	KALT					KARTE
3	DATEN					KREUZ
4	BANK					TEIL
5	HOCKEY					RAND
6	BAU					WERT
7	HOLZ					LEGER



**Magisch**

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 deutsche Schriftstellerin (Utta)
- 2 Gegenstück, Ergänzung
- 3 Wichtigster, Angeber

**So ist's richtig:**

Magisch: 1. Danelle, 2. Pendants, 3. Blinder

Mittelworträtsel: 1. Partner, 2. Getranken, 3. Autobahn, 4. Gebäude, 5. Spielfeld, 6. Stellen, 7. Parket - Tabelle

Schüttelrätsel:

DEKORATIONEN  
KARTE  
FESTER  
STÄPPEL  
ERZ

Heimatkreisgemeinschaften

**Heiligenbeil**

**Kreisvertreterin:** Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. **Erster Stellvertretender Kreisvertreter** (Geschäftsführender Vorsitzender): Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. **Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin/Schriftleiterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

**Nachruf Günter Neumann-Holbeck, Kirchspiel Balga**

Wenige Monate vor Vollendung des 90. Lebensjahres verstarb am 18. Oktober 2020 in Hamburg Landsmann Günter Neumann-Holbeck.

Er wurde am 27. Februar 1931 in Königsberg geboren. Die Provinzhauptstadt war auch bis zur Flucht 1945 sein Wohnort. Sein Vater und Generationen der Linie der Neumann waren immer Königsberger Bürger, während seine Mutter Lisbeth, eine geborene Behnert, aus dem Kreis Heiligenbeil stammte. Deren Geburtsort und die Linie ihrer Vorfahren lag im Fischerdorf Follendorf am Frischen Haff. Günter Neumann besuchte in den Dreißigern bis in die vierziger Jahre in den Schulferien seine dortigen Großeltern. Günter hatte noch fünf Geschwister –

sie alle zogen mit der Mutter 1944 zur Großmutter und verblieben dort bis zur Flucht am 16. Februar 1945.

Nach dem Krieg erlernte Günter Neumann den Tischlerberuf, die Meisterprüfung erfolgte 1956, und er wählte dann das Studium zum Innenarchitekten. Vierzig Jahre übte er diesen Beruf aus. 1996 erfolgte seine Pensionierung.

Nie hat er nach der Flucht seine Heimat Ostpreußen vergessen – weder Königsberg noch das Kirchspiel Balga mit dem Dörfchen Follendorf. Nach Möglichkeit besuchte er unsere Kreistreffen in Burgdorf, nahm an den Sondertreffen des Kirchspiels Balga teil und lernte somit einen immer größer werdenden Kreis von Heimatfreunden kennen. Schon 1983 übernahm er die Leitung als Gemeindevertreter für Follendorf, Groß Hoppenbruch und Kahlholz. In den neunziger Jahren wählten ihn in Burgdorf die Landsleute der Mitgliederversammlung zum Stellvertreter von Erwin Ohnesorge – Kirchspiel Balga. Als ihm die berufliche Pensionierung 1996 mehr Freizeit ermöglichte, kandidierte er bei den anstehenden Kreistagswahlen zum 1. Kirchspielvertreter für Balga im September 1997. Mit vollem Einsatz führte Günter Neumann-Holbeck von nun an zwei Aufgaben – Kirchspielvertreter Balga und Gemeindevertreter Follendorf, Groß Hoppenbruch und Kahlholz. Seinen ersten umfangreichen und interessanten Informationsbrief erhielten von nun an jährlich alle in der Kartei geführten Landsleute. Günter steigerte seine Aktivitäten mehr und mehr: durch Teilnahme an jeder Kreistagssitzung,

den jährlichen Kreistreffen, durch Organisation von Sondertreffen des Kirchspiels, Leitung von Reisen nach Ostpreußen, wobei der Aufenthalt in Königsberg und der Besuch des Kreises Heiligenbeil im Vordergrund standen. Zurückgekehrt, verfasste er detaillierte Reiseberichte. Nach Verhandlungen mit russischen Organisationen vor Ort durfte er u. a. am Ortseingang von Balga wieder den bekannten Balgaer Stein mit der Begrüßung „Guten Tag“ aufstellen. Auch bei der Gründung des „Förderverein Kirche und Burg Balga e.V.“ in Königsberg durch Landsmann Fredi Müller nahm er aktiv teil. Gegen Ende seiner aktiven Kirchspieltätigkeit reiste er mehrmals ohne Begleitung ins Kreisgebiet. Der längste Aufenthalt dauerte einmal über vier Wochen. In dieser Zeit ging es teils um anstrengende Verhandlungen mit russischen Partnern um die Aufstellung des nach dem Krieg aus Balga verschwundenen „Gründungs-Gedenksteines“ mit der Inschrift „1239 Balga“. Ein Ersatzstein steht heute in Balga.

Nach dreiunddreißig Jahren – 1983 - 2016 - ehrenvoller Heimatarbeit nahm Günter Neumann-Holbeck seinen Abschied. Mein stets gutes kameradschaftliches Verhältnis zu ihm hat nicht nur während der sechzehn Jahre als Kreisvertreter bestanden, sondern auch bis zu seinem Ausscheiden aus gesundheitlichen und altersbedingten Gründen. Nun hat ein bekennendes ostpreußisches Herz für immer aufgehört zu schlagen. Der Kreisvorstand, die Landsleute aus den Dörfern des Kirchspiels Balga und ich werden Günter Neumann-Holbeck ein treues und ehrendes Gedenken bewahren. *Siegfried Dreher Ehrenvorsitzender*

**Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.**

**Bitte vormerken für 2021: Jahrestreffen der Ostpreußen,** 5. Juni 2021, CongressPark Wolfsburg

**Der geplante Festakt** „100 Jahre Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen“ in Allenstein musste wegen der aktuellen Lage leider abgesagt

werden. Um dennoch dieses historischen Ereignisses gedenken zu können, haben die Referenten ihre geplanten Vorträge per Kamera aufgezeichnet. Die Videos zu dieser virtuellen Gedenkveranstaltung finden Sie unter: [www.paz.de/volksabstimmung](http://www.paz.de/volksabstimmung)

**Hinweis**

**Die Kartei des Heimatkreises** braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

ANZEIGE



Wir haben heute früh den Berg gestürmt. Dort um den Grat sah ich das Licht sich breiten. Wie leicht von diesem Felsen die Füße gleiten! Doch in den Alpenrosen liegt sich's gut. Daß Er, der diese Scharten aufgetürmt auch unsere Dünen aufwarf! – Agnes Miegel, „Letzte Stunde“

In tiefer Trauer nehmen wir Abschied von

**Dipl. Ing. Carl Mückenberger**

\* 24. Juli 1931 † 22. Oktober 2020 in Preußisch Thierau in Rösrath

Im Rahmen seiner umfangreichen Arbeit für Ostpreußen hat er neben anderen Projekten auch das Samlandmuseum aufgebaut und maßgeblich zur Rettung der St. Katharinenkirche in Arnau beigetragen.

Seine Heimatliebe und sein Einsatz waren uns Beispiel.

Seine Leistung bleibt unvergessen und sein Vermächtnis wird weiterwirken.

Für das „Kuratorium Arnau“  
Dr. Walter T. Rix



**Ein schöner Brauch.**

**Weihnachtsgrüße mit einer Anzeige.**

**23.11. Annahmeschluss!**

**Preussische Allgemeine**

Bitte füllen Sie das Anzeigenformular mit Ihrem persönlichen Gruß aus und bezahlen Sie später erst nach Rechnungserhalt!

**Bitte füllen Sie das Anzeigenformular mit Ihrem persönlichen Gruß aus und bezahlen Sie später erst nach Rechnungserhalt!**

- Kleine Grußanzeige zum Sonderpreis von 20,-€ (inkl. 16% Mwst.)
- Große Grußanzeige zum Sonderpreis von 30,-€ (inkl. 16% Mwst.)

**Kleine Grußanzeige**

**Große Grußanzeige**

Ihr Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

**Bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an:**

Preussische Allgemeine Zeitung (Anzeigenabteilung)  
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg  
E-Mail: [anzeigen@paz.de](mailto:anzeigen@paz.de)  
Fax an: 040/41 40 08 50

## DEUTSCHE UND POLEN

# Das asymmetrische Bild einer Nachbarschaft

Das „Jahrbuch Polen 2020“ widmet sich unterschiedlichen Aspekten der deutsch-polnischen Zusammenarbeit

VON KARLHEINZ LAU

Der Begriff „Polnische Wirtschaft“ wurde Ende des 18. Jahrhunderts im preußisch-russischen Teilungsgebiet geprägt. Er bedeutet so viel wie Schlampe, Faulheit, Armut oder Rückständigkeit.

Es ist verwunderlich, wie zäh sich dieser Begriff bei einigen hält angesichts der Tatsache, dass seit Öffnung der Grenzen tausende von polnischen Bürgern in Deutschland leben und arbeiten. Sie sind nicht nur in sogenannten niederen Dienstleistungen beschäftigt, sondern auch Ärzte, Anwälte, Kaufleute, Handwerker und viele mehr sind vornehmlich in den Ballungszentren tätig. Besonders ausgeprägt sind die Wirtschaftskontakte in der grenznahen Region der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen. Hinzugefügt werden müssen die zahlreichen Städtepartnerschaften zwischen polnischen und deutschen Kommunen, Schulen und Organisationen wie das deutsch-polnische Jugendwerk oder die deutsch-polnischen Gesellschaften. Eine wichtige Funktion übt die Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder aus. Sie ist Europa-Universität, die Mehrzahl der Studenten kommt aus Polen und aus Deutschland.

## Landmannschaften nicht vergessen

Zu den genannten Fakten dürfen die deutschen Heimatvertriebenen nicht vergessen werden. Schon vor der friedlichen Revolution 1989/90 waren sie die erste Gruppe in der alten Bundesrepublik, aber auch in der Ex-DDR, und dann im vereinten Deutschland, die Verbindungen zu Polen aufbauten, und heute ist das ein zentrales Aufgabenfeld der landsmannschaftlichen Arbeit. Leider wird diese grenzüberschreitende Arbeit der Vertriebenen von der deutschen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Auch die Tatsache, dass in den letzten Jahren Polen in wirtschaftlicher Hinsicht ein immer engerer Partner für Deutschland



Auf dem deutschen Arbeitsmarkt beliebt: Polnische Facharbeiter, wie hier ein Maurer

Foto: imago images/photothek

geworden ist – immerhin die Nummer 5 im Außenhandel – wird kaum beachtet. Wer die Kolonnen polnischer Lkw auf der Autobahn nach Frankfurt an der Oder einmal erlebt hat, erhält einen Eindruck von der Intensität des Wirtschaftsaustauschs zwischen beiden Ländern.

Dieses asymmetrische Bild einer Nachbarschaft, in der weit mehr Polen auf Deutschland blicken und die Sprache sprechen als umgekehrt, möchte das „Jahrbuch Polen 2020“ verringern. Hier bietet sich das Thema Wirtschaft geradezu an. 17 Autoren, davon ein Deutscher, bearbeiten aus unterschiedlichen Perspektiven das Thema. Es sind Soziologen, Wirtschaftswissenschaftler, Schriftsteller, Historiker, Geografen sowie Journalisten,

aber leider kein Vertreter aus der Wirtschaft, wie auch kein deutscher Wirtschaftsexperte bei den engen Beziehungen beider Volkswirtschaften.

## Der Weg zur Marktwirtschaft

Die Autoren sind – soweit erkennbar – in Deutschland nicht bekannt. Zentraler Punkt für die Beiträge ist die Entwicklung der Volkswirtschaft vom kommunistischen Modell einer zentralen Lenkung zur freien Marktwirtschaft. Dieser Prozess begann mit dem Entstehen der freien Gewerkschaft Solidarität in Danzig um 1980 mit Debatten über notwendige Wirtschaftsreformen. Die Verkündung des Kriegsrechts 1981 unterbrach diese Entwicklung, es war das letzte Aufbäumen des

alten Regimes. Die marktwirtschaftliche Transformation begann in den 1990er Jahren mit dem ersten freigewählten Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki. Sein Chefberater wurde der „polnische Ludwig Erhard“, Leszek Ballcerowicz, Wirtschaftsfachmann mit Auslandserfahrungen in den USA und in Deutschland. Die Essays von Plociennik, Vetter und Stremecka beschreiben ausführlich den Weg Polens als erstem demokratischen Staat im Herrschaftsbereich der Sowjetunion in die freie Marktwirtschaft.

Hier sind in der Folge eklatante Schwierigkeiten entstanden, zum Beispiel ein Mangel an gut ausgebildeten Fachleuten, hervorgerufen durch eine starke Auswanderung, vornehmlich nach Großbritannien

und Irland. Diese hat die Altersstruktur der einheimischen Bevölkerung beeinflusst. Die Weigerung der Regierung, eine Quote für Ausländer aus afrikanischen, arabischen und asiatischen Regionen aufzunehmen, wird mit der Aufnahme Tausender ukrainischer Flüchtlinge begründet.

Alle Beiträge sind anspruchsvoll, manchmal zu akademisch. Leider kommen keine Vertreter der polnischen Wirtschaft zu Wort, das Spektrum wäre breiter geworden. Entsprechendes gilt auch für mehr deutsche Autoren, die aus Sicht des deutsch-polnischen Handels das Thema beleuchten. Vermisst werden auch konkrete Angaben über die Produktpalette der polnischen Angebote, über die Stellung der Landwirtschaft zur Industrieproduktion sowie zum Dienstleistungssektor einschließlich des Tourismus.

Für den deutschen Leser – und er ist ja wohl die Zielgruppe – wären Informationen über den Stellenwert der sogenannten Polenmärkte im deutsch-polnischen Grenzbereich, über die sich dort entwickelnden Wirtschafts- und Handelsbeziehungen von Interesse. In diesen Regionen, die weit nach Mittelpolen reichen, ist nicht der Zloty, sondern der Euro das hauptsächliche Zahlungsmittel. Warum also keine Anpassung an die EU? Ein weiteres Defizit – wie auch in den vorherigen Jahrbüchern – ist das Fehlen einer Übersichtskarte, die dem Leser räumliche Vorstellungen bietet. Aber auch thematische Karten – Agrar, Bodenschätze und so weiter – sollten bei dem Thema Wirtschaft nicht fehlen. Schade, das Jahrbuch hätte bei der so wichtigen Thematik mehr bringen können.



**Deutsches Polen-Institut (Hg.): „Jahrbuch Polen. Polnische Wirtschaft“, Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 2020, broschiert, 195 Seiten, 13,50 Euro**

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

# Allerheiligen wurden auch deutsche Gräber gepflegt

Im Lebusener Land widmet man sich verstärkt der Pflege alter Grabstätten – Verein Denkmal engagiert sich in der gesamten Region

Der November zählt zu den Monaten, in denen Friedhöfe öfter als sonst im Jahr besucht werden. Besonders vor dem katholischen Feiertag Allerheiligen werden Begräbnisstätten in der Republik Polen in Ordnung gebracht – auch deutsche evangelische oder jüdische.

In der Woiwodschaft Lebusener Land, die einen Teil Niederschlesiens mit Grünberg [Zielona Góra] umfasst sowie einen ostbrandenburgischen Teil um Landsberg an der Warthe [Gorzów Wielkopolski], rief Barbara Bielenis-Kopec, Chefin der Woiwodschaftsdenkmalschutzbehörde in Grünberg, Volontäre und Privatpersonen dazu auf, die Grabstätten ehrenamtlich aufzuräumen. „Ich wäre dankbar, wenn diejenigen, die solche Aktionen durchführen oder so etwas vorhaben, mit unserer Behörde in Kontakt treten. Je mehr Menschen sich dafür engagieren, desto größer der Nutzen für die Region“, sagte sie im regionalen Radio Westen (Radio Zachód).

Bielenis-Kopec arbeitet seit 30 Jahren für den Denkmalschutz und von Anfang an traf sie immer wieder Menschen, denen das historische deutsche Erbe am Herzen liegt. „Diese Erinnerung ist auch für die Deutschen wichtig. Es gibt den Verein Denkmal, der vor Kurzem in unse-

rer Region tätig wurde. Er ist auch in Hinterpommern engagiert. Er führt Aufräumarbeiten in Lieben [Lubień], Marsdorf [Marszów] und Buchholz bei Drosen [Ośno Lubuskie] durch“, so die Chefin des Denkmalschutzes im Lebusener Land.

Seit den 80er Jahren führt ihre Behörde ein Verzeichnis historischer Friedhöfe. Die Liste umfasst 1447 Grabstätten, von

denen die historisch wichtigsten den Weg in die Liste der denkmalgeschützten Objekte fanden. In der Woiwodschaft Lebus sind es 68 Friedhöfe. Auf der Liste befinden sich nur fünf jüdische Nekropolen, aber eine von ihnen ist europaweit die älteste, so Przemysław Wojciech, Kunsthistoriker im Museum des Fraustädter Landes (Muzeum Ziemi Wschowskiej) in Fraustadt [Wschowa]. „Der jüdische

Friedhof in der Dammvorstadt von Frankfurt/Oder [Ślubice] wurde bereits 1399 erwähnt. Dort wurden wichtige Rabbiner beerdigt, zu deren Gräbern Juden aus aller Welt pilgerten“, so Wojciech. Er zählt einen weiteren Ort von europäischer Bedeutung auf – das Lapidarium in Fraustadt. Das Lapidarium – ein Freilichtmuseum für Grabmalkunst – befindet sich auf dem einstigen evangelischen Altstadt-Friedhof und wurde bereits in den 70er Jahren dort eingerichtet. „Für mich als Kunsthistoriker ist das ein Muss für alle Touristen, diesen zwei Hektar großen Gottesacker zu besuchen. Hier ruhen für die Region wichtige Persönlichkeiten.“ Der Fraustädter ist stolz, gleich weitere zwei Lapidarien in der Woiwodschaft aufzählen zu können: in Freystadt in Schlesien [Kozuchów] und Beuthen an der Oder [Bytom Odrzański]. Trotzdem empfindet auch er die Pflege historischer Friedhöfe als noch wichtiger, da solche Initiativen von der Bevölkerung ausgehen. „Unlängst hat eine Sanierungsinitiative in Kottwitz [Kotowice] dazu geführt, dass der dortige Kirchhof in die Denkmalschutzliste eingetragen wurde. Die Kirche gibt es dort nicht mehr, nur die Kirchhofsmauer blieb üb-

rig, aber ihre Genese führt ins Mittelalter zurück“, so Wojciech.

Doch ein besonderer Friedhof wartet seit Anfang der 2000er Jahre auf seine Sanierung. Er liegt auf dem Gelände des inzwischen verschwundenen Gutshauses Skyren [Skórzyń] bei Messow [Maszewo]. Dort befindet sich das verfallene Grab des einstigen Reichskanzlers und Bismarck-Nachfolgers Georg Leo Graf von Caprivi (1831–1899), nach dem der Caprivizipfel in Namibia benannt ist. Noch Mitte der 70er Jahre war neben dem Schloss eine Steinpyramide mit einem zwei Meter hohen Marmorkreuz als Grabmal vorhanden. Übrig blieben nur eine überwucherte Stelle und das im Efeu liegende Kreuz. 2007 sprach der seit 2006 bis heute amtierende Gemeindevorsteher Dariusz Jarociński davon, das Grab Caprivis sanieren zu wollen. Zehn Jahre später führte er Gespräche mit Vertretern der Deutschen Minderheit und des Preußeninstituts e.V. Die Gespräche scheinen letztlich versandet zu sein, im Internet findet sich zumindest kein Hinweis über einen dauerhaften Erhalt. Vielleicht kann der Aufruf der Denkmalschützerin Bielenis-Kopec erneut motivieren.



Auf Gut Skyren: Gemeindevorsteher Dariusz Jarociński (2. v.l.) am verfallenen Grab des Reichskanzlers Georg Leo Graf von Caprivi

Foto: TSK

Chris W. Wagner

## HINTERPOMMERN

## Die Kirche in Groß Volz bei Rummelsburg

Gemeinsame Bemühungen um den Erhalt der Kirche – es besteht erheblicher Renovierungsbedarf

VON ADA UND DIRK VON HAHN



Foto: von Hahn

Das ehemalige Dorf Groß Volz, [Wołcza Wielka] heute Stadtteil von Rummelsburg [Miastko], liegt ca. 4 km außerhalb der Kreisstadt Rummelsburg. Die Kirche wurde auf einem Hügel mit kleinem Friedhof errichtet und ist ein unverwechselbares Wahrzeichen für den Ort. Bereits 1613 erhielt die damals schon im Ort ansässige Gutsfamilie von Massow die landesherrliche Erlaubnis zum Bau einer Kirche auf dem Gutsgelände, die zur Patronatskirche der Rummelsburger Kirchen wurde. In dieser wurde dann sonntäglich ein Gottesdienst für die umliegenden Dörfer abgehalten. Neben der Wahl und Berufung der Pastoren hatte die Familie das Recht auf Bestellung des Administrators aus dem Magistratsrat Rummelsburg. Letzterer hatte die Aufsicht über die Kirchen und deren Grundstücke. Letzter Besitzer bis 1945 war Rüdiger von Massow (\*1902 †1987).

Die aus Feldsteinen gebaute Kirche entsprach in ihrer Schlichtheit ganz den Bedürfnissen der hier lebenden pommerischen evangelischen Christen, deren ganzes Leben aus der landwirtschaftlichen Tätigkeit und aus dem Glauben zu ihrem Herrgott bestand. Das silberne Abendmahlsgesetz zierte das Massow-Wappen. Es ist abhandengekommen. Den Altar schmückt ein auf Holz gebranntes Christusbild, das Margarethe von Massow, geb. von Winterfeld (\*1867 †1949), angefertigt hat.

Der Blick vom Kirchenportal führt zu dem ehemaligen Gutshof und dem Groß Volzer See. Auf dem Friedhofsplatz mit Betonpfeilern und Eisenkette (inzwi-

schen 2-mal gestohlen) umrandet liegen u.a. acht Familienangehörige begraben. Auf einem der alten Gräber ist auf der Vorderfront eine Platte des letzten Besitzers vor der Vertreibung 1945, Rüdiger von Massow und seiner Ehefrau Ehrengard, geborene von Schack von der Tochter Ada von Hahn 2014 angebracht worden. Die Familie von Massow floh 1945 zunächst nach Schleswig Holstein und fand eine endgültige Bleibe 1951 in Wesel am Niederrhein. Dort kümmerten sie sich sogleich intensiv um ihre Landsleute und bauten einen Kreis- wie Landesverband der Pommern auf. Daneben bauten sie die Johanniterunfall-Hilfe in Wesel auf. Beide erhielten nacheinander das Bundesverdienstkreuz.

Nach dem 2. Weltkrieg blieb die Kirche trotz aller Veränderungen der Bevölkerung evangelisch, die Sprache wurde polnisch. Bei einem Besuch von Martin Niemöller in den 1950er Jahren bei der Evangelischen Kirche in Polen erreichte er, dass hier, wie in einer weiteren Dorfkirche in Polen, wenigstens einmal im Monat ein Gottesdienst in deutscher Sprache abgehalten wurde.

Über die Besucherzahlen in den Nachkriegsjahren liegen keine Angaben vor, sie werden durch die Vertreibung des größten Teils der Bevölkerung gering und in den großen Notzeiten ab Ende der 1970er Jahre noch weiter geschrumpft sein.

Der auch für die Groß Volzer Kirche zuständige Pfarrer in Köslin erreichte beim Kulturamt in Stolp, dass die Kirche auf die Liste der als Denkmal zu schützenden Kirchen aufgenommen wurde. Die Kirche erhielt Anfang der 1990er Jahre eine fast ungebrauchte moderne elektronische Orgel aus Wesel gespendet.

Die Pommerische Genossenschaft des Johanniterordens begann ab 1981 mit Hilfstransporten die evangelischen pommerischen Gemeinden zu betreuen. Sie fand in dem Gebiet Rummelsburg nur noch ca. 30 Familien als eingetragene Mitglieder der Kirche vor. Mindestens 2-mal im Jahr wurden von dem Zeitpunkt an Pakete mit Naturalien und Bekleidung zunächst über die Pfarrer, sehr bald aber in persönlichen Besuchen durch u.a. Ehrengard von Massow, Ehefrau des letzten Besitzers und Rechtsritters des Johanniterordens verteilt.

Für den Zusammenhalt der Gemeinde in und um Groß Volz spielte Frau von Massow eine besondere Rolle, die nach dem Krieg erstmalig auf einer Busreise 1980 u.a. die Not im Lande kennenlernte und davon elektrisiert den Entschluss fasste, dort den Menschen helfen zu müssen. Sie schloss sich sofort den Bemühungen des Johanniterordens an, die ab 1981 ihre Hilfstransporte starteten. 2- bis 3-mal jährlich unternahm sie diese Transportreisen. In 4 Tagen versorgte sie mit einer

sich immer weiter verkleinernde Gemeinde. Das polnische Fernsehen berichtete mehrmals in den neunziger Jahren, zuletzt 2014 darüber ebenso in Deutschland das ZDF.

Bevor sie nach Deutschland zurück-siedelte, verkaufte sie ihr Anwesen mit inzwischen 36 Rindern an eine polnische Unternehmerin. Bis zum Ende ihrer Polenzeit blieb sie die Seele der Gemeinde. Nach der Rückkehr 2006 nach Deutschland (Reinbek bei Hamburg) starb sie



Ehregard von Massow, geb. von Schack (\*1916 †2014), Hauptinitiatorin der Aktivitäten in Groß Volz, ihrem einstigen Familiensitz (Foto: Privat)

Johanniterbegleitung zunächst bis zu 130 Familien im großen Umkreis von Belgard über Rummelsburg, Stolp, Bütow, Lauenburg Wierschutzin bis Zoppot und Danzig mit Lebensmitteln, Kaffee, Tee, Schokolade, Wasch- und Haushaltsmitteln sowie Bekleidung. Bei Krankenhäusern und Ärzten in Rummelsburg und Lauenburg (altes Johanniterkrankenhaus) wurden Medizin und medizinische Geräte abgeladen. Ab 1987 übernahm ihre Tochter Ada von Hahn mit Ehemann (beide auch Johanniter) ebenfalls die Betreuungsaufgabe.

Nach über 20 Jahren mehrfacher jährlicher Besuche im Jahr ging Ehregard von Massow nach dem Tod ihres Mannes 78-jährig im Jahr 1992 wieder ganz in die alte Heimat zurück, pachtete dort 27 ha ihres Gutes und führte in Polen die Highland Cattle ein. Sie betreute intensiv die

dort 2014 im Alter von 98 Jahren.

Durch die stete Verringerung der Gemeinde wurde die meist leer stehende Kirche ab der 2. Hälfte der 1990er Jahre auf Betreiben u.a. von Frau von Massow auch von der katholischen Gemeinde mit genutzt. Eine Mieterhöhung veranlasste diese aber nach einigen Jahren der Nutzung das Mietverhältnis wieder aufzulösen. So wurde die Kirche nur noch von gelegentlichen Besuchergruppen aufgesucht, die dort auch Gottesdienste abhielten. Seit 5 Jahren gibt es keine registrierten Gemeindeglieder mehr.

Neben dem Johanniterorden betreute auch der Pommerische Evangelische Konvent in Deutschland die Gemeinde mit Naturalien und kleinem Geldbetrag, sorgte auch dafür, dass das Dach der Kirche neu gedeckt, die Außenmauern neu ver-

fugt und dem Innenraum ein neuer Anstrich gegeben werden konnten. Durch ihre und andere Spenden konnte das zerfallene Kirchenportal ersetzt werden. Unterschiedliche Nutzungsbeteiligte halfen immer wieder mit Spenden, die historische Kirche zu beleben, um damit einen Beitrag für notwendige Reparaturen zu leisten. Über die Jahre sind inzwischen erhebliche Wasserschäden an und in der Kirche vorhanden, die eine Grundsanierung nötig machen. Die Wulstverfugung der Kirche z.B. ist möglicherweise eine der Ursachen hierfür, muss also komplett herausgeschlagen und erneuert werden. Auch muss die Betonbodenplattenumrandung des Kirchengebäudes durch andere Schrägverlagerung verändert werden. Dadurch steigt Wasser auch von unten in die Wände und lässt den Putz abplatzen. Der Bürgermeister Roman Romain (bis 2019) sowie seine Nachfolgerin Frau Danuta Karáskiewicz von Rummelsburg (ab 2019) zeigten sich nach Kenntnisaufnahme des verfallenen Zustandes der Kirche an einer schnellen Übergabe der Kirche interessiert. Sie wollen die Kirche für den Ortsteil auch weiterhin als Wahrzeichen und Mittelpunkt für die dort inzwischen wachsende Bevölkerung erhalten, sie aber allen Religionsgemeinschaften zum Abhalten ihrer Gottesdienste zur Verfügung stellen sowie sie auch als Kulturzentrum nutzen.

Die Evangelische Kirche Polens hat sie in einem kleinen feierlichen Akt im Haus der Diakonie in Warschau der Stadt Rummelsburg am 16. Januar 2020 im Beisein von uns als Vertreter der Familie übertragen. (Die Pommerische Zeitung berichtete darüber in der Ausgabe Nr. 6/2020). Inzwischen ist das Gelände mit dem Friedhofsteil wieder in einem ordentlichen Zustand gebracht worden. Eine Kostenkalkulation für die Sanierung der Kirche ist inzwischen erstellt. Jedwede finanzielle Unterstützung ist willkommen. Die Möglichkeit steuerlicher Absetzung in Polen wie Deutschland wird derzeit geprüft. Gerne informieren wir Sie.

● Info bei Ada u. Dirk von Hahn, Jan-van-Werth-Str. 26, 41564 Kaarst-Büttgen, Tel: +49 2131 519980, Mail: ada@v-hahn.de

## AUS ALTER ZEIT

## Der „Stettiner Bierkrieg“

Die Chronik weiß über einen „Bierkrieg“ zur Senkung des Bierpreises im alten Stettin zu Anfang des 17. Jahrhunderts zu berichten: Wie in den meisten deutschen Städten, so hielt auch der Magistrat von Stettin darauf, dass den Stettinern ein schmackhaftes Bier vorgesetzt wurde. Eine im Jahre 1573 erneuerte Brauordnung forderte, dass innerhalb des Stadtbezirks das Bier nur aus dem besten Gerstenmalz und aus gutem Hopfen hergestellt werden dürfe. Wachte der Magistrat über die Qualität, so hatten nach einem alten Privileg die Bürger das Recht, den Preis zu bestimmen.

Zu Beginn des 17. Jahrhunderts befand sich der Stettiner Rat in einer starken Geldklemme, die er am ehesten dadurch zu beseitigen hoffte, dass er den Bierpreis von 12 auf 16 Pfennig für ein „Quart“ erhöhte. Als im Sommer 1616 dieser Beschluss von den Kanzeln der Stettiner Kirchen verkündet worden war, versetzte

dieser Übergriff des Magistrats selbst den biedersten Stettiner Bürger in die helle Empörung, denn man muss wissen, dass das Bier derzeit sozusagen ein tägliches Nahrungsmittel war.

Mit Windeseile verbreitete sich die Nachricht von der Bierpreiserhöhung in der ganzen Stadt. Die Bürger holten aus ihren Kammern Waffen hervor, rotteten sich zusammen und zogen durch die Straßen. Die Stadtwachen traten wohl dem Volkshaufen entgegen, wurden aber zurückgeschlagen und konnten es nicht verhindern, dass die Keller der Brauereien von der Menge gestürmt wurden. Darauf wurde Freibier in großen Mengen verkonsumiert.

Verzweifelt rief der Bürgermeister Alexander von Rammin den Stadtrat zusammen, der sich schließlich unter dem Druck der Verhältnisse dazu bereit fand, auf die Erhöhung des Bierpreises zu verzichten. Den Stettinern wurde dies auf

einem Flugblatt bekannt gegeben, und die Bürger wurden ermahnt, in ihre Häuser zurückzukehren. Das viele Bier aber war der Masse in die erhitzten Köpfe gestiegen, so dass die Volksseele noch höher schäumte als das Bier in den Krügen. Da entschloss sich der Pommerherzog, in den „Bierkrieg“ einzugreifen. Am dritten Tage des Aufstandes zogen seine Bewaffneten in die rebellierende Stadt ein und stellten schließlich die Ruhe wieder her.

Die Macht der Bürger war indessen doch so groß, dass in einer Gerichtsverhandlung der Bevölkerung das alte Privileg der Festsetzung der Bierpreise erneut zugestanden werden musste. Auch setzten die Bürger durch, dass ihre Forderung auf Abschaffung der Getränkesteuer, die mit der Preiserhöhung verbunden war, Anerkennung fand. Aber hiermit nicht genug, der Bürgermeister von Rammin sah sich genötigt, sein Amt abzugeben, und dem Magistrat traten 17 von der Bürger-

schaft gewählte Vertrauensmänner bei, die dafür zu sorgen hatten, dass es dem Rat nie wieder einfallen sollte, sich noch einmal einer Beseitigung alter Bürgerrechte zu erkönnen. Erst als sie auch diese Erweiterung des Magistrats durchgedrückt hatten, beruhigten sich die empörten Stettiner wieder und leerten ihre Schoppen wieder mit Behaglichkeit.

(Aus Archiv)



Foto: Klugschacker/Wikipedia

Das alte Rathaus zu Stettin

## ● BAUERNREGELN FÜR DEN MONAT NOVEMBER

Im November viel Nass – auf den Wiesen viel Gras. Fällt der erste Schnee in'n Kot, giff't dat grote Not.

Sankt Martin (11.11.) trocken und kalt, die Kälte nicht lange anhält. Sankt Elisabeth (19.11.) sagt an, was der Winter für ein Mann. Andreasschnee (30.11.) tut den Früchten weh.

Wenn Gänse um Martini auf dem Eise gehn, müssen sie Weihnachten im Kote gehn. Flimmern die Sterne am Himmel, gib't bald starke Kälte. Blüh'n im November die Bäume auf's neu, dauert der Winter bis zum Mai.

Kalter November und fruchtreif Jahr, sind vereinigt immerdar. November tritt oft hart herein, braucht nicht viel dahinter zu sein. Ist's um Katharina trüb oder rein, so wird auch der nächste Hornung (Februar) sein. Martinstag trüb, macht den Winter lind und müd. Viel und langer Schnee, gibt viel Frucht und Klee.

Aus Pommerisches Heimatbuch

# „Wo bleiben die Stimmen der Gerechtigkeit?“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Der Attentäter von Dresden kann nicht abgeschoben werden, weil ihm in seinem Land Schläge drohen? Aber dass uns hier Morde drohen, ist völlig ok? Spinn ich jetzt endgültig?“

**Jens Pauly, Düsseldorf**  
zum Thema: Auffälliges Schweigen  
(Nr. 45)



Ausgabe Nr. 45

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum,  
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,  
Fax (040) 41400850  
oder per E-Mail an redaktion@  
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

**ER WAR AUCH EIN VORBILD**  
ZU: NUR GUTES ÜBER OPPERMANN  
(NR. 44)

Herrn Oppermann habe ich nicht persönlich gekannt, war auch nicht mit ihm verschwägert oder verwandt. Aber diese Kritik (hinter vorgehaltener Hand) finde ich trotzdem unangemessen und bedenklich. Herr Oppermann war sicherlich nicht unfehlbar, aber ich glaube, dass er trotz aller menschlichen Schwächen für viele andere Politiker ein Vorbild gewesen sein dürfte.

Dass Herr Oppermann den damaligen Innenminister Friedrich (CSU) durch seine Information an die Presse „ans Messer“ lieferte, ist eine starke bildhafte Übertreibung, die er bestimmt nicht beabsichtigt hatte. Es war schließlich Herr Friedrich selbst, der gegen „Dienstvorschriften“ verstieß. Aber gottlob gab es damals noch Minister, denen es wichtiger war, „Schaden vom Volk“ abzuwenden, als ihre eigene Karriere zu retten.

Außerdem dürfte allgemein bekannt sein, dass Politiker, wenn sie fallen, nicht ins Bodenlose fallen, sondern in der Regel sehr behutsam aufgefangen werden.

Vielen war auch bekannt, dass Herr Oppermann Christ war und das in seinem Leben umzusetzen versuchte. Aber auch Christen machen Fehler, die dann aber an „die große Glocke“ gehängt werden. Unser Urteil über einen Menschen ist nicht maßgebend, es gibt aber einen „Anderen“, vor dem wir alle einmal Rechenschaft ablegen müssen. *Gerhard Kurz, Alfeld*

**DIE „STADE“ CORONA-ZEIT**  
ZU: HÜTCHENSPIELER (NR. 44)

In Corona-Deutschland dürfte ein unkontrollierbarer Lockdown-Orkan ziemlich eiskalt über unsere Köpfe hinwegbrausen, der jeden Hoffnungsschimmer ausblasen könnte. In Bayern steht dazu der Corona-Katastrophenfall auf dem Plan, vorsorglich wurden deshalb schon viele Schulen dichtgemacht. Die drei Kampfpläne der CDU wollen daher ganz kurzfristig nicht weiter balzen und von der Bildfläche ver-

schwinden. Die Profifußballer, die anscheinend gegen alles immun sind, die bleiben uns, und spuken weiterhin in den menschenleeren Kickarenen herum. Falls sich irgendwann einmal die Lage beruhigen sollte, dann wird die „stade Zeit“ (stille Adventszeit, d. Red.) ausgerufen, da Weihnachten bereits vor der Tür steht. *Klaus P. Jaworek, Büchenbach*

**SÜDTIROL WIRD IGNORIERT**  
ZU: EINE BLEIBENDE WUNDE  
(NR. 43)

In diesen Tagen kann man in den gängigen Medien die US-Wahl unmöglich ignorieren. Sind aber Wahlen oder brisante politische Themen in Südtirol im öffentlichen Blickpunkt, so hört man davon in der Bundesrepublik einfach nichts. Welche Schande! Südtirol mit seiner bis heute bestehende Auseinanderreißen Tirols wird geflissentlich ignoriert. Interessiert man sich politisch für Südtirol, so muss man wirklich recherchieren, in unseren staatlichen Medien gibt es kein Südtirol.

Dank an die PAZ für wieder einmal einen glänzenden Artikel über die Südtirol-Problematik! *Alexander Müller, Markt Schwaben*

**SCHLAG INS GESICHT**  
ZU: GEPLANTE ZERSETZUNG  
(NR. 42)

Wir sind empört über diese Maßnahme, die Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen zu diskreditieren. Man kann es nicht glauben, dass die Zeitzeugen praktisch einen Schlag ins Gesicht erleiden.

Wir selbst sind bei Führungen, auch mit unserem Enkel, dabei gewesen und haben erlebt, wie viele Besucher zum Teil aus Schweden oder den Niederlanden sehr interessiert und entsetzt den Erlebnissen der Zeitzeugen gefolgt sind. Uns läuft noch immer ein Schauer über den

Rücken beim Gang durch die Kellerräume, sprich Folterkammern der Stasi, genannt U-Boot. Dies alles durch eine Aktion des Herrn Lederer (des Berliner Kultursenators von den Linken, d. Red.) mit Füßen zu treten, ist abscheulich und verwerflich. Wo bleiben die Stimmen der Gerechtigkeit? *Siegfried und Elsbeth Lützkendorf, Berlin*

**ZUM POLEN GEMACHT**  
ZU: DEM SENAT ABSOLUT  
GLEICHGÜLTIG (NR. 41)

Die Ignoranz des rot-rot-grünen Berliner Senats im Umgang mit dem Schicksal der Heimatvertriebenen war für mich nicht neu. So hat der Verband der Volks- und Raiffeisenbanken (18,5 Millionen Mitglieder) mit seiner Programmierfirma Fiducia & GAD IT AG meine persönlichen Stammdaten – Geburt 1939 in Köslin – dem Geburtsland Polen und der Herkunftsstaatsangehörigkeit polnisch zugeordnet. Man fragt sich, ob diese Geschichtsvergessenheit, mit der man die Gefühle aller Heimatvertriebenen verletzt, fehlende Kenntnis oder Absicht ist. *Peter Martenka, Dortmund*

**GESCHICHTSVERGESSENE FEIER**  
ZU: GESCHICHTSVERGESSEN  
(NR. 40)

Es ist verdientvoll, auf die Ungeheuerlichkeit des bewussten Vergessens des deutschen Ostens durch die Politik hingewiesen zu haben. Kein Volk dieser Welt geht so mit seiner Geschichte und der Erinnerung an seine Vergangenheit um.

Dieser Kultur des Todes entspricht das historische Narrativ, dass das deutsche Volk die Schuld an der Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts trägt, obwohl ein der Wahrheit verpflichteter Historiker weiß, dass eine historische und politische Entscheidung immer nur aus ihrem Kontext heraus verstanden und beurteilt werden kann, das heißt, dass die Feststellung der Annexion Ost-

deutschlands durch Polen und die Sowjetunion eine „schmerzliche Folge“ der Geschichte des Dritten Reichs gewesen sein soll. Tatsächlich ging es den Siegern des Zweiten Weltkrieges nicht um das Hitler-Regime, sondern um die historische Existenz Deutschlands.

Deshalb wurden die Ostdeutschen aus ihrer Heimat vertrieben, millionenfach ermordet, um vollendete Tatsachen zu schaffen, und die Frauen geschändet, mit anderen Worten: Es war ein Genozid und das zweite Menschheitsverbrechen des 20. Jahrhunderts.

Nach diesem Zivilisationsbruch in der modernen Geschichte, nach dieser territorialen, dann „kulturellen, historischen und geistigen Amputation“ Ostdeutschlands aus der Geschichte Deutschlands nach 1945 wurde Ostdeutschland „dem Vergessen anheimgegeben“, das heißt die Ostdeutschen um ihre Geschichte betrogen und so in eine zweite Vertreibung getrieben.

Der deutsche Staat des 21. Jahrhunderts verrät die Geschichte Ostdeutschlands, weil er „auf das zu Deutschland gehörende kulturelle Erbe des Deutschen Ostens verzichtet“. Deshalb sind diese Feiern zum 3. Oktober „geschichtsvergessen“ und im Hinblick auf unsere große Geschichte unwürdig, verletzend und verstörend. *Klaus Fleischmann, Kaarst*

**ALLES SCHON VORHERGESAGT**  
ZU: GRÜNE KONFLIKTE (NR. 44)

Im Jahre 1980 äußerte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt: „Wer die Grünen wählt, der wird sich später mal bitterste Vorwürfe machen.“ Wenn man heute, nach 40 Jahren, sieht, welche Ziele insbesondere die Jugendorganisation der Grünen anstrebt („Abschaffung Deutschlands“!), der möge hinterher, wenn die Partei einmal die politische Landschaft dominiert und wir Deutschland nicht mehr wiedererkennen werden, nicht sagen, er/sie habe nicht gewusst, was da auf uns zukommen würde. *Wolfgang Reith, Neuss*

ANZEIGE

**Jetzt bestellen!**  
Versandkostenfreie Lieferung  
innerhalb Europas

## Was Ihnen der Staat alles wegnehmen kann und wie Sie sich davor schützen

**EXKLUSIV**  
Die Horrorliste der  
Steuern und Abgaben:  
41 Möglichkeiten,  
wie sich Olaf Scholz  
Ihr Geld holen  
wird!

**■ In der EU und in Deutschland werden Billionen Euro zur Bewältigung der Corona- und Wirtschaftskrise benötigt. Doch die Staaten sind klamm. Deshalb fordern jetzt viele Politiker: Ran an die Immobilien und ran an die Privatvermögen.**

**Niemand ist vor Enteignungen sicher, das gilt heute mehr denn je!**

Der Staat wird unzählige Möglichkeiten nutzen, um an die Ersparnisse der Bürger zu gelangen. Bestsellerautor Michael Grandt erklärt auf der Basis von rund tausend Quellen alle Enteignungsgesetze, die heute schon gelten, und hat für Sie zusammengestellt, welche Maßnahmen zu erwarten sind. Herausgekommen ist eine »Horrorliste der Steuern und Abgaben«. Eine Liste mit 41 denkbaren Wegen der Geldbeschaffung. **Durch diese Liste wissen Sie schon heute, wo der Staat morgen bei Ihnen abkassieren kann.**

**Wussten Sie zum Beispiel, dass**

- ein »Lastenausgleich« und eine »Vermögensabgabe« bereits im Grundgesetz stehen?
- ganze Wirtschaftsbranchen enteignet werden können?
- Sie auch ohne direkte Enteignung Ihr ganzes Hab und Gut verlieren können?
- man Sie dazu zwingen kann, Ihr Grundstück zu bebauen und sogar ein Darlehen dafür aufzunehmen?
- Behörden leer stehende Wohnungen zwangsvermieten können?

- Ihr Mietrecht enteignet und Sie aus Ihrer Wohnung geworfen werden können?

**Michael Grandt beantwortet viele brisante Fragen, über die Sie bewusst nicht aufgeklärt werden:**

- Weshalb kennt kaum jemand das wichtigste Finanz-Enteignungsgesetz und warum wird öffentlich darüber geschwiegen?
- Was haben Reichsnotopfer, Wehrbeitrag und Hauszinssteuer mit unserer heutigen Situation zu tun?
- Weshalb ist eine Zwangshypothek auf Ihre Immobilie jederzeit möglich?
- Welches ist der »gefährlichste« Artikel im Grundgesetz?
- Wer ist eigentlich der »Enteignungsminister« der Bundesregierung?
- Wie ist es möglich, dass man mit der verschwiegenen CAC-Klausel Ihre gesamte Altersvorsorge enteignen kann?
- Was bedeuten die »Notstandsgesetze«, die Ihre Grundrechte in unglaublicher Weise einschränken, gerade in der heutigen Zeit?

**Bringen Sie Ihr Vermögen rechtzeitig in Sicherheit. Michael Grandt zeigt Ihnen im Detail, was zu tun ist!**

**Michael Grandt: Vorsicht Enteignung!**  
gebunden • 316 Seiten • Best.-Nr. 981 800 • 22,99 €

**KOPP VERLAG**  
Telefon (0 74 72) 98 06 10  
Telefax (0 74 72) 98 06 11  
info@kopp-verlag.de  
www.kopp-verlag.de

## KAKTEEN

## O Kaktusbaum

Blätter fallen, Dornen bleiben – Kaktusgewächse sind so beliebt, dass die Polizei auf sie aufpassen muss

VON STEPAHNIE SIECKMANN

Spätestens seit dem Comedian-Harmonists-Schlager „Mein kleiner grüner Kaktus“ ist das dornige Gewächs auch zu einem botanischen Schlager auf unseren Fensterbänken geworden. Fragt sich nur, wie lange noch, denn rund 30 Prozent der bekannten Kaktus-Arten sind vom Aussterben bedroht. Grund dafür ist diesmal nicht die Umweltverschmutzung oder der sogenannte Klimawandel, sondern ausgerechnet die Kaktus-Liebe der Menschen.

In einigen Teilen von Texas und Arizona sind große Flächen von dunklen Löchern anstelle von stattlichen Kakteen übersät. Die Pflanzen sind gestohlen. In der Nacht und oft auf Bestellung hat man sie unerlaubt ausgegraben. Denn der Internet-Handel mit Kakteen blüht wie ein Tulpenmeer in den Niederlanden im Frühjahr und damit auch der Schwarzmarkt für Sukkulenten, wie die wasser-speichernden Pflanzen im Fachbegriff heißen.

Besonders die Asiaten haben ihr Herz für die stacheligen und genügsamen Gewächse entdeckt. China, Japan und Korea sind Großabnehmer in Sachen Kakteen. Das lässt sich auch bei Besuchen in asiatischen Restaurants in Deutschland feststellen, wo zunehmend Kakteen zur Dekoration gehören.

## Mit eingepflanztem Mikrochip

Restaurants erwerben die Grünpflanzen jedoch meistens mit Zertifikat. Private Liebhaber suchen dagegen gerne im Internet nach Schnäppchen und erwerben immer häufiger Diebesgut. Der Kakteen-Diebstahl in den Vereinigten Staaten hat schon so gewaltige Ausmaße angenommen, dass eine Kakteen-Polizei ins Leben gerufen wurde. Pflanzen können inzwischen aufgrund von Proben immer öfter ihrem exakten Herkunftsbereich zugeordnet werden.

In einigen Regionen und Nationalparks, in denen besonders schöne, alte oder große Exemplare zu Hause sind, werden die wertvollen Pflanzen inzwischen mit Mikrochips versehen, um sie – sollten sie verschwinden – nachverfolgen zu können. Ob das Grün auf der Fensterbank von einem Pflanzzüchter und -Handel stammt oder unerlaubt in der



Dornige Welt: Kakteen in der Sonora-Wüste bei Tucson im US-Bundesstaat Arizona

Foto: tws

Wüste ausgebuddelt wurde, ist heute also feststellbar.

Während vielerorts die in Arizona beheimateten großen Exemplare der Saguaro-Kakteen (*Carnegiea gigantea*) besonders beliebt sind und entsprechend häufig gestohlen werden, stellen in Deutschland die „Schwiegermutter-Sitz“ genannten Kakteen der Sorte *Echinocactus grusonii* die begehrtesten Dornengewächse. Große Exemplare dieser Kaktussorte sind in Deutschland bei Gartenschauen oder in Gewächshäusern Opfer von Diebstählen geworden. So hat man in Sachen Kakteen bereits Raubzüge aus Magdeburg, Erfurt und Hessen gemeldet.

Auch aus privaten Gärten und Wohnanlagen sind schöne Exemplare bereits ausgebuddelt worden. Dabei stellt sich die Frage, wie ein so dorniges und damit wehrhaftes Gewächs, das locker zehn bis zwölf Kilo auf die Waage bringt, heimlich und ohne Schmerzensschreie seiner Diebe entfernt werden kann.

Nachdem Lebensstil-Magazine und Designer den Kaktus für sich entdeckt hatten und den Trend damit massiv an-

geschoben haben, erobert der Kaktus nun auch Weihnachten. Nicht nur als Geschenk in Form von kleinen dekorativen Pflänzchen, auch aus Plastik oder Wolle. Oder als Dekogegenstand aus Porzellan oder Kissen in Form eines Kaktus. Wenn es edler sein soll, fällt die Wahl für das Weihnachtsgeschenk vielleicht auf einen Kaktus von Cartier, denn auch als Schmuck gibt es die Pflanze inzwischen.

## Der Kaktus als Ersatz für die Tanne

Getreu dem Motto: Schlimmer geht immer, ist der Kaktus sogar schon als Ersatz für den Weihnachtsbaum im Gespräch. Mit kleinen Anhängern an den Stacheln und einem fluffigen Wattebausch auf der drahtigen Spitze, freuen sich selbsterklärte Hipster, dem klassischen, aber ihrer Meinung nach kitschigen Weihnachtsbaum, eine trendige und ausgefallene Variante entgegenzusetzen.

Als Weihnachtsbaum dekoriert, mit einem Stern in der stacheligen Spitze, muss niemand befürchten, dass die Weihnachtsdeko sich vor allem durch das frühzeitige Abwerfen von Nadeln bemerkbar

macht. In einer kleinen Ausgabe für den Esstisch ist der Kaktus als Weihnachtsbaum zudem platzsparend, langlebig und setzt Akzente.

Das Problem ist, dass Kakteen sehr langsam wachsen. Wer die Geduld nicht aufbringen will, ein kleines Pflänzchen zehn, 20 oder 40 Jahre auf der Fensterbank zu pflegen, bis es eindrucksvolle Größe hat, was im Vergleich mit einer Tanne aber immer noch enorm klein ist, versucht, gleich ein großes Exemplar zu erwerben. Der Fachhandel kann die in den letzten Jahren enorm gestiegene Nachfrage nicht bedienen. Daher blüht der Schwarzmarkt.

Grundsätzlich gilt: Wer sich dafür entscheidet, einen Kaktus ins Haus zu holen, muss vorsichtig sein und beim Kauf auf den ordnungsgemäßen und legitimen Kauf achten. Viele Kakteen-Sorten sind im Washingtoner Artenschutzabkommen aufgeführt und genießen den Status einer geschützten Pflanze. Liebhaber sollten sich bewusst machen, dass ihre Liebe tragisch enden kann. Sonst ist der Kaktus am Ende weg vom Fenster.

## ORNITHOLOGIE

## Freispruch für einen Galgenvogel

Elstern gelten als diebisch – Das beruht auf einem Irrglauben, an dem nichts dran ist

In unseren Parks und Gärten ist in dieser Jahreszeit noch häufig ein Vogel zu sehen, der keinen guten Ruf besitzt. Es heißt, er würde klauen. Diesem schrägen Vogel hat der italienische Komponist Gioachino Rossini sogar eine Oper gewidmet: „La gazza ladra“, „Die diebische Elster“.

Die zu den Rabenvögeln gehörenden Elstern sollen glänzenden Gegenständen nicht widerstehen können. Man glaubte lange, dass die Vögel blinkende Ringe, Silber, Alufolien oder Münzen stehlen und in ihr Nest bringen. Britische Forscher haben das inzwischen als Volksglauben enttarnt. Im Experiment mieden die Vögel Schmuckstücke und zeigten diesen gegenüber sogar extremes Misstrauen.

Elstern sind jedoch sehr neugierig und überwinden schnell die Angst vor Neuem. Der Irrglaube rührt wohl daher, dass man Elstern früher dabei beobachtet hatte, wie

sie etwas Glänzendes mitgenommen haben, weshalb sich daraufhin verbreitete, sie liebten blinkende Dinge. Elstern sind Allesfresser und nehmen sowohl Pflanzliches, wie Früchte, Samen und Pilze, als auch Tierisches wie Insekten, Würmer und Aas zu sich.

## Sie erkennen sich im Spiegel

Die klugen Vögel können sich sogar im Spiegel erkennen. Diese Fähigkeit ist bei Tieren nicht selbstverständlich. Bislang sind nur fünf Tierarten bekannt, die dazu in der Lage sind: Menschenaffen, Delfine, Schweine, Asiatische Elefanten und Elstern. An der Ruhr-Universität Bochum haben Forscher einmal Elstern mit einem gelben oder schwarzen Fleck auf dem Gefieder unter dem Schnabel markiert. Für die Vögel waren diese Punkte im toten Winkel. Anschließend setzte man sie in

einen Testkäfig, in dem eine Wand verspiegelt war. Waren die Elstern mit einem gelben Punkt markiert, erkannten sie es im Spiegel und begannen durch Kratzen,



Klaut eigentlich selten etwas: Elster

den Fleck zu entfernen. Das bewies, dass sie sich im Spiegel erkennen können.

Die Vögel, die sich in Laubbäumen kugelförmige Nester anlegen, merken sich auch den Standort von Futtermitteln, sind also in der Lage, Orte wiederzuerkennen. Jetzt im Herbst legen sie sich in der Erde Nahrungsspeicher an, von denen sie den Winter über, da sie nicht wie Zugvögel in den Süden fliegen, zehren.

In der Mythologie der Germanen galten Elstern als Götterboten, aber auch als Vögel der Todesgöttin Hel. Im Mittelalter hielt man sie für ein Hexentier und Galgenvogel. Entsprechend unbeliebt waren sie. In Asien jedoch sieht man in ihnen einen Glücksvogel, und Nordamerikas Indianer schätzen sie als Geistwesen, das mit den Menschen befreundet ist. Doch in erster Linie sind Elstern intelligente Vögel – jedoch keine Diebe. Silvia Friedrich

## STECHPALMEN

## Baum im Post-Seuchenjahr

Die Stechpalme hat einen schweren Stand. Nicht dass man um ihren Bestand fürchten müsste. Da der Zierbaum laut Bundesartenschutzverordnung besonders geschützt ist, haben sich die Bestände in den letzten 100 Jahren in Deutschland deutlich erholt.

Allerdings muss sich die Stechpalme gegen die Robinie durchsetzen, die ausgerechnet in diesem Seuchenjahr zum Baum des Jahres gewählt wurde, und allein deshalb in Erinnerung bleiben wird. Anfang kommenden Jahres wird die Robinie von der Stechpalme als „Baum des Jahres“ abgelöst, die sich dann wieder still in jene Liste einreicht, in der seit 31 Jahren in Deutschland jährlich ein neuer „Baum des Jahres“ aufgeführt wird.

Nicht nur der Name Stechpalme klingt exotisch, das Immergrün wirkt mit seinen dornigen Blättern und roten Hülsenfrüchten auch fremdartig. Dabei ist das strauchartige Gewächs Europäerin durch und durch. Seit Urzeiten in Europa beheimatet, hat es *Ilex aquifolia*, die Europäische Stechpalme, aufgrund klimatischer Veränderungen geschafft, sich neue Lebensräume bis nach Skandinavien und Polen zu erschließen. Da sie häufig im Unterholz schattiger Laubwälder als Strauch wächst, ist ihre wirtschaftliche Nutzung weitgehend unbedeutend. Als Teil der heimischen Flora bildet sie aber einen wertvollen Baustein der Biodiversität unserer Wälder.

Als Ziergehölz hat die Stechpalme ihren Siegeszug schon lange angetreten und ist heute in kaum überschaubarer Farb- und Formenfülle in Gärten und Parks vertreten. Es waren Forstleute, Naturschützer und umweltbe-



Immergrün: Windschiefe Stechpalme

wusste Politiker, die in den 1920er Jahren auf den dramatischen Rückgang der Stechpalme reagierten. Zuvor erfreute sich die Art als Feiertagsdekoration so großer Beliebtheit, dass sie in ganzen Wagenladungen aus den Wäldern transportiert wurde. Seit etwa 100 Jahren hat wildwachsender Ilex, so der wissenschaftliche Name, als Weihnachtsdeko weitgehend ausgedient und steht in Deutschland unter besonderem Schutz.

Die Stechpalme hat aber noch etwas Besonderes zu bieten: Denn mit ihr als „Baum des Jahres“ hat die für die Krönung zuständige Wodarz-Stiftung erstmals einen deutschen Baumkönig gekürt. Bislang waren es immer Baumköniginnen. „König“ Nikolaus Fröhlich bringt als studierter Landschaftsarchitekt selbst viel Erfahrung aus dem Bereich Garten und Landwirtschaft mit und wird als Botschafter der „Baum des Jahres“-Stiftung nun in Sachen Stechpalme bundesweit die Werbetrommel rühren. „Die Stechpalme ist ein wichtiger Baustein unserer heimischen Biodiversität – und das möchte ich den Menschen im nächsten Jahr näherbringen“, erklärt er. Also, wenn das mal keinen auf die Stechpalme bringt. Harald Tewes

## ● FÜR SIE GELESEN

## Brückenbauer aus Moskau

Wladimir Grinin war von 2010 bis 2018 Botschafter der Russischen Föderation in Berlin. Er vertrat sein Land also in einer Zeit, in der sich die Beziehungen aufgrund der umstrittenen Wiederwahl Wladimir Putins zum russischen Präsidenten deutlich abzukühlen begannen.

Im Vorwort seines Buchs „Meine Jahre in Berlin“ erinnert er die deutschen Leser daran, dass eine Vereinigung ohne die Unterstützung Russlands nicht möglich gewesen wäre. Ohne die offizielle Linie seiner Regierung zu verlassen, bezieht Grinin Stellung zu Reizthemen wie Krim-Anschluss, Ukrainekrise, der unterstellten Beeinflussung des US-Wahlkampfs 2016 durch Russland sowie dem Syrienkrieg, die allesamt zur Verschlechterung der Beziehungen geführt haben. Grinin, der sich selbst als Brückenbauer sieht, verweist auf die wichtige Rolle der Kultur, die dazu beigetragen habe, den Gesprächsfaden zwischen Deutschen und Russen nie abreißen zu lassen. Ebenso positiv bewertet er die Wirtschaft, die sich aller politischen Differenzen zum Trotz ihren Weg bahnte wie Wasser.

Im Schlusswort schlägt er vor, den 300. Geburtstag Immanuel Kants am 22. April 2024 zu nutzen, um zu einer guten und friedlichen Nachbarschaft zurückzukehren. Mögen seinem Buch viele Leser beschieden sein. **MRK**



**Russlands Botschafter in Berlin**  
**Wladimir Grinin:**  
„Meine Jahre in Berlin“, Verlag Das neue Berlin, Berlin 2020, gebunden, 224 Seiten, 18 Euro

## Russland und der Westen

In der Dokumentation zu ihrem 15. Seminartag, der aufgrund der Corona-Beschränkungen nicht vor Ort stattfinden konnte, hat die in Hamburg ansässige Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V. sich mit dem Thema „Russland und Europa“ auseinandergesetzt.

Der Russlandkenner Alexander Rahr, der von 2004 bis 2015 im Lenkungsausschuss des Petersburger Dialogs saß, beleuchtet das Thema, welche Rolle Deutschland für Putin spielt und wie transatlantische Eliten gegen europäische Interessen gerichtet sind.

Ein weiteres Thema der Dokumentation behandelt die AfD und deren Positionen. Der ehemalige Deutschlandfunk-Redakteur Bernd Kallina hat Vera Kosova, die Vorsitzende der Juden in der AfD, interviewt. Die Beiträge werden in politisch korrekten Kreisen sicher wenig Beifall finden, sind aber geeignet, Aspekte zu beleuchten, die der breiten Öffentlichkeit nicht zugänglich sind. **MRK**

**Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V.**  
**(Hg.): „Deutschland-Journal 2020: Russland und Europa“**, SWG e.V., Hamburg 2020, broschiert, 159 Seiten, 5 Euro



## BILDBAND DER WOCHE



## Paradiese der Heimat

Wasserfälle, Felsen und Schluchten – Naturschönheiten wie die Lotenbachklamm im Südschwarzwald laden zum Wandern ein

FOTO: SHUTTERSTOCK

**Faszinierendes Deutschland** In Zusammenarbeit mit Tourismusverbänden verschiedener Bundesländer hat der DuMont Verlag einen gewichtigen Bildband im Großformat herausgegeben, der zudem zahlreiche Informati-

onen und Tipps für Ausflüge und Aktivtours durch die schönsten Regionen enthält. Stimmungsvolle Bilder sowie informative Texte bieten dem Leser Hilfestellungen, um sich auf die nächste Reise vorzubereiten. **MRK**

**Gerhard Grubbe/Reinhard Pietsch (Hg.): „Entdecke Deutschland. 100 Touren zu Natur, Kultur und Geschichte“**, DuMont Reiseverlag, Ostfildern 2020, gebunden, 432 Seiten, 39,90 Euro

## UMBRÜCHE

## Anleitung zur Selbstbesinnung

Mutter und Tochter veröffentlichen Texte, die Mut machen sollen und in denen sie die Situation zur Zeit der „Wende“ mit heute vergleichen

VON SILVIA FRIEDRICH

**E**in dichtes Netz von Linien und Strängen ergibt ein Geflecht. Ein Flechtwerk aus Worten, bestehend aus den unterschiedlichsten Farben und Gefühlen, ganz bewusst miteinander zu verweben, hatten die Autorinnen Franziska und Teresa Trauth zum Ziel, als sie das Buch „Wenn die Nachtigall mitten am Tage singt“ schrieben.

Nicht zufällig beginnt das Werk mit „Wendertexten“, die in der Zeit vor 30 Jahren spielen. Auch damals war es eine Zeit des Umbruchs, des Neuanfangs, als niemand wusste, wohin die Reise letztendlich führen sollte. So ähnlich geht es vielen heute im Angesicht einer nie gekannten Pandemie und deren Auswirkungen.

Erzählungen, Kurzgeschichten und Gedichte mit Titeln wie „Wenn der Felsenfriedhof im Süden gefährliche Zeiten verkündet“, „Wenn ein Clowns-Gesicht zur Fratze wird“, „Wenn das zugemauerte Brandenburger Tor als 30 Jahre altes Déjà-vu auftaucht“ oder „Wenn die Angst vor dem Virus das geschenkte Veilchen fallen lässt“ regen zum Nachdenken und oft auch zum Wiedererkennen so mancher beschriebenen Situation an.

Die auf einem Thüringer Bauernhof in der Nähe Weimars geborene Franziska Trauth war zuletzt als Studiendirektorin an einem Berliner Gymnasium tätig. Als die „Wende“ kam, lief sie in Berlin auf der Allee Richtung Siegestraße, die Ost-Bür-

gern bis dahin versperrt war und fühlte sich frei, viel freier als heute, wie sie schreibt, da alles erreichbar scheint.

Die Zeit jetzt erinnert die beiden Autorinnen, Mutter und Tochter, an die „Wende“ damals. So wollten sie besonders augenfällige Situationen beschreiben, die aus dem Alltäglichen herausfallen, um den Blick der Leser zu schärfen in Richtung Selbstbesinnung. Es wäre schön, wenn die Menschen über Existentielles nachdächten in dieser Zeit, von der niemand weiß, was sie bringen wird.

Die Texte seien, so Trauth, letztendlich eine Auseinandersetzung mit den eigenen Ängsten. Und wer ehrlich mit sich sei, werde diese auch bei sich selbst feststellen. Heute seien alle Menschen auf der ganzen Welt in ein und derselben Lage und müssten sich fragen, wohin sich die Menschheit entwickelt im Angesicht der Pandemie.

Phantasie anregende Illustrationen der Theaterschauspielerin Teresa Trauth bereichern das Werk und bilden ab, was man in Wort und Schrift nicht sagen kann. Die elfjährige Enkelin der Autorin beschreibt in ihrem Schlusswort das, was jeder von uns denkt: Wann wird alles wieder normal werden?



**Franziska und Teresa Trauth:** „Wenn die Nachtigall mitten am Tage singt“, Trafo Literaturverlag, Berlin 2020, broschiert, 70 Seiten, 12,80 Euro

## VERSUNKENE WELTEN

## Hochkultur der Eiszeit entdeckt?

Der britische Journalist Graham Hancock fand bei Tauchgängen auf dem Meeresgrund Spuren, die auf 13.000 Jahre alte Metropolen hindeuten

VON WOLFGANG KAUFMANN

**I**m Jahr 2002 veröffentlichte der britische Journalist Graham Hancock ein monumentales Buch über uralte Metropolen auf dem Meeresgrund, welche vor etwa 13.000 Jahren entstanden und vor rund 11.600 Jahren versunken seien. Danach brauchte es 17 Jahre, bis sich hierzulande ein Verlag fand, der das Werk auf Deutsch herausbrachte. Dieses trägt nun den Titel „Unterwelt“ und beschreibt Hancocks Tauchgänge und Recherchen vor Tranquebar-Poompuhar, Mahabalipuram und Dvaraka beziehungsweise im Golf von Khambhat an der Südost- und Nordwestküste Indiens, im Mittelmeer rund um Malta und vor der ägyptischen Hafenstadt Alexandria sowie im Bereich zwischen den japanischen Inseln Okinawa und Yonaguni. Überall dort finden sich unter Wasser große steinerne Strukturen von ganz offensichtlich künstlicher Natur.

Inspiziert durch die Arbeiten Charles Hapgoods vertritt Hancock schon seit Längerem die These, dass es eine verschollene eiszeitliche Hochkultur gegeben haben müsse, die dann im Zuge apokalyptischer Naturkatastrophen untergegangen sei, wovon nicht zuletzt auch die zahlreichen Sintflut-Mythen rund um die Welt kündeten. Deshalb betrachtet Hancock die von ihm selbst vor Ort untersuchten unterseeischen Ruinenfelder, Steinkreise, Riesmegalithen, Skulpturen und „Fahrspuren“ als Relikte dieser Zivilisation.

Und das ist natürlich „politisch unkorrekt“, was erklärt, warum das Buch so lan-

ge brauchte, bis es in Deutschland erscheinen konnte: Angenommen, Hancock hat recht, dann waren viele spätere Hochkulturen, die als schöpferische Leistung diverser afrikanischer, amerikanischer und asiatischer Völker gelten, lediglich Nachlassverwalter dieser einen archaischen Ur-Zivilisation.

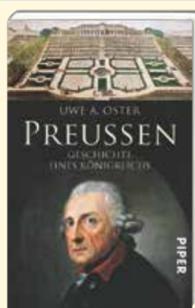
Doch die Argumente des Briten sind schwer von der Hand zu weisen. Wie schon in seinem ebenfalls akribisch recherchierten Buch „Die Magier der Götter“ verweist er auf eine Vielzahl von Tatsachen, die beweisen, dass die orthodoxen Lehren von der Ur- und Frühgeschichte der Menschheit teilweise nicht stimmen. Wobei neben den bisher von der Forschung weitgehend ignorierten Ruinen am Meeresgrund auch diverse archäologische Zeugnisse auf dem Festland stützbar machen, weil die ohne die Annahme einer eiszeitlichen Ursprungskultur historisch gesehen im „luftleeren Raum“ schweben würden. Hierauf geht Hancock ebenso ausführlich ein wie auf einige bisher nicht ausreichend gewürdigte Sintflut-Überlieferungen aus Süd- und Ostasien.



**Graham Hancock:** „Unterwelt. Antike Metropolen auf dem Meeresgrund: Die geheimnisvollen Ursprünge der Zivilisation“, Kopp-Verlag, Rottenburg 2019, gebunden, 1196 Seiten, 29,99 Euro



**Theodor Fontane**  
**Kriegsgefangen**  
 Erlebtes 1870  
 Fontanes persönlichstes Buch, die Schilderung seiner Gefangenschaft im Deutsch-Französischen Krieg. Verhaftet als vermeintlicher preußischer Spion. Im September 1870 reist Theodor Fontane nach Frankreich, um für sein Buch über den Deutsch-Französischen Krieg zu recherchieren. Am 5. Oktober wird er „zu Füßen der Jungfrau“, das heißt am Jeanne-d'Arc-Denkmal in Domrémy, verhaftet. Die Situation ist gefährlich: Dem Schriftsteller droht standrechtliche Erschießung. Schließlich wird er zwei Monate inhaftiert, zuletzt auf der Atlantikinsel Oléron. Hier entsteht, unter dem Eindruck des unmittelbar Erlebten, eines seiner schönsten und persönlichsten Prosawerke. Seine Überzeugung, dass hinterm Berge auch Leute wohnen, kann er selbst in dieser extremen Lage demonstrieren. 264 Seiten  
 Nr. P A1501 Gebunden 20,00 €



**Uwe A. Oster**  
**Preussen**  
 Geschichte eines Königreichs  
 Taschenbuch  
 384 Seiten  
 Nr. P A0879 12,99 €

Uwe A. Oster nimmt uns mit auf eine historische Reise in das alte Preußen: Vom barocken König Friedrich I., unter dem das Herzogtum Preußen 1701 zum Königreich erhoben wurde, bis hin zum letzten preußischen König und späteren deutschen Kaiser Wilhelm I. reicht der Bogen, den Oster spannt. Fesselnd und anschaulich erzählt er von einer Epoche, die Deutschland bis heute beeinflusst. Der stellvertretende Chefredakteur des Geschichtsmagazins Damals räumt mit Vorurteilen auf und beleuchtet kritisch die Entwicklung Preußens und die Leistungen seiner Monarchen. Seiner Ausführungen ist die Sympathie für die Materie anzumerken, doch das trübt nicht sein Urteilsvermögen, denn er hat für seine Bewertungen gute Argumente.



**Petra Cnyrim**  
**Das Buch der fast vergessenen Wörter**  
 200 Seiten/Taschenbuch  
 Nr. P A1215 14,99 €

Unsere Sprache ist einem steten Wandel unterworfen. Während jedes Jahr das Jugendwort des Jahres gekürt wird und nicht selten Wortneuschöpfungen darunter zu finden sind, die hier zum ersten Mal auftauchen, verschwinden andere Wörter und Phrasen aus unserem Sprachgebrauch. Nicht selten deswegen, weil auch das dazugehörige „Ding“ aus unserem Alltag verschwindet. Und plötzlich findet sich kein Bandsalat mehr im Kassettenrecorder, das Testbild ist Geschichte, der Lebertran schmeckt abominabel und für die Parkuhr fehlt der passende Groschen. Dieses Buch stellt solche Wörter zusammen – und lädt ein zum Schwelgen, Erinnern und Schmunzeln.



**Viel Glück und viele Segen – Der Geburtstagskalender**  
 Ein immerwährender Geburtstagskalender mit farbigen Naturaufnahmen illustriert. Format 21 x 22,5 cm  
 Nr. P A1558 Immerwährender Geburtstagskalender 9,95 €



**Claude Keisch**  
**So malerisch!**  
 Menzel und Friedrich der Zweite  
 144 Seiten/Gebunden  
 Nr. P A1443 6,95 €

Adolph Menzels (1815–1905) Lebenswerk wird gern verkürzt dargestellt: Sein Ruhm scheint mit dem Friedrichs des Zweiten (1712–1786) dauerhaft verknüpft. Dass aber der Künstler die letzte seiner großen Friedrich-Kompositionen nicht nur unvollendet ließ, sondern sie auf dem Gipfel des Erfolgs als Maler des Königs mutwillig beschädigte, überrascht. Sogar sein bekanntestes Gemälde ließ er nicht mehr gelten: „Das Flötenkonzert“. Warum Menzels „Projekt“, die Person und nicht den Heroen Friedrich darzustellen, zu scheitern drohte, schildert Claude Keisch in seinen kenntnisreichen Essays. Dr. Claude Keisch war bis 2003 an der Nationalgalerie der Staatlichen Museen zu Berlin tätig. Mit Marie Ursula Riemann-Reyher verantwortete er drei Menzel-Ausstellungen.



**Porzellanrelief Königin Luise von Preußen**  
 Hochwertiges Bisquitporzellanrelief von Königin Luise in Miniaturausführung. Der Rahmen aus Vogelaugenahorn hat eine Größe von 9,5 cm x 10,5 cm. Das Relief hat eine Größe von 3,5 cm x 5 cm.  
 Nr. P A1238 Porzellanrelief 49,00 €



**Der echte 100-jährige Kalender – Anno Domini 2021**  
 Seit mehr als 400 Jahren ermöglicht der Hunderjährige Kalender von Abt Mauritius Knauer Landwirten Wetterprognosen für das ganze Jahr. Und das immer wieder. Format 28,8 cm x 20,5 cm (aufgeklappt 28,8 cm Breite und 41 cm Höhe).  
 Nr. P A1555 Hundertjähriger Kalender 8,95 €

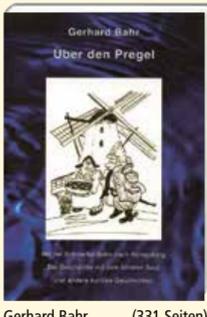


**Gerd Fesser**  
**Reichskanzler von Bülow**  
 Architekt der deutschen Weltpolitik  
 Bernhard Fürst von Bülow (1849–1929) zählt zu den schillerndsten und umstrittensten Persönlichkeiten der wilhelminischen Kaiserzeit. Nach dem Urteil von Zeitgenossen war er ehrgeizig und auf dem gesellschaftlichen Parkett außerordentlich gewandt. Bereits mit 24 Jahren trat er in den diplomatischen Dienst ein. Er war von 1893 bis 1897 Botschafter in Rom, anschließend drei Jahre Staatssekretär des Auswärtigen Amtes (Außenminister) und danach bis 1909 Reichskanzler sowie preußischer Ministerpräsident. Bülow gilt als der Architekt der deutschen „Weltpolitik“. Das spannende und anschaulich geschriebene Buch ist prädestiniert, sich einem breiten Leserkreis zu erschließen. Vor dem Panorama des Kaiserreiches beleuchtet der Historiker den Lebensweg und die Politik Bülows. Die umfassende Biographie liefert ein ausgewogenes, lebendiges Charakterbild dieses bedeutenden Mannes. 256 Seiten  
 Nr. P A1444 Gebunden 9,99 €



**Sabine Henze-Döring**  
**Friedrich der Große**  
 Musiker und Monarch  
 256 Seiten/Gebunden  
 Nr. P A1445 7,95 €

Friedrich der Große war nicht nur ein bedeutender Monarch, sondern gestaltete auch hingebungsvoll und professionell das Musikleben am preußischen Hof. Wie er es kontinuierlich auf Augenhöhe mit jenem der großen europäischen Kulturnationen brachte, das erzählt Sabine Henze-Döring in ihrem unterhaltsam geschriebenen Buch. Die Autorin entwirft das Bild Friedrichs als Mars und Apoll – diese Sichtweise ist jedoch keine modernistische Neuschöpfung, sondern entspricht dem zeitgenössischen Konzept des Monarchen selbst. Pflege von Kunst und Kultur und insbesondere der Musik galt ihm nachgerade als ein Wesensmerkmal der Herrschaft eines guten Fürsten. So begegnen wir den Größen der Musikwelt des Barock und erfahren welche hohe Bedeutung der Musik seinerzeit auf internationalem Parkett zukam.



**Gerhard Bahr** (331 Seiten)  
**Über den Pregel**  
 Mit der Schniefke-Bohn nach Königsberg – Die Geschichte mit dem blinden Gaul und andere kuriose Geschichten  
 Kartoniert  
 Nr. P A1119 16,80 €

Geistreiche und kurzweilige Geschichten entführen uns in das Leben der Landbevölkerung und die Geschichte Ostpreußens. Ob auf Reisen mit der Schniefke-Bohn nach Königsberg oder mit der Hungerharke zur Aust, ob bei einer Begegnung mit Kant im Nebel oder Napoleon in seiner Kutsche – mit viel Hintergrundwissen humorvoll erzählt und gekonnt illustriert gibt Gerhard Bahr einen tiefgreifenden Einblick in eine fast schon vergessene „Provinz“ mit ihren landschaftlichen Eigenheiten, kulinarischen Köstlichkeiten und ihren unvergessenen Berühmtheiten. Eine Lesereise mit Tiefgang, die uns Geschichte aus dem Blickwinkel der einfachen Leute erleben lässt. Der Autor Gerhard Bahr wurde 1928 in Ostpreußen geboren.



**Der himmlische Katzenkalender 2021**  
 Wochenkalender mit 53 unterhaltsamen Samtpfotengeschichten.  
 Format 22,5 x 21 cm  
 Nr. P A1557 Immerwährender Geburtstagskalender 12,95 €



**Fahne Königreich Preußen**  
 Die Fahne ist bedingt wetterfest.  
 Format 150 cm x 90 cm  
 Nr. P 9981 Fahne 12,50 €



**Heimat deine Sterne**  
**Das Deutsche Volkskonzert im Großdeutschen Rundfunk**  
 Mit Faria Cebotari, Erna Sack, Maria von Schmides, Alfons Flügel, Helge Rosvaenge, Georg Hann, Wilhelm Strienz, Hans Wocke, Herms Niel, Norbert Schultze, Ilse Werner, Marika Röck u.v.m. (77 Minuten)  
 Nr. P 9258 CD 12,80 €



**Im Frühtau zu Berge**  
 Das allerschönste Liederbuch  
 304 Seiten/Gebunden  
 Nr. P A1348 19,00 €

Was unseren Eltern und Großeltern noch bewusst war, ist heute allerdings nicht mehr ganz so einfach: Viele kennen von den einst so beliebten Liedern vielleicht noch die Melodie oder gerade mal den Refrain. Über 250 Lieder, die sich ganz besonders zum gemeinsamen Singen mit Kindern, in Familien und Gruppen eignen, sind hier zusammengestellt worden. Sie lassen sich ganz einfach und mit meist wenigen Akkorden auf der Gitarre begleiten. Ob Kinderlieder, Volkslieder, Weihnachtslieder, Lagerfeuer- und Wanderlieder, Tanz- und Spiellieder – beliebte, bekannte und auch fast vergessene Melodien laden zum Mitsingen und Musizieren ein. Ein prächtig ausgestattetes Hausbuch, das Familien über Jahre hinweg begleiten wird.



**Gabriele Engelbert**  
**Wege zum Großvater**  
 Mehr als ein Reisebericht  
 144 Seiten/Gebunden  
 Nr. P 533201 19,95 €

Mit der Vergangenheit im Gepäck, bestehend aus alten Fotos, Dokumenten und Erinnerungen an längst verstorbene Angehörige, begibt sich Gabriele Engelbert mit ihren beiden Geschwistern auf Spurensuche durch West- und Ostpreußen. Ihr Weg führt sie von dem Platz, an dem früher Schloss Petershoff stand und an dem sich ihre Urgroßeltern kennenlernten, weiter über Osterode, vorbei an Königsberg, nach Cranz und schließlich nach Labiau, der Ort an dem ihr Großvater Rektor der örtlichen Schule war und ihr Vater und dessen Geschwister geboren wurden und ihre Kindheit verbrachten. Über verfallene Straßen und versteckte Orte erkunden sie gleichzeitig Ostpreußen und ihre eigene Vergangenheit.



**Mokkatasse mit Porträt Friedrichs des Großen**  
 Nr. P A0806 Mokkatasse mit Untertasse 13,50 €



**Brigitte Hamann**  
**Bertha von Suttner**  
 Kämpferin für den Frieden  
 Taschenbuch/320 Seiten  
 Nr. P A0886 12,99 €

Sie war nicht nur die prominenteste politische Journalistin ihrer Zeit und Begründerin der Friedensgesellschaft, sie kämpfte Zeit ihres Lebens leidenschaftlich gegen überholte Konventionen, gegen die Unterdrückung der Frauen und gegen den Antisemitismus. Das abenteuerliche Leben der Gräfin Kinsky, verheiratete Baronin von Suttner, die den Erfinder des Dynamits dazu bewegte, den Friedensnobelpreis zu stiften, und die selbst eine der ersten war, die ihn verdiente und bekam: Bertha von Suttner – Gouvernante, Schriftstellerin, politische Journalistin, Vorkämpferin für den Frieden. Eine Biografie, wie man sie sich wünscht: lebendig, mit vielen Zitaten, engagiert, aber mit kritischer Distanz.



**Ludwig Reiners**  
**Der ewige Brunnen**  
 Ein Hausbuch Deutscher Dichtung  
 1.136 Seiten/Gebunden  
 Nr. P A0950 19,90 €

Der ewige Brunnen ist die berühmteste Sammlung deutscher Gedichte. Auf über 1.100 Seiten sind mehr als 1.600 Gedichte aus acht Jahrhunderten zusammengestellt. Die Ausgabe wurde von Albert von Schirnding überarbeitet und durch Gedichte aus den letzten fünfzig Jahren erweitert. So ist dieses „Hausbuch deutscher Dichtung“ jetzt aktualisiert und auf den neuesten Stand gebracht. Mit seiner Gedichtsammlung „Der ewige Brunnen“ – Ein Hausbuch deutscher Dichtung hat Ludwig Reiners vor über fünfzig Jahren ein Werk zusammengestellt, das inzwischen selbst zum Klassiker geworden ist. Für Millionen Leserinnen und Leser wurde dieses Buch zum Ort der Begegnung mit der deutschen Dichtkunst. Es ist ein schier unerschöpfliches Lesebuch und für viele ein Erbauungsbuch.



**Früher € 19,95**  
**Jetzt € 14,95**

**Tischfahne mit Elchschaufel**  
 Masthöhe: 43 cm Holz  
 Fahnenformat: 24 cm Breite und 14,5 cm Höhe  
 Nr. P A0746 14,95 €



**Früher € 19,95**  
**Jetzt € 14,95**

**Tischfahne mit Wappen Westpreußen**  
 Masthöhe: 43 cm Holz  
 Fahnenformat: 24 cm Breite und 14,5 cm Höhe  
 Nr. P A0747 14,95 €

**RAUTENBERG BUCHHANDLUNG**

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

**RAUTENBERG Buchhandlung**  
 in der Verlagshaus Würzburg  
 GmbH & Co. KG  
 Beethovenstraße 5 B  
 97080 Würzburg  
 Telefon 09 31/ 46 58 89-12  
 Telefax 09 31/ 46 58 89-29  
 Email info@rautenberg-buch.de  
 Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50\*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei\* (\*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname ..... Name .....

Straße/Nr. .... Telefon .....

PLZ/Ort .....

Datum ..... Unterschrift .....

## ● AUFGESCHNAPPT

Für Gastronomen ist der zweite Lock-down fatal, viele bangen um ihre Existenz. Verständlich ist daher der Unmut über die weitgehend als sinnfrei betrachteten Zwangsschließungen. Jörn Peter Brinkmann und Jan Philipp Bubinger, die Betreiber der Berliner Lokalität „Ständige Vertretung“, die sich bei Politikern und deren Umfeld einer gewissen Beliebtheit erfreut, erteilten einer Reihe von Entscheidungen, angefangen von Angela Merkel über Markus Söder bis hin zu Karl Lauterbach, medienwirksam Hausverbot. Als es dafür jedoch Beifall von der „falschen Seite“ gab, bekamen sie weiche Knie. Welcher „Falsche“ die Entscheidung gut fand, wurde nicht ausdrücklich benannt. Aber man distanzierte sich „entschieden von rechtsextremen Gesinnungen und Verschwörungstheoretikern“ und kippte das Verbot. Auf die „Vielfalt im Team“ wurde ausdrücklich verwiesen. Nun darf die Kanzlerin samt Freunden bald wiederkommen. Vielleicht ganz gut, weil die Auswahl an Lokalen in einigen Wochen nicht mehr so groß sein dürfte. E.L.



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Der frühere britische Botschafter und heutige Menschenrechtsaktivist Craig Murray warnt in seinem Blog (4. November), dass sich die meisten Trump-Gegner große Illusionen darüber machen, was sie unter einem US-Präsidenten Biden zu erwarten hätten:

„Mit Biden werden wir zurück zu business as usual kommen – und das bedeutet Krieg und Invasionen. Unter Trump sind keine neuen Kriege begonnen worden, auch wenn er mit etwas Kontrolle die alten fortgesetzt hat. Ich habe nicht den geringsten Zweifel, dass ohne Trump Syrien zurück in die Steinzeit gebombt worden wäre – genauso wie Libyen – und dass Millionen Menschen getötet worden wären. Ungeachtet des Schadens, den Trump ohne Zweifel im Innern der USA an vielen Fronten angerichtet hat, hätte Hillary sehr viel mehr Menschen umgebracht. Bloß keine Amerikaner.“

Linda Teuteberg, migrationspolitische Sprecherin der FDP im Bundestag, sprach gegenüber der „Welt“ (9. November) eine lange verdrängte Wahrheit aus:

„Anschläge islamistischer Terroristen wie in Nizza und Dresden sind auch eine Folge des fahrlässigen Umgangs mit illegaler Migration.“

Folker Hellmeyer, Finanzmarktexperte und früherer langjähriger Chefanalyst der Bremer Landesbank, äußert auf „Goldseiten.de“ (9. November) eine düstere Ahnung hinsichtlich des vermutlichen neuen US-Präsidenten Joe Biden:

„Das Risiko, dass die voraussichtlich neue US-Regierung wie unter Clinton, Bush und Obama das nicht mit internationalem Recht konforme Mittel des ‚Regime-Change‘ wiederbelebt, ist ausgeprägt. Jetzt hat genau dieses Establishment, das für diese Politik in den vergangenen zwei Dekaden verantwortlich zeichnete, ohne dafür jemals zur Rechenschaft gezogen zu werden (hohe Zahl an Todesfällen in schuldiger Personen, Perspektivlosigkeit vor Ort, Folge: Migrationsdruck zu Lasten EU), die Macht.“

Die somalisch-stämmige Menschenrechtlerin Ayaan Hirsi Ali ruft im Gespräch mit der Schweizer „Weltwoche“ (9. November) zur Rückführung nicht assimilierungswilliger muslimischer Einwanderer in deren Herkunftsländer auf und fordert:

„Die Zahl (der weiteren muslimischen Einwanderer, d. Red.) sollte so lange bei null liegen, bis dieses Problem gelöst ist. Sobald ein Land zuversichtlich ist, dass das Assimilationsproblem gelöst ist, dann kann es anfangen, über Einwanderung zu sprechen. Eine große Anzahl von Männern unkontrolliert in eine europäische Gesellschaft einreisen zu lassen, in der sie die Werte und die Rolle der Frauen hasen, das ist kultureller Selbstmord. Es ist politischer Selbstmord, und es wird einen Bürgerkrieg auslösen.“

## ● WORT DER WOCHE

„Es stimmt auch, dass Trump im Gegensatz zur Clinton- und Obama-Clique, zu der Biden gehört, keinen neuen Krieg begonnen hat.“

Oskar Lafontaine, Linkspartei-Politiker, stört sich im „European“ (9. November) am einseitigen Trump-Bild

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Die Jagd kann beginnen

Wozu US-Demokraten Listen von Trump-Wählern anlegen, und wie wir ihnen dabei helfen können

VON HANS HECKEL

Letztlich ist alles eine Frage der richtigen politischen Erziehung. Den Medien kommt da eine besonders wichtige Rolle zu. Zum Glück können wir zuversichtlich sein, dass vor allem die staatlichen Sender diese Aufgabe auch künftig gewissenhaft erfüllen werden.

Wie eine Umfrage ergab, würden nämlich 92 Prozent der Volontäre, also angehenden Journalisten, bei der ARD Grün-Rot-Rot wählen, wenn jetzt Bundestagswahl wäre. Genauer gesagt stehen 57 Prozent zu den Grünen, 23 Prozent zur umlackierten SED und knapp zwölf Prozent zu den Sozialdemokraten. Die Union kommt auf magere drei und die FDP auf läppische 1,3 Prozent Anhängerschaft, die sich sicher dreimal überlegen wird, ob sie ihre abseitige parteipolitische Neigung im Kollegenkreis öffentlich macht. Die AfD wurde bei der Befragung gar nicht erst gesondert aufgeführt, sondern verschwindet im Gemüse der „Sonstigen“, die knapp vier Prozent auf sich vereinigen konnten.

Damit schneidet Grün-Rot-Rot beim Nachwuchs des staatlichen Senderverbundes sogar noch besser ab als bei den alteingesessenen Staatsfunkern. Das lässt auch weiterhin auf eine blitzsaubere Berichterstattung hoffen, die von allen irritierenden Meldungen freigehalten wird. Meldungen also, die uns vom geraden Weg abbringen könnten wie beispielsweise diese hier:

Wie wir erfahren, landen 80 Prozent der nigerianischen Frauen, die von Schleppern und ihren Hilfskreuzern der sogenannten humanitären Seenotrettung übers Mittelmeer zu uns gebracht werden, direkt in der Zwangsprostitution. Die Vereinten Nationen haben das offenbar schon 2017 herausgefunden und dabei bemerkt, dass eine verstärkte Kontrolle der Schlepper- und „Retter“-Aktivitäten durch die libysche Küstenwache sofort zu einer Verringerung der Zahl neu ankommender Zwangshuren geführt habe.

Das ist ein ganz sensibles Thema. Als der Deutschlandfunk es vor einem Jahr mal aufgriff, musste er daher alles Fingerspitzengefühl aufbringen, damit die Sache nicht ideologisch entglitt. Am Ende konnten die Kollegen aber einen Erfolg hinlegen: Schuld an der Zwangsprostitution sind demnach die gierigen deutschen Freier und der deutsche Staat, dessen Behörden wegen zu lascher Mafia-Gesetze die Lage nicht in den Griff bekämen.

Daher leiden die Frauen so, die „über das Mittelmeer kommen“, sagt der Sender etwas unpräzise. Denn man könnte es auch durchaus genauer formulieren: Sie „kommen“ ja nicht einfach, sie werden gebracht. Und von wem? Das lässt der öffentlich-rechtliche Deutschlandfunk lieber außen vor. So bleibt die moralische Rüstung all jener Akteure, die – von der EKD bis zu „Sea Watch“ und Co. – den entscheidenden Teil beim Meerestransfer der frischen „Ware“ übernommen haben, strahlend rein.

Sauberkeit ist wichtig in der Politik. Daher nehmen die US-Demokraten, kaum dass sie den Wahlsieg in ihren Händen wähen, auch schon energisch den Besen zur Hand, um ihr Land von allem Unrat zu säubern.

Die besonders engagierte Kongressabgeordnete Alexandra Ocasio-Cortez wünscht sich öffentlich eine Liste all jener, die auf der falschen Seite, also der von Trump, gestanden haben. Ehemalige Mitarbeiter der Obama-Regierung und der Demokratischen Partei tun ihr den Gefallen und haben eine Arbeitsgruppe unter dem Titel „Trump Accountability Project“ ins Leben gerufen.

„Accountability“ bedeutet Rechenschaftspflicht. Auf der Liste sollen laut den Initiatoren alle landen, die in Trumps Regierung gearbeitet, seine Kampagne finanziell unterstützt oder ihn auch nur gewählt haben, also gewissermaßen das halbe Land. Solche Listen machen viel Arbeit, weshalb man sie natürlich nicht anlegt, ohne etwas damit vorzuhaben. Die „Accountability“-Aktivisten wollen Rache. Solche Rachezüge kannten wir bislang nur für die Zeit nach einem Putsch durch totalitäre Fanatiker oder aus afrikanischen Bananenrepubliken, wo nach einem Machtwechsel um seine Existenz fürchten muss, wer als Anhänger des entthronten Herrschers erkannt wird. Aber im Zeichen von „Black Lives Matter“ stehen afrikanische Wurzeln ja hoch im Kurs in den USA. Warum dann nicht auch gleich den afrikanischen Politikstil über den Ozean holen?

Aber wie macht man die Trumpisten alle ausfindig, wo die Wahl doch geheim war und viele nicht zugeben dürften, zur nunmehrigen Opposition zu neigen, wenn man dafür Verfolgung ausgesetzt wäre?

Da muss die aktive Mithilfe wachsamer Bürger her, die ihre falsch denkenden Mitmenschen ans Messer liefern. Vielleicht können wir unseren amerikanischen Freunden dabei sogar unter die Arme greifen, denn De-

Deutsche „Seenotretter“ sorgen auch für den Nachschub an Zwangshuren aus Nigeria. Aber reden wir besser nicht drüber



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

nunzianten haben wir eine ganze Menge. Laut einer Umfrage des Instituts Civey würden mehr als 22 Prozent der Deutschen ihre Nachbarn verpfeifen, wenn diese sich gegen die Corona-Regeln versündigen sollten. Wenn die Petze anonym möglich wäre, täten dies sogar noch einmal die Hälfte mehr, nämlich 33 Prozent.

Bei denen, die schon gerne anschwärzen würden, sich aber nur dann trauen, wenn es heimlich geschehen kann, handelt es sich zweifelsohne um die Crème de la Crème der Denunziantenzunft. Ohne Gesindel von dieser Güteklasse hätte keine Diktatur der Weltgeschichte ihre ersten sechs Monate überstanden. Letztere Einsicht steckt in jenem Teil Deutschlands noch in Volkes Knochen, wo die Diktatur noch eine recht frische Erinnerung ist. Daher verwundert es nicht, dass der Denunziantenanteil laut der Civey-Umfrage in den neuen Bundesländern nur gut halb so groß ist wie im Westen der Republik.

Auf jeden Fall haben wir genug Verräter auf Lager, um unseren amerikanischen Freunden ein paar davon rüberzuschicken, damit sie beim Aufspüren von Trump-Wählern helfen. Unsere Petzen würden dies Geschäft mit Feuereifer und deutscher Gründlichkeit betreiben. Außerdem wären wir sie los, so hätte beide Seiten was davon.

Wer die weite Reise scheut oder nicht genug Englisch spricht, um aus seinen „Operativen Vorgängen“ etwas Brauchbares herauszuspitzeln, der kann sich auch hierzulande nützlich machen. In der Pressemitteilung einer Landesärztekammer beklagt der Kammerpräsident, dass einzelne Kollegen in der Corona-Debatte von der Regierungslinie abweichen, beispielsweise, wenn es um die Wirksamkeit von Alltagsmasken geht.

„Gesprächsbereite Skeptiker“ ließen sich durch wissenschaftliche Argumente überzeugen, so der Kammerchef. Bei den anderen aber müssten berufrechtliche Prüfungen eingeleitet werden, für die indes „konkrete Sachverhalte mitgeteilt“ werden müssten. Von wem? Von den Patienten, wem sonst! Wer jemanden bespitzeln will, kann demnach im nächsten Wartezimmer in Lauerstellung gehen. Äußert der Arzt etwas „Skeptisches“ zur Corona-Politik, kann man ihn verraten und er muss zur Klärung der „Sachverhalte“ vor der Kammer erscheinen, wo ihm im Falle mangelnder Einsicht ernste berufliche Konsequenzen drohen. Wofür haben die Osis 1989 eigentlich gekämpft?